Mittwoch, 20. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 904-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE  WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 166 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Polizei: Als Nachfolger des ins Bonner Innenministerium gewechselten Münchner Polizeipräsidenten Schreiber ist der Präsident der Bayerischen Grenzpolizei, Gustav Häring, berufen worden.

Menschenrechte: In der Sowjetunion werden die Menschen heute schlimmer unterdrückt als bei Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki 1975, erklärte der US-Chefdelegierte auf der Madrider KSZE-Folgekonferenz, Kampelman.

Kohl–Mitterrand: Der Bundeskanzler und der französische Präsident haben sich in Dabo bei Straßburg zu einer ganztägigen vertraulichen Aussprache getroffen. Vermutete Themen: Nachrüstung und Bilaterales.

Mittelstreckenwaffen: Verteidigungsminister Wörner und der Staatsminister im Auswärtigen Amt Mertes haben sich eindeutig für den Waffen-„Mix" von Pershing2 und Cruise Missile bei einer eventuellen Nachrüstung ausgesprochen.

Chile: Ein Richter hat die Freilassung des wegen Vorbereitung des „Nationalen Protesttages" inhaftierten Gewerkschaftsführers Seguel angeordnet. Der Spruch muß noch von einer höheren Instanz bestätigt werden.

Polen: Der im Untergrund lebende Solidarnosc-Führer Bujak will seine Arbeit fortsetzen, bis eine Generalamnestie für politische Gefangene erlassen wird.

Engelhard: Der Bundesjustizminister warnt Nachrüstungsgegner vor Gewalttaten und Blockaden von Militäreinrichtungen. Sie könnten sich keinesfalls auf ein Widerstandsrecht aus der Verfassung berufen (WELT-Interview).

Entführung–Vatikan: Der Kardinal-Staatssekretär Casaroli hatte sich gestern zum Telefonkontakt mit den Entführern von Emanuela Orlandi bereiterklärt, wartete jedoch vergeblich auf einen Anruf. Das Ultimatum – Freilassung des Papstattentäters Agca – läuft heute ab.

Oder-Neiße-Linie: Minister Windelen bekräftigt Verbindlichkeit des deutsch-polnischen Vertrags für die Bundesregierung, um polnischer Kampagne zu begegnen.

Sozialdienst: Der Berliner DGB-Vorsitzende Pagels und CDU-Fraktionschef Diepgen haben sich für ein Jahr Sozialdienst für alle jenen jungen Männer ausgesprochen, die sich „in Berlin vor dem Wehrdienst drücken wollen".

Heute: Bundeskabinett befaßt sich mit Werftenhilfe. – US-START-Unterhändler Rowny in Bonn zu Gesprächen mit Kanzler und Außenminister. – Verteidigungsminister Wörner in die USA. – In Italien beginnen Verhandlungen über Regierungsbildung. – Warschauer Parlament tritt zur Beratung über Notstandsgesetze zusammen.

ZITAT DES TAGES



„Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie die Nachrüstung in den letzten Monaten hochgespielt worden ist. Hier geht es doch um ein Stück Machtbalance."

Reinhard Gramm, Generaldekan der Evangelischen Militärseelsorge

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Benzinpreis-Erhöhung: Benzin soll um drei Pfennig, Diesel um zwei Pfennig teurer werden. Erst Anfang Juli war eine Preiserhöhung gescheitert.

Zinsen: Bund erhöht Zinsen für Daueremissionen. Bundesschatzbriefe Typ A: von 7,20 auf 7,61 Prozent; Typ B: von 7,70 auf 8,09 Prozent.

Arbeitslosigkeit: Lohnabschläge in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit hat Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner empfohlen.

Banken: SPD-Wirtschaftssprecher Roth fordert Untersuchung, ob Banken in die Wettbewerbsgesetzgebung einbezogen werden sollten.

Diehl: Umsätze 1982 um 13 Prozent auf 1,8 Milliarden gesteigert; Kapazitäten 1983 „einigermaßen ausgelastet".

MBB: Nur ausgeglichenes Gesamtergebnis 1983 erwartet wegen hoher Airbus-Verluste (200 Millionen DM).

Brasilien: Neues Abkommen mit Weltwährungsfonds; zweite Rate des IWF-Standby-Kredits vom Februar mit 411 Millionen Dollar freigegeben.

EG: Lomé-Abkommen soll neu verhandelt werden. Keine Annäherung im Fischfangstreit mit Grönland.

Börse: Bei schwacher Umsatztätigkeit waren die Aktienkurse überwiegend behauptet. WELT-Aktienindex 141,6 (141,7). Der Rentenmarkt lag bewegungslos. Dollar-Mittelkurs 2,5944 (2,5925) Mark. Goldpreis je Feinunze 423,75 (422,40) Dollar.

KULTUR

Luther-Ausgabe: Zum 500. Geburtstag des Reformators will der Weimarer Verleger Böhlau eine Sammlung sämtlicher Luther-Texte „Weimarana" in hundert Bänden mit vier Nachtragsbänden fertigstellen.

Reaktor-Unfälle: Kernschmelz-Unfälle seien nach einer Reihe von Großexperimenten und Materialuntersuchungen in Zukunft unmöglich, teilte Physiker Martin Peehs von der Kraftwerks-Union Erlangen mit.

SPORT

Leichtathletik: Carlo Thränhardt gewann den Hochsprung-Wettbewerb in Nizza mit 2,30 m. Mit seinem 12. Sprung über diese Höhe schloß der Kölner auf zu Dietmar Mögenburg, der den Rekord bisher hielt.

Fechten: Heute beginnen in Wien die Fecht-Weltmeisterschaften. Die deutschen Florett-Damen gehören zu den Favoritinnen. Die Basis dazu schuf der aus Polen gekommene Bundestrainer Horst Tell.

AUS ALLER WELT

Greenpeace: Sechs Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace wurden in Sibirien festgenommen, wo sie von einem Schiff an Land gegangen waren, um vermutete illegale Praktiken in einer sowjetischen Walfangstation zu untersuchen.

Flugzeug-Entführung: Die zweite Entführung nach Kuba in 48 Stunden endete mit einer Rückkehr des US-Flugzeugs und seiner 221 Passagiere nach Miami.

Wetter: Die Kaltfront über Westdeutschland greift auf den Süden und Osten über Temperaturen im Norden um 20 Grad, im Süden 23 bis 27 Grad. Heiter bis wolkig, meist niederschlagsfrei.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA: Trotz der KSZE bricht Moskau die Menschenrechte

Kampelman verurteilt auch Abschiebung von Regimekritikern aus der „DDR"

ROLF GÖRTZ/DW. Madrid

Trotz der grundsätzlichen Einigung über eine Schlußerklärung der Madrider KSZE-Konferenz ist es dort zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Delegationen der USA und der UdSSR gekommen. Der amerikanische Chefunterhändler Max Kampelman warf der Sowjetunion vor, sie unterdrücke die Friedensbewegung im eigenen Land, während sie die Pazifistenbewegungen im Westen fördere. Die UdSSR respektiere „weder Geist noch Buchstaben" der Abkommen von Helsinki. Der sowjetische Delegierte Sergej Kondratschew bezeichnete die Rede Kampelmans als das „Unwürdigste", was er während der gesamten KSZE-Konferenz gehört habe.

Kampelman, der sich zur vereinbarten Schlußerklärung bekannte, warf der Sowjetunion vor, sowohl in Helsinki als auch in Madrid Prinzipien zu unterschreiben, die sie hinterher nicht einhalte. „Die Tatsache, daß die Übereinkommen fortdauernd, auch während der gegenwärtigen Endphase der Verhandlungen, verletzt würden, ist enttäuschend." Der US-Chefdelegierte stellte die Frage: Warum verhandeln wir über Worte und bemühen uns um das Schlußdokument zu einer Zeit, da die Repression gegen Menschen in der Sowjetunion größer ist als je zuvor, seit die Helsinki-Akte 1975 unterschrieben wurde?"

Eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki sei es, daß der sowjetische Pazifist Alexander Shatrawka vor kurzem zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, nur weil er die USA und die Sowjetunion aufgefordert hatte, ihr Atomwaffenarsenal zu verschrotten. Shatrawka gehörte zu einer Gruppe von jungen Leuten, die vor einem Jahr verhaftet wurden, weil sie auf dem Roten Platz in Moskau ein Spruchband entrollten: „Brot – Leben – Abrüstung." Eine tragische Verletzung der Helsinki-Akte sieht Kampelman auch im sowjetischen Antisemitismus, der die Auswandererquote von Juden aus der Sowjetunion auf die niedrigste Rate seit 1960 drückte. Der Redner verwies auch auf Afghanistan, wo die sowjetischen Invasionstruppen Repression ausüben, sowie auf die Verletzung der Menschenrechte in Polen.

Kampelman verurteilte die Ausweisunq junger Pazifisten aus der „DDR", nur weil sie forderten, daß „Schwerter zu Pflugscharen" umgeschmiedet werden sollten. Die Ironie wolle es, daß ausgerechnet Moskau der UNO ein Denkmal mit diesem Motiv zum Geschenk machte, das beim New Yorker Hauptquartier der Weltorganisation aufgestellt wurde. Er forderte die Teilnehmer der Konferenz auf, auf allen Ebenen in einen „konstruktiven Dialog der Verständigung und der wirklichen Entspannung einzutreten".

Malta blockiert weiterhin den Abschluß des KSZE-Folgetreffens. Der maltesische Delegationsleiter Evarist Saliva bestand auf seinen Vorschlägen zur Sicherheit in der Mittelmeer-Region. In Madrid wird es für wahrscheinlich gehalten, daß die Außenminister der 35 Teilnehmerstaaten erst vom 7. bis 9. September zum feierlichen Abschluß des Treffens in die spanische Hauptstadt kommen werden.

Wörner: Es bleibt beim „Waffenmix"

Auch Mertes bekräftigt NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen

B. CONRAD/R. MONIAC, Bonn

Regierungsmitglieder, die der Union angehören, haben sich gestern intensiv bemüht, die durch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ausgelösten Irritationen über eine mögliche Abkehr Bonns von den Pershing-2-Raketen als Teil der Nachrüstung endgültig auszuräumen.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner und der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, versicherten, die Bundesregierung bleibe beim sogenannten *Waffenmix, also der Mischung* aus langsam fliegenden Marschflugkörpern und ballistischen Raketen mit kurzer Flugzeit.

Wörner erklärte gegenüber dpa: „Die Bundesregierung hält an den im NATO-Doppelbeschluß eingegangenen Verpflichtungen fest und wird sie konsequent einhalten. Ein Verzicht auf Elemente des Doppelbeschlusses steht nicht zur Diskussion. Die Bundesregierung hält am Waffenmix fest. Die Pershing 2 ist eine wichtige Waffe zur Neutralisierung der Bedrohung durch die sowjetische SS 20." Und im Saarländischen Rundfunk sagte er: „Solange die Sowjetunion SS-20-Raketen auf uns gerichtet hält, ist die Pershing 2 eine wirksame Abschreckungswaffe." Der Verteidigungsminister kam zu diesen öffentlichen Klarstellungen, nachdem er am Abend vorher die Thematik mit dem Kanzler erörtert hatte. Vor Antritt einer Reise nach

SEITE 4:
Moskaus Rechenspiele

Washington, wo Wörner am Mittwoch und Donnerstag die Minister Shultz und Weinberger sowie den Sicherheitsberater des Präsidenten, Clark, sprechen wird, ließ er sich von Kohl über dessen Eindrücke während der Moskau-Reise informieren.

Auch die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in die Genfer Verhandlungen, wie es die Sowjetunion fordert und dabei vom Abrüstungsbeauftragten der SPD, Egon Bahr, unterstützt wird, nannte Wörner „unbegründet und unakzeptabel".

Mertes erklärte der WELT: „Nicht die Ergebnisse des Genfer Waldspaziergangs sind der Richtpunkt der Haltung der Bundesregierung, sondern der NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen. Das heißt auch: Kein Element des Doppelbeschlusses steht gesondert zur Disposition. Dies gilt sowohl für den Waffenmix wie für den Zeitpunkt des Beginns der Stationierung, falls es vor dem Ende 1983 in Genf nicht zu einem konkreten Verhandlungsergebnis kommt, das die Nachrüstung in Übereinstimmung mit dem Doppelbeschluß erübrigt."

Im Deutschland-Union-Dienst wandte sich Mertes scharf gegen den SPD-Politiker Egon Bahr, der die „systemwidrige Forderung Moskaus nach Berücksichtigung der französischen und britischen Atompotentiale" bei den Genfer INF-Verhandlungen mit äußerstem Nachdruck unterstütze. Mit seiner dogmatischen Forderung sei Bahr letzten Endes sowjetischer als die Sowjets selbst – jedenfalls als Breschnew, Gromyko und Kwizinski, die 1980, 1981 und 1982 eine flexiblere Haltung gezeigt hätten.

Mitterrand und Kohl berieten über Nachrüstung

dpa, Dabo

In einem abgelegenen Forsthaus in den Vogesen haben sich Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand gestern zu informellen Gesprächen getroffen. Über den Inhalt des offenbar in guter und sehr entspannter Atmosphäre verlaufenen Treffens verlauteten keine Einzelheiten.

Als Thema der streng von der Außenwelt abgeschirmten Gespräche galten vor allem die Ost-West-Verhandlungen und die Raketenrüstung. Mitterrand hatte sich am 14. Juli besorgt gezeigt, daß es ohne eine Kompromißlösung bei den Genfer Raketenverhandlungen im Herbst zu einer „Periode großer Spannungen" kommen werde. Kohl wollte ihn auch über Einzelheiten seiner Moskaureise informieren.

Die Gespräche, an denen nur wenige Mitarbeiter teilnahmen, begannen mit einem Waldspaziergang in der Nähe des idyllisch auf einer Lichtung gelegenen Forsthauses.

Beide Politiker wollten außerdem die Frage der Entschädigung für die im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen zwangsrekrutierten Elsässern ansprechen. Von den damals 130 000 rekrutierten Elsässern waren 60 000 kriegsversehrt in die Heimat zurückgekehrt.

Sparkurs setzt sich durch

Unterstützung im EG-Ministerrat stärker als angenommen

ULRICH LÜKE, Brüssel

Die Bundesregierung erhält für ihren Sparkurs in der Europäischen Gemeinschaft offenbar stärkere Unterstützung von anderen Mitgliedsstaaten der EG, als sie selbst noch vor Wochen angenommen hatte. Das wurde auf der ersten von fünf Sondersitzungen des EG-Ministerrates gestern in Brüssel deutlich. In diesen fünf zum Teil mehrtägigen Treffen sollen die Außen- und die Finanzminister der Gemeinschaft zusammen versuchen, für das nächste EG-Gipfeltreffen in Athen Anfang Dezember Lösungsvorschläge für alle wichtigen EG-Probleme zu finden.

Ursprünglich sah die Tagesordnung für die gestrige Sitzung eine Debatte über die Erhöhung der EG-Finanzen vor, da nur zu diesem Punkt bereits konkrete Vorschläge der Kommission vorliegen. Tatsächlich entwickelte sich die mehrstündige Aussprache jedoch zu einer Grundsatzdebatte, bei der nach Angaben aus deutschen Delegationskreisen die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Zehn deutlicher als bisher zu Tage traten.

Während die griechische Präsidentschaft im Ministerrat sowie Italien vor allen Dingen einer Erhöhung der EG-Eigenmittel das Wort reden, erhielt die deutsche Delegation nicht nur von Großbritannien, sondern jetzt auch von den Niederländern und in abgeschwächter Form von den Franzosen Unterstützung für ihr Bemühen, zunächst eine Sparpolitik in den bisherigen EG-Etats durchzusetzen, wobei auch die deutschen Bauern nicht geschont werden sollen.

Auf dem Stuttgarter Gipfeltreffen Mitte Juni hatten die Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft alle wichtigen EG-Fragen (künftige Finanzierung, neue Politiken, Agrarreform, Sparpolitik, Beitritt Spaniens und Portugals) zu einem Paket geschnürt. Bundesaußenminister Genscher betonte gestern noch einmal die deutsche Entschlossenheit, an diesem Paket strikt festzuhalten, die Herauslösung einer einzelnen Frage also unter keinen Umständen zuzulassen. Aus diesem Grund machte die deutsche Delegation gestern auch keinen Hehl aus der Ansicht, daß diese erste Diskussionsrunde im Grunde noch verfrüht stattgefunden habe, da die EG-Kommission erst Anfang August konkrete Lösungsvorschläge auf den Tisch legen wird.

Großbritannien hat gestern schon sehr präzise Vorschläge zum künftigen Finanzierungsmechanismus der Gemeinschaft vorgelegt. Sie sehen feste Obergrenzen für die nationalen Anteile am EG-Budget vor. „Ungebührliche" Belastungen eines Mitgliedsstaates sollen dadurch vermieden werden.

Generaldekan Gramm warnt seine Kirche

Kritik des Militärseelsorgers am Aufruf zum „Widerstandssonntag" gegen Doppelbeschluß

DW. Bonn

Dem Generaldekan der evangelischen Militärseelsorge, Reinhard Gramm, bereiten bestimmte Tendenzen innerhalb seiner Kirche mehr Sorge als der befürchtete „heiße Herbst" um die Nachrüstung. Gramm sprach gestern von einseitigen politischen Stellungnahmen, die christlich untermauert würden und die großen Schaden anrichteten.

Der Militärdekan äußerte in einem Interview mit der „Kölnischen Rundschau" Unverständnis über den anhaltenden Streit um die Nachrüstung. „Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie die Nachrüstung in den letzten Monaten hochgespielt worden ist. Hier geht es doch um ein Stück Machtbalance." Er sei der Meinung, daß die NATO-Nachrüstung „ethisch verstehbar" gemacht werden könne.

Gramm brachte „allergrößte Bedenken" gegen den von 33 rheinischen Superintendenten für den 16. Oktober ausgerufenen „Widerstandssonntag" gegen den NATO-Doppelbeschluß vor. Wenn hier „Gottesdienst mit dem Gedanken des Widerstandes verbunden wird, dann habe ich allergrößte Sorgen", sagte er. Er sprach von der Gefahr einer Spaltung der evangelischen Kirche in eine „Friedens-" und eine „Raketenkirche". Bei einem „heißen Herbst" wolle die Militärseelsorge eine Brückenfunktion zwischen der Bundeswehr und den Gegnern der Nachrüstung wahrnehmen. Im Falle von Konfrontationen zwischen Demonstranten und Bundeswehr allerdings habe die Militärseelsorge ihren Standort „dort, wo die Soldaten stehen".

Der „Widerstandstag der Kirchen" ist auch vom rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten Albrecht Martin scharf kritisiert worden. Martin, stellvertretender Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, äußerte in einem Schreiben an den Präses der evangelischen Kirche im Rheinland, Gerhard Brandt, „schwerste Bedenken".

Martin wies darauf hin, daß die 33 von 46 rheinischen Superintendenten die Gottesdienste in Jülich „ausdrücklich im Rahmen der Veranstaltung der Friedensbewegung" sehen wollten. Hier werde mit dem Begriff des Widerstands Mißbrauch getrieben. Der CDU-Politiker nannte es bedenklich, „wenn Kirchengemeinden und Kirchenkreise sich so selbstverständlich in die Aktionen politischer Gruppierungen einfügen lassen, mit denen zu befassen der Verfassungsschutz des Landes Rheinland-Pfalz für 1982 teilweise Anlaß hatte".

DER KOMMENTAR

Sand im Getriebe

HEINZ BARTH

Ein Sandkorn von der Größe Maltas ist ins Getriebe der Weltpolitik geraten. Unversehens, kurz vor dem Ziel, hat der müde tuckernde Motor der Madrider KSZE-Konferenz seinen Geist aufgegeben – soweit er je von einem oktanhaltigeren Stoff als dem hohler, von niemand ernst genommener Deklamationen in Gang gehalten wurde. Es ist fraglich geworden, ob die für September angesetzte Unterzeichnung der Schlußakte noch planmäßig stattfinden kann.

Dom Mintoff, Maltas sozialistischer Vordenker, immer gut für störrische Darbietungen seiner planetarischen Selbstüberschätzung, verweigert seine Zustimmung zu dem Madrider Text, auf den sich die 34 übrigen Konferenzteilnehmer nach drei Jahren quälender Wort-Verrenkungen endlich geeinigt zu haben schienen. Solange noch ein US-Geschwader im *Mittelmeer kreuzt, so hat* sich der weltbewegende Malteser geschworen, wird er die in Madrid vereinbarte Einberufung der Sicherheitskonferenz blockieren – einen „Erfolg", der nicht Sand in ihr Getriebe, aber in die Augen streute.

Es fällt nicht leicht, sich einer bitteren Genugtuung zu erwehren, daß Malta unfreiwillig die Hohlheit der Provinz-Posse entlarvt hat, zu der das Madrider Treffen längst degeneriert war. Nun wird wohl nichts aus dem kastilischen Rendezvous der Außenminister der Supermächte werden, auf das Hans-Dietrich Genscher hoffte. Was wäre so schön daran gewesen, weiter auf den zersprungenen Saiten von Verständigung, Entspannung und Menschenrechten zu klimpern, an die nicht einmal mehr die glauben, die an den Saiten zupfen?

Mit einer Klimper-Musik der falschen Töne ist niemand gedient, bevor in Genf nicht Klarheit geschaffen wird. Nicht einmal denen, die es „Fortschritt" nennen, daß immer noch geklimpert wird. Wie es wirklich steht, hat am letzten Konferenztag Max Kampelman, der amerikanische Chefdelegierte, ausgesprochen, der die Unterdrückung der Menschenrechte in der Sowjetunion gegenwärtig als schärfer bezeichnete denn je seit der Unterzeichnung der Helsinki-Akte. Die Sowjets – ein harmonischer Ausklang – schrien förmlich auf. Viel fehlte nicht, und man hätte sich das Mobiliar an den Kopf geworfen. So viel über den praktischen Wert der KSZE-Aufführung.

BDI: Forschung an Hochschulen verstärken

HEINZ HECK, Bonn

Für verbesserte Bedingungen in der privaten Forschungsfinanzierung und größere Finanzautonomie der Hochschulen hat sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ausgesprochen. „Eine leistungsstarke Grundlagenforschung an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Bundesrepublik ist für die Innovationsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie unerläßlich", heißt es in der jüngsten Stellungnahme des BDI zur Wissenschaftspolitik mit dem Titel „Für eine Stärkung des wissenschaftlichen Leistungspotentials".

Durch mehr Selbstverantwortung und individuelle Leistungsorientierung ließen sich trotz steigender Studentenzahlen Kosten senken und Ergebnisse verbessern. Der BDI sieht ein wesentliches Element für den qualitätssteigernden Wettbewerb in der Bereitstellung privater Finanzierungsmittel für die Hochschulforschung – auch aus der Industrie. Vorteilhaft würde sich auswirken, daß die Wissenschaft damit „stärker an aktuelle Probleme der industriellen Praxis herangeführt" und Lösungswege in enger Kooperation entwickelt werden könnten.

Eine größere Finanzautonomie der Hochschulen und der Abbau bürokratischer Regelungen seien erforderlich, um die Flexibilität gerade der privaten Forschungsfinanzierung nicht durch starre öffentliche Haushaltsgrundsätze einzuschränken. Der BDI plädiert für eine Änderung des Körperschaftssteuergesetzes, damit zusätzliche Mittel für die Grundlagenforschung mobilisiert werden

Vatikan: Entführer schweigen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Heute läuft das Ultimatum ab, mit dem die Entführer der 15jährigen vatikanischen Staatsbürgerin Emanuela Orlandi die Freilassung des türkischen Papst-Attentäters Ali Agca gefordert haben. Um das Leben des Mädchens zu retten, erklärte sich der Vatikan zu direkten Verhandlungen mit den Kidnappern bereit: Kardinalstaatssekretär Casaroli sollte gestern zwischen 10 und 11 Uhr unter einer den Entführern bekannten Telefonnummer zu erreichen sein. Die Entführer meldeten sich jedoch nicht. Auch auf dem danach eingeschalteten Anrufbeantworter wurde bis zum Nachmittag kein Anruf registriert.

Inzwischen haben die Entführer in einem Anruf bei der italienischen Nachrichtenagentur Ansa klargestellt, daß es für sie nichts zu verhandeln gebe. Es gehe ihnen lediglich darum, mit Casaroli die Modalitäten für die Freilassung Agcas und für dessen Ausreise aus Italien zu vereinbaren. Der anonyme Anrufer hatte hinzugefügt: „Emanuela lebt, und das Ultimatum läuft unaufschiebbar am 20. Juli ab." Wenn Agca bis dahin nicht freigelassen werde, müsse „eine Unschuldige dafür bezahlen".

Am Sonntagabend hatten die Entführer in der Nähe des Quirinalspalastes ein Tonband mit aufgezeichneten Schreien, Wehklagen und Hilferufen Emanuelas hinterlegt. Der einzige zusammenhängende Satz, der darauf deutlich zu verstehen war und bei dem Emanuelas Eltern auch eindeutig die Stimme ihrer Tochter erkannten, lautete: „Laßt mich schlafen, bitte, bitte."

Seite 2: Berufung in Bulgarien

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Berufung in Bulgarien

Von Friedrich Meichsner

In Sofia wurde das Tribunal zur Szene. Beim Berufungsverfahren gegen die zwei Italiener, die vor drei Monaten von einem bulgarischen Gericht in erster Instanz wegen angeblicher Spionage zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, widerrief die Angeklagte Gabriella Trevisin ihr „Geständnis" und die im ersten Prozeß vorgebrachte Spionagebeschuldigung gegen ihren Freund Paolo Farsetti.

Sie habe damals unter Drogeneinfluß ausgesagt, versicherte sie. Vier Monate lang habe man ihr immer wieder Schlafmittel verabreicht, bis sie, völlig willenlos, das vom Untersuchungsrichter aufgesetzte „Vernehmungsprotokoll" unterschrieben und dann vor Gericht bestätigt habe.

Am selben Tag, an dem die obersten bulgarischen Richter kommentarlos diesen Widerruf zu Protokoll nahmen (das Urteil wird in zwei Wochen erwartet), fuhr ein anderer Richter – den Aktenkoffer gefüllt mit anderen Protokollen – unter starker Polizeieskorte zum Sofioter Flughafen. Ilario Martella, Untersuchungsrichter im Ermittlungsverfahren gegen den in Rom inhaftierten bulgarischen Luftlinienangestellten Sergej Antonow, der der Mittäterschaft beim Papst-Attentat beschuldigt wird, kehrte nach einwöchigem Aufenthalt in Sofia nach Italien zurück. Er hatte mit Erlaubnis der bulgarischen Justizbehörden zwei Mitangeklagte Antonows, den ehemaligen bulgarischen Botschaftskassierer in Rom, Ayvasow, und den einstigen Sekretär beim Militärattaché-stab, Oberst Wassilew, sowie einige Zeugen einvernommen.

Spekulationen, daß die vielzitierte „Bulgarian Connection" beim Papst-Attentat durch eine andere Verflechtung zurückgedrängt werden könnte, mögen sich nach diesem „zufälligen" Zusammentreffen der Ereignisse aufdrängen und werden tatsächlich auch von gewisser Seite angestellt. Martella setzt alldem die nüchterne Erklärung entgegen: „Ich erfülle nur meine Pflicht als Untersuchungsrichter." Für andere Untersuchungsrichter freilich schließt diese Pflichterfüllung offensichtlich auch die Bereitschaft ein, die Verfahrensabwicklung durch Einschläferung der Angeklagten zu erleichtern.

Gasmaske und heiße Luft

Von Enno v. Loewenstern

Josef Leinen, der einst diesen Staat unregierbar machen wollte, engagiert sich nun für diejenigen, die man dafür braucht. Nicht mit dieser Begründung freilich; er entwickelt Phantasie, während er über das drohende Vermummungsverbot lamentiert: Es „droht jede Spontaneität und Phantasie bei der ausdrucksvollen Darstellung von Protesten zu ersticken". Hier werde eine „lebendige politische Kultur abgewürgt". Gasmasken gehörten dazu, wenn man gegen Umweltverschmutzung demonstrieren wolle. Und überhaupt erfordere der Schutz der Gesundheit vor Kälte, Regen und Sonne oft geradezu eine Kopf- und Gesichtsbedeckung.

Eben hörte man noch, diese tapferen Bekenner brauchten Vermummung aus Angst vor Repressalien am Arbeitsplatz. Jetzt sind Gas- und andere Masken also schon erstens ein Ausdruck lebendiger Kultur und zweitens ein Wetterschutz. Nun lehrt zum einen die Erfahrung, daß Demonstrationen bei unfreundlichem Wetter selten stattfinden; schon gar nicht bei einem Wetter, das auch Normalbürger zwänge, ihre Gesichter zu verhüllen (vor der Sonne obendrein!). Zum anderen: Die eingelernten, keineswegs spontanen Schauspielereien auf der Straße können weiterhin stattfinden; mit oder ohne Karneval. Wer aber jemals diese neue Kultur gesehen hat, wie sie maskiert mit Steinen oder Knüppeln auf Menschen losgegangen ist, der sieht zumindest den erstaunlichen Josef Leinen ohne Maske.

Ob sie nun um ihre Theatermätzchen bangen, weil sie nichts Ernstes, Sachliches vorzubringen haben, oder ob es ihnen vor allem um ihre Rüpelspiele geht – schon der große Theaterchef von Weimar hat sie vorausgeahnt: „Man hat Gewalt, so hat man Recht. Man fragt ums Was und nicht ums Wie!" (Faust II AV). Aber Bonn ist bekanntlich nicht Weimar.

Was zählt

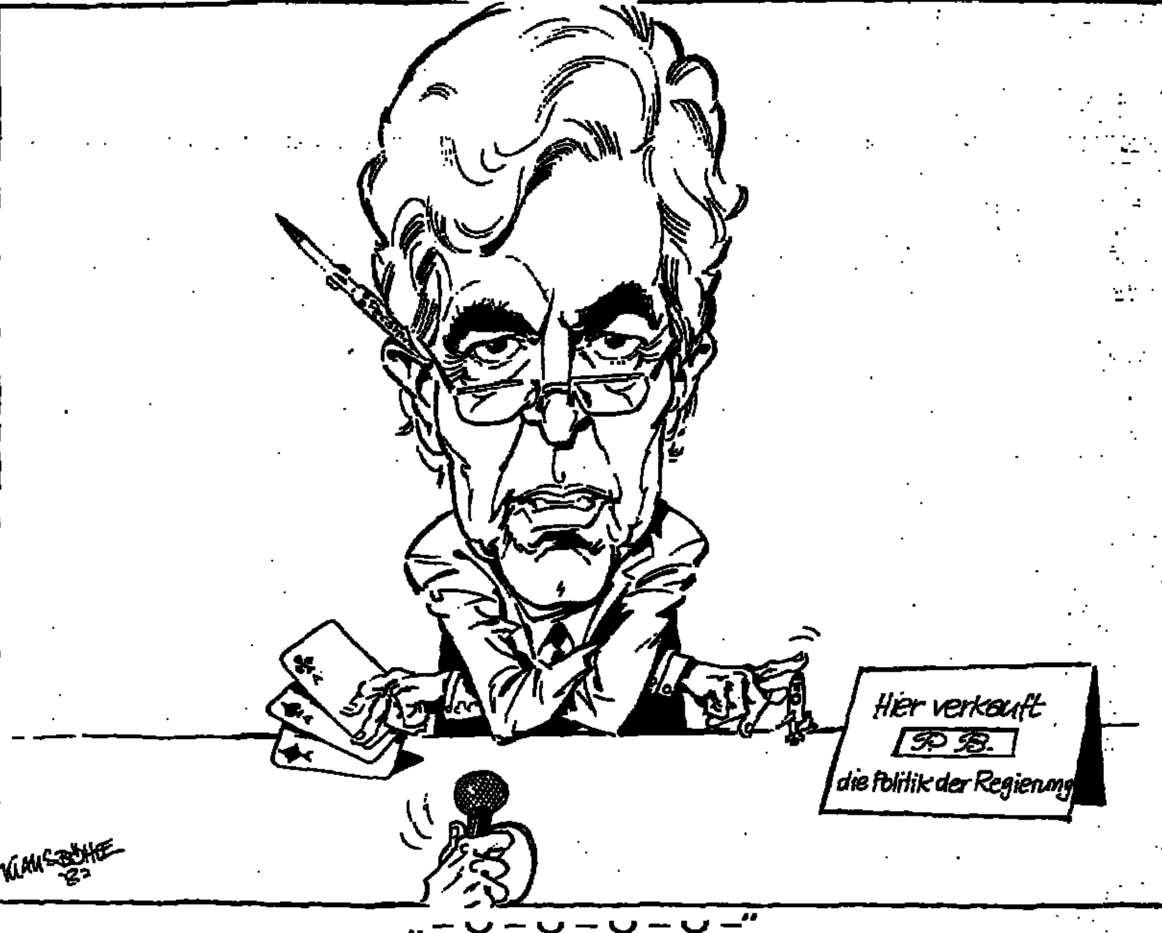
Von Joachim Neander

Wer nicht unbedingt muß, nimmt das Wort „Volkszählung" zur Zeit nicht in den Mund. Selbst die Sprühsprüche an den Mauern bleichen allmählich. Vor allem unter den sozialliberalen Vätern des zunächst verunglückten Volkszählungsgesetzes tun einige Politiker inzwischen so, als hörten sie das Wort zum erstenmal, oder als müsse man jetzt schweigend und reuig erst einmal abwarten, ob die Verfassungsrichter in Karlsruhe es dem Staat überhaupt gestatten werden, seine Bürger nachzuzählen.

Da tut es im großen Schweigen direkt wohl, wenn einmal ein Nichtpolitiker, ein beamteter Fachmann, ein deutliches Wort dazu sagt. Egon Hölder, der neue Präsident des Statistischen Bundesamts, hätte es sich in seiner Antrittsrede natürlich bequem machen und auf das in Karlsruhe schwebende Verfahren verweisen können. Aber in der Rolle des „Ich hab' hier nur ein Amt und keine Meinung" hatte sich der weißhaarig-vitale Pforzheimer wohl selber nicht leiden können. So sprach er ausführlich aus, was er denkt.

Dem Staat die nötigen Auskünfte zu erteilen, sagte er, sei eine solidarische Mitwirkungspflicht im Interesse der Gemeinschaft. Wer hinter dem sozialen Wall Schutz suche, möge sich auch an seinem Bau beteiligen. Niemand dürfe Solidarität fordern, wenn er sie nicht seinerseits gegenüber der Allgemeinheit übe. Er glaube auch nicht, daß es illegitim sei, wenn er als Statistiker in der Öffentlichkeit und eventuell vor dem Bundesverfassungsgericht für die Volkszählung kämpfe, weil er sie im öffentlichen Interesse für notwendig halte.

Hier nimmt ein Beamter seinen Diensteid ernst. Es wäre ganz gut, wenn bei dieser Gelegenheit einige Minister, die nicht mehr Minister sind, an das erinnert werden, was sie einst geschworen haben.



„– ∪ – ∪ – ∪ – ∪ –"
(Aus der Pressekonferenz des Regierungssprechers) ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Freiheit, für die sie starben

Von Matthias Walden

Je mehr Zeit vergangen ist und je mehr die Zeiten sich geändert haben, um so häufiger fragen sich die Lebenden, was die Toten wohl sagen würden, wenn sie diese Welt der Gegenwart erlebt hätten. Wie würden die Deutschen über uns urteilen, die am 20. Juli 1944 ihr Leben gegen die Tyrannei Hitlers einsetzten und verloren? Sie opferten sich auf für die Freiheit ihres, unseres Vaterlandes. Sie verfehlten ihr Ziel, doch gewannen sie uns die nationale Ehrenrettung, den Nachweis deutscher Freiheitsliebe und der Bereitschaft, für die Wiedergewinnung des Rechtes zu sterben.

Das war ihr Widerstand. Sie widerstanden dem verbrecherischen Regime und seinem Krieg, den Verlogenheiten, Feigheiten und Opportunismen jener Zeit. Wo aber für Deutschland, das sie liebten, Freiheit durch drei der vier Siegermächte gewonnen und später von den Deutschen erworben werden konnte, um sie zu besitzen, ist von „Widerstand" heute in obszönem Sinne die Rede und Mißbrauch der Freiheit an der Tages(un)ordnung.

Freiheit, die sie meinten! Welche meinten sie denn? Vom linken Asphalt recken sich Zeigefinger der Denunziation: Es sei eine feudalistische Freiheit gewesen, auf die der Kreis des 20. Juli hinausgewollt habe, eine nationalistische, also fragwürdige. Daß die bestimmenden geistigen Kräfte jenes heroischen Aufbäumens ein anderes Nationalbewußtsein hatten, als es sich im Wandel der Geschichte hätte behaupten können und sollen, muß aus der Zeit heraus verstanden werden. Auch sie hätten nach dem Kriege weitergedacht, hätten das europäische Ziel entdeckt und sich ihm verschrieben; wären republikanischer geworden, als sie das nach Kaiserreich und Hitler-Despotie damals sein konnten.

Sicher ist, daß ihr Freiheitsideal höher stand als die „Freiheits"-Ideologie derer, die heute Libertinage mit Liberalität verwechseln. Sie wären, als sie erschossen oder stranguliert wurden, schwerer gestorben, wenn sie gewußt hätten, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung, aber ein großer Teil der veröffentlichten Meinung unter Freiheit verstehen würde, in fremdes Eigentum einzudringen, Häuser zu besetzen, sich im Ansturm gegen den demokratischen Rechtsstaat zu vermummen, dem Mehrheitswillen ein Scherbengericht zu veranstalten, auf den Straßen primitive Intoleranz mit faschistischem Anstrich gegen die Redlichkeit zu mobilisieren, Drogensucht zu entfesseln, staatliche Hilfe für filmische Blasphemie und Gefühlsverletzungen zu begehren und zu gewähren, politische und sexuelle Pornographie an Stelle zeitloser Ethik zu setzen, Rechte zu beanspruchen und sich Pflichten zu entziehen, „auszusteigen" und sich in soziale Hängematten fallen zu lassen und schließlich Freiheit in Anspruch zu nehmen, um Freiheit zu bestreiten. Kurz: daß die Parole „Die Straße frei den braunen Bataillonen" wiedererstehen würde, wenn auch mit anderen Farben.



Dem Verbrechen widerstanden: Generalfeldmarschall v. Witzleben vor Freislers Gericht FOTO: DIE WELT

Sie wären schwerer gestorben, hätten sie einen „Widerstand" vorausgesehen, der nicht vom Fallbeil bedroht ist, sondern sich in den extensiven Freiräumen des Rechtsstaates tummelt, kokett maskiert, elektronisch eskortiert und narrenfreiheitlich ästimiert. Ihr Credo war die Pflicht, war ein Ideal, dem sie mit Todesmut dienten.

In ihrer geistigen und moralischen Nachfolge stehen nicht die Harlekine der Happenings und Demos, sondern die Widerständler gegen die Unrechtssysteme unserer Tage, die Aufrechten der polnischen „Solidarität", die Gefangenen der „Charta 77" in der Tschechoslowakei, die Todkranken der russischen Bürgerrechtsbewegung auf den Strohlagern der sibirischen Deportation.

Sie alle meinen eine Freiheit, die auch die Männer und Frauen des 20. Juli meinten: Die Freiheit des Rechts und der Ordnung, der Liebe und der Menschlichkeit, des Dienens und der Demut, eine Freiheit im Gehorsam zu Gott. Sie alle, die ihrem Gewissen folgend ihr Leben wagten und verloren, wagen oder zu verlieren drohen, hätten nicht verstanden und verstehen nicht, daß rotes Unrecht, das braunem folgte, heute auf dem Boden der Freiheit Anbiederung, Verharmlosung, sogar Unterwürfigkeit und Gefolgschaft findet.

Das Risiko solchen Widerstandes war und ist tödlich. Das Risiko des „Widerstandes" der Pax-Sovietica-Pazifisten bei uns ist, sich von bemitleidenswerten Polizisten von Straßen oder Wiesen wegtragen zu lassen.

Zu dem Gebet an Gräbern derer, die für ihren Freiheitswillen gestorben sind, gehört die Bitte, daß die Früchte ihres Opferganges nicht in Kapitulationen vor dem Mißbrauch der Freiheit verkommen mögen.

IM GESPRÄCH Leon Brittan

Viel Kopf und wenig Freunde

Von Fritz Wirth



Sackgasse oder Sprungbrett? Innenminister Brittan FOTO: CAMERA PRESS

Er ist 43 Jahre alt und bereits Innenminister Ihrer Majestät, der jüngste Mann in diesem Amt seit Winston Churchill. Doch schon dieser historische Bezug, der jeden anderen britischen Politiker stolz machen würde, mißfällt ihm. Nicht zuletzt deshalb, so gibt er zu Bedenken, weil Winston Churchill als Innenminister nicht unbedingt ein rauschender politischer Erfolg war.

Er sagte das in aller politischen Unschuld am Tag nach seiner überraschenden Ernennung durch Frau Thatcher. Er hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht begriffen, daß der Ehrgeiz nach Erfolgserlebnissen und das Amt des britischen Innenministers ein Widerspruch in sich ist. Das britische Innenministerium ist seit Jahrzehnten der Friedhof einst glanzvoller Politiker-Karrieren. Kronzeugen dafür sind „Rab" Butler, Roy Jenkins, Reginald Maudling und William Whitelaw.

Die Fährnisse und Fallgruben dieses Amtes müssen sich Leon Brittan jedoch spätestens in der letzten Woche aufgetan haben, als er in der Todesstrafendebatte nach kurzem Höhenflug im neuen Ministerium eine fatale Bauchlandung produzierte. Er hatte sich auf artistische Weise zwischen die Stühle der Anti-Henker-Lobby und der Befürworter der Todesstrafe setzen wollen und lediglich den Galgen für Terroristen gefordert. Was seine Ministerkollegen bis heute rätseln läßt: Wie konnte ein so hochintelligenter Mann eine so inkohärente Position beziehen?

Diese Intelligenz hievte ihn vor zweieinhalb Jahren auf einen der heißesten Stühle der britischen Politik: Auf seiner Hochzeitsreise überraschte ihn Margaret Thatcher mit der Nachricht, daß er der neue Chef-Finanzsekretär im britischen Schatzministerium sei. In Whitehall ist es eine Schlüsselposition. Der Finanzsekretär hat darüber zu wachen, daß die Kasse stimmt. Das bringt ihn in Dauerkonflikt mit den anderen Ministern, weil er deren Etats zu überwachen hat.

Diese zweieinhalbjährige Kärrner-Arbeit hat in Whitehall nicht unbedingt die Zahl seiner Freunde erhöht. Brittan aber hatte wohl selten viele, aber stets die richtigen Freunde. Vor allem: Sir Geoffrey Howe, William Whitelaw und eben Margaret Thatcher, und die waren es, die ihm den Weg ins Innenministerium, den zweiten heißen Stuhl im Kabinett, sicherten.

Die Freundschaft mit dem heutigen Außenminister Sir Geoffrey Howe geht auf Studentenzeiten zurück. Brittan gehörte ebenso wie Howe der liberal-konservativen „Bow-Gruppe" an; er war Redakteur der Zeitschrift „Crossbow" und Präsident der „Cambridge Union". Brittan ist der Sohn eines jüdischen Arztes aus Litauen, der in Berlin studierte und 1927 nach England emigrierte. Er wurde nach dem Jura-Studium ein erfolgreicher Rechtsanwalt (Spezialgebiet: Verleumdungsklagen im Bereich der Presse). Sein Bruder Samuel rückte zu einem hochgeachteten Wirtschaftskommentator bei der „Financial Times" auf. Dem Unterhaus gehört Leon Brittan seit 1974 an. Er ist entschlossen und unbeugsam in seiner Politik, persönlich jedoch ein ungeheuer freundlicher und kultivierter Mann. Wenn es ihm gelingt, ohne allzu große weitere Brandspuren auf dem heißen Stuhl seines neuen Amtes zu überleben, könnte er der erste britische Innenminister seit zwanzig Jahren werden, der seine Zukunft nicht schon hinter sich hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Zur Diskussion um den „Waldspaziergang"-Kompromiß in Genf schreibt das Blatt:

Im Bonner Außenministerium schien man über (das) Echo zu Genschers Interview-Äußerungen alles andere als glücklich. Eilig offerierte man der Presse eine Interpretationshilfe: Genscher habe das Stichwort „Waldspaziergang" nur benutzt, um die sowjetische Forderung nach Berücksichtigung der britischen und französischen Raketen aus dem Spiel zu bringen und damit die Genfer Verhandlungen zu deblockieren ... Überzeugend ist diese nachgelieferte Erklärung natürlich nicht. Wer die „Waldspaziergang"-Formel aufs Tapet bringt, kann kaum glaubwürdig für sich in Anspruch nehmen, er habe dabei nur einen bestimmten Aspekt dieses Kompromisses herausheben wollen.

KURIER

Zum Kriegsrecht in Polen meint das Wiener Massenblatt:

Das Parlament wird in dieser Woche auch Verfassungsänderungen beschließen – das sind die „Zuckerstücke" des Dompteurs Jaruzelski. Aber letztlich ist dieses ganze große Tarn- und Täuschungsmanöver des Generals doch ziemlich durchsichtig. Denn was tut General Jaruzelski letztlich? Er befreit das polnische Volk zwar aus dem schmerzenden Fußeisen des Kriegsrechts und verpaßt ihm statt dessen einen Nasenring.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung schreibt zur Lage in Griechenland:

Die vom griechischen Ministerpräsidenten Papandreou in der NATO und der EG geäußerten weltpolitischen Ansichten sind Musik in sowjetischen Ohren. Gleichzeitig arbeiten die innenpolitischen Fehler seiner Regierung der Kommunistischen Partei Griechenlands in die Hände, die versucht, durch Arbeits- und Sozialunruhen destabilisierend zu wirken und die Widersprüche von Papandreous Wirtschaftspolitik auszunutzen. Papandreou wäre unklug, würde er jetzt seinen prowestlichen Kurs (bei den Verhandlungen über die Schließung amerikanischer Basen) dadurch wettzumachen versuchen, daß er daheim eine noch brisantere Politik einschlägt. Denn das könnte leicht den positiven Eindruck ruinieren, den das Stützungsabkommen auf die krankende Wirtschaft haben dürfte.

The Washington Post

Die Zeitung befaßt sich mit der von Präsident Reagan gebildeten Mittelamerika-Kommission:

Selbst wenn er nicht dazu aufgefordert worden wäre, hätte US-Präsident Reagan möglicherweise den Weg zu einer ranghohen Zweiparteien-Kommission eingeschlagen, um seine mühsam vorankommende Politik in Mittelamerika zu unterstützen. Diese Methode hatte ihm sowohl in Fragen der sozialen Sicherheit als auch der MX aus der Klemme geholfen.

Marktwirtschaft und Christentum: kein Gegensatz

Soziallehren und was die Subsidiarität bedeutet / Von Heinz Pentzlin

Viele Geistliche – vor allem jüngere und die unter den älteren, die nicht als weniger „fortschrittlich" gelten möchten – stehen der Marktwirtschaft ablehnend gegenüber. Sie glauben, aus der Sozialverpflichtung des Christentums heraus eine auf Gewinnstreben abgestellte Wirtschaftsordnung verwerfen oder gar bekämpfen zu müssen. In Ländern der Dritten Welt stellen sie sich oft auf die Seite von Revolutionären und wirken nicht selten bei Aktionen mit, deren Vorkämpfer vor terroristischen Handlungen nicht zurückschrecken.

Die Gegnerschaft gegen die Marktwirtschaft und gegen die mit ihr verbundene Gesellschaftsordnung hat nur oft im Bündnis mit der „Theologie der Befreiung", die nach ihrer Entstehung in Europa in den lateinamerikanischen Ländern die stärkste Anhängerschaft gefunden hat und dort mit marxistischen Revolutionären in Verbindung getreten ist, Schlimmstes herbeigeführt. Statt Befreiung hat sie – in Kuba und Nicaragua – neue, härtere Knechtschaft gebracht.

Doch auch von solchen extremen Einstellungen wie der Theologie der Befreiung abgesehen, gerät christliches Sozialdenken nur zu oft in bedenkliche Nähe zum Sozialismus marxistischer Prägung oder läßt sich dazu verleiten, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele anzustreben, die nicht mehr sozial, sondern deutlich sozialistisch sind; die mit der Befürwortung weit- und immer weitergehender staatlicher Eingriffe den Freiheitsraum der einzelnen im Wirtschaftsleben mehr und mehr einengen und als – meist unterschätzte oder übersehene, jedoch, wie die Erfahrung zeigt: unabwendbare – Folge zur Einengung des gesellschaftlichen und politischen Freiheitsraumes führt.

Daß diese Einstellung in krassem Gegensatz zur katholischen Soziallehre – und im Grunde auch zu den weniger klar ausgesprochenen Soziallehren der evangelischen Kirchen – steht, wollen die Gegner der marktwirtschaftlichen Ordnung unter politisch aktiven Pfarrern nicht gelten lassen, obwohl die neben der „Solidarität" stehende Leitidee der „Subsidiarität" deutlich staatlichen Zentralismus und Kollektivismus ablehnt und die Eigenverantwortung des einzelnen und kleinerer Gemeinschaften betont.

Das legt der christlichen Sozialethik eine Bejahung liberaler Wirtschaftsordnung nahe. Doch die sozialen Mißstände, die während des Aufkommens liberalistischer Wirtschaft bestanden, ließen die Sozial-Bewußten jener Zeit nach anderen Wegen suchen. Die „Katheder-Sozialisten" wollten einer Art „Staatssozialismus" den Vorzug geben. Christliche, vor allem katholische Sozialethiker erstrebten einen Solidarismus in einer „berufsständischen Ordnung", die auch in der Enzyklika des Papstes Pius XI. „Quadragesimo anno" 1931 empfohlen wurde.

Doch der Gedanke, daß die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nach überkommenen Vorstellungen berufsständisch geordnet werden könnte, findet – besonders, nachdem der Versuch der Schaffung eines „Ständestaates" 1934 in Österreich völlig scheiterte – kaum noch Anhänger. In dieser Zeit des Suchens nach sozialen Leitlinien ergreift der Soziologe Lothar Bossle das Wort mit einem „Plädoyer für ein Bündnis zwischen christlichen Soziallehren und dem Ordoliberalismus". (Ordoliberalismus und Christliche Soziallehre – die Versöhnungsidee der 80er Jahre. Nymphenburger Verlagshandlung, München, 64 Seiten, 12,80 DM).

Seine Thesen lauten, „daß die Verbürgung für eine freiheitliche und menschenwürdige Zukunft einzig und allein in einem Bündnis zwischen den Christlichen Soziallehren und dem Ordo- oder Neoliberalismus liegen kann". Und: „Die Versöhnung zwischen Christlichen Soziallehren und dem Ordoliberalismus ist deshalb auch eine Notwendigkeit unserer Jahre, weil sie nicht nur eine neue europäische Perspektive eröffnen könnte, sondern auch als Frage der Dritten Welt immer eindringlicher auf uns zukommt."

Diese Thesen mögen übersteigert und einseitig erscheinen. Doch sie sollten denen, die glauben, daß sie aus Sozialverpflichtung die marktwirtschaftliche Ordnung ablehnen müßten, Anlaß zum Überdenken ihres Standpunktes geben – eines Standpunktes, zu dem sie oft nur aufgrund falscher Vorstellungen und falscher, von längst überholten Verhältnissen ausgehender Darstellungen der Marktwirtschaft gekommen sind. Die alte liberalistische Wirtschaftsweise, der „Manchester-Liberalismus", der zu Recht kritisiert wurde, besteht seit langem nicht mehr.

Der „Ordoliberalismus" zielt, wie es sein Name besagt, auf eine Freiheit in Ordnung, die sozialer ist als alles, was mit sozialistischen Programmen verwirklicht werden könnte.



WIE WAR DAS?

Als Reich und Vatikan das Konkordat schlossen

Von HENK OHNESORGE

Am 20. Juli 1933 wurde zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl ein Konkordat abgeschlossen, das in Rom von dem damaligen Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli und dem damaligen Vizekanzler Franz von Papen unterzeichnet wurde. Mit diesem „Reichskonkordat" wurde – analog zu bereits bestehenden Übereinkünften mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) – das Verhältnis zwischen dem Reich und dem Vatikan geregelt.

Anläßlich der Unterzeichnung erklärte der ehemalige Zentrums-Politiker von Papen, daß der Liberalismus durch die Trennung von Kirche und Staat eine Entfremdung und völlige Verfeindung zwischen diesen herbeigeführt habe. Erst durch die nationalsozialistische Revolution sei der Weg zu einer friedlichen Zusammenarbeit freigemacht worden.

Als Nuntius in Deutschland hatte Pacelli, der spätere Papst Pius XII., mehrfach mit Unterstützung der katholischen Zentrumspartei vergeblich versucht, zum Abschluß eines Reichskonkordats zu kommen. Lediglich die Absprachen mit den drei Ländern waren möglich gewesen.

Die bis 1930 zahlenmäßig unbedeutende NSDAP war ursprünglich gegen jedes Konkordat gewesen und hatte sich mit Vehemenz gegen die Absprachen mit den Ländern gewandt. Erst die Lateranverträge 1929 zwischen dem italienischen Staat und dem Heiligen Stuhl, der die seit der Besetzung des Kirchenstaats 1870 zwischen Staat und Kirche in Italien herrschende Feindschaft beendete, hatten hier zu einem Meinungsumschwung geführt: Die Nationalsozialisten entdeckten den sogenannten „Entpolitisierungs-Paragraphen" und damit die Möglichkeit, den Klerus aus der Politik auszuschalten. Beim Zentrum, einem Träger der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik, und bei der Bayerischen Volkspartei hatten Geistliche in Führung und Parlament eine große Rolle gespielt, bis hin zum Zentrumsvorsitzenden Prälat Ludwig Kaas.

Bis heute besteht unter den Historikern keine Einigkeit darüber, ob und wieweit die Zusage eines Konkordats Vorbedingung für die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 gewesen ist. Fest steht, daß Kaas die Bedeutung des künftigen Artikels 32, des „Entpolitisierungs-Paragraphen", und seine Tragweite für Zentrum und Bayerische Volkspartei erkannte und bis zuletzt für andere Formulierungen plädierte.

Schon vor Abschluß des Konkordats war zwischen dem deutschen Episkopat und der Reichsregierung die Auflösung einer Reihe von katholischen Verbänden (Volksverein für das katholische Deutschland, Friedensbund deutscher Katholiken u. a. m.) vereinbart worden, während rein religiöse, karitative und kulturelle Verbände bestehen bleiben und der Staatsaufsicht nur soweit unterstehen sollten, wie sich dies aus der allgemeinen staatsbürgerlichen Treuepflicht ergeben sollte. Verbände mit sozialen oder berufsständischen Aufgaben konnten in staatliche Verbände eingeordnet werden, für den Fall ihrer Selbständigkeit mußte auf parteipolitische oder gewerkschaftliche Tätigkeit verzichtet werden.

Durch eine exzessive Auslegung und Mißachtung des Geists des Konkordats erreichte das NS-System schon bald die völlige Zerschlagung des gesamten vielfältigen katholischen Vereinslebens.



Eine Stadt sollte sterben: Hamburg, Süderstraße, nach der Zerstörung im Sommer 1943

REPRODUKTION: CHRISTA KUJATH

„Gomorrha", Code für Vernichtung

Massive Bombenangriffe auf deutsche Großstädte sollten den Zweiten Weltkrieg verkürzen helfen. Eine schreckliche Fehlkalkulation der Alliierten – wie sich auch in Hamburg zeigte.

Von UWE BAHNSEN

Das schicksalschwere Dokument, MOST SECRET gestempelt, stammt vom 27. Mai 1943. An diesem Tag erteilte der britische Luftmarschall Arthur Travers Harris dem Bomber Command mit der „Operation Order No. 173" den Befehl, die zweitgrößte deutsche Stadt, Hamburg, dem Erdboden gleichzumachen („the process of elimination"). Mindestens 10 000 Tonnen Bomben, so kalkulierte Harris in diesem nur 25 Zeilen umfassenden Papier, würden dafür notwendig sein.

Es war gleichsam das Todesurteil für mehr als 42 000 Menschen, die bei den insgesamt sieben Luftangriffen britischer und amerikanischer Bomberverbände in der Zeit vom 24. Juli bis zum 3. August 1943 in der Hansestadt ums Leben kamen. Vierzig Jahre danach wird das Grauen dieser Tage und Nächte am 24. Juli noch einmal Wirklichkeit werden – in einer Fernsehdokumentation des Norddeutschen Rundfunks von Hans Brecht: „Operation Gomorrha". So lautete das Codewort, das „Bomber-Harris" für den Angriff auf Hamburg ausgegeben hatte.

Arthur Travers Harris, der heute 91jährige Chefstratege des britischen Bombenkrieges, der nach dem Sieg der Alliierten in öffentliche Isolierung geriet, lehnte das Ersuchen des NDR um ein Interview ab. Er wolle sich, so ließ Harris wissen, überhaupt nicht vor einer Fernsehkamera äußern. Die zentrale Frage an ihn hätte wohl lauten müssen, wie Harris den offenkundigen, schrecklichen Irrtum beurteilt, dem er im Mai 1943 erlag, als er in seinem Einsatzbefehl meinte, die Vernichtung Hamburgs werde „eine unschätzbare Auswirkung auf die Kriegswirtschaft des Feindes" haben; es werde „die Wirkung auf den deutschen Widerstandswillen im ganzen Lande" spürbar werden, und dies werde „den Krieg verkürzen und gewinnen helfen".

Keines dieser Ziele, das erkannten alliierte Untersuchungskommissionen sehr bald nach Kriegsende, wurde erreicht. Wie Hamburg waren auch die anderen Großstädte des Reiches längst durch Flächenbombardements verwüstet, als die deutsche Rüstungsproduktion im Herbst 1944 ihren höchsten Stand erreichte – fast das Dreifache der durchschnittlichen Ausstoßzahlen des Jahres 1940.

Der „Widerstandswille" der Bevölkerung, den Harris zu brechen hoffte, war etwa in Hamburg in den Tagen und Wochen nach der Katastrophe vom Ende Juli 1943 nicht beeinträchtigt – eher im Gegenteil: Ein trotziges „Dennoch", verbunden mit einem Gefühl der Solidarität aller, prägte die Grundstimmung der Menschen.

Zwar stellte ein geheimer Bericht des Sicherheitsdienstes der SS am 31. Juli 1943 fest, es habe „die Masse der Kleingläubigen und der Pessimisten während der letzten 24 Stunden die Mehrheit erlangt", auch kam es in den folgenden 14 Tagen vornehmlich in den Hamburger Arbeitervierteln zu Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und NS-Parteifunktionären (bei denen die Polizei bemerkenswerterweise auf ein Eingreifen verzichtete). Ein auf Weisung Himmlers in Hamburg zusammengestellter Sicherungsverband aus auswärtigen Polizeibataillonen, der Unruhen, „Zusammenrottungen" ausländischer Arbeitnehmer und Ausbrüche von Gefangenen verhindern sollte, konnte jedoch bald wieder aufgelöst werden.

Am 6. August kam Göring in das zertrümmerte Hamburg – der Oberbefehlshaber jener Luftwaffe, die trotz aller Tapferkeit ihrer Offiziere und Mannschaften die Stadt nicht hatte schützen können. Er wirkte sichtlich deprimiert. Vergeblich hatte der Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann Hitler dringlich um seinen Besuch gebeten und eine mehr oder weniger brüske Ablehnung erhalten. Hitler weigerte sich in diesem wie in anderen Fällen, die Folgen dieses Krieges und die Leiden, die er der Bevölkerung aufbürdete, selbst in Augenschein zu nehmen. Auch Kaufmanns Bitte, dann wenigstens besonders verdiente Rettungsmannschaften zu empfangen, wies er zurück. Statt dessen konferierten am 17. August, streng von der Öffentlichkeit abgeschirmt, Propagandaminister Joseph Goebbels als Leiter des interministeriellen „Luftkriegsschädenausschusses", der Reichsinnenminister Wilhelm Frick und ein halbes Dutzend Gauleiter über die Konsequenzen, die aus dieser neuen Dimension des Bombenkrieges zu ziehen waren.

Die Angriffsserie auf Hamburg hatte die Verantwortlichen in der Stadt – Kaufmann und den Senat unter dem Bürgermeister Carl Vincent Krogmann – nicht unvorbereitet getroffen, doch die Wucht, mit der Luftmarschall Harris den Befehlen seiner Regierung folgend zuschlug, überstieg alles, was man auf deutscher Seite für möglich gehalten hatte. Am 10. Juni 1943 begann jene „Combined Bomber Offensive" gegen Deutschland, die auf der Konferenz von Casablanca beschlossen worden war: Präzisionsbombardierungen durch US-Verbände am Tage, Flächenabwürfe der Royal Air Force bei Nacht.

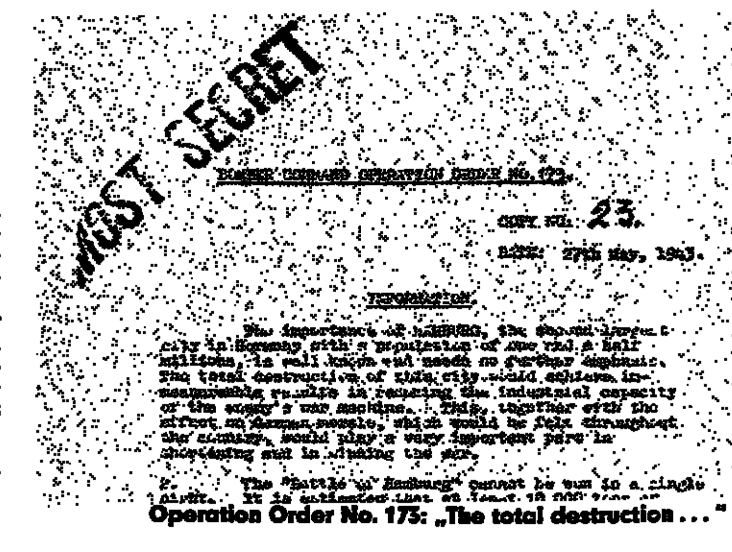
In der Hansestadt waren schon im Frühjahr Pläne für einen „Großkatastrophenfall" (GK-Fall) aufgestellt worden, die in der Zeit vom 6. bis zum 12. Juli in nahezu pausenlosen Sitzungen der Partei- und Verwaltungsspitzen unter Kaufmanns und Krogmanns Leitung überarbeitet und aktualisiert wurden. Zum Abschluß fand ein „Planspiel" statt, über dessen Ergebnisse die Einsatzgruppenleiter am 19. Juli unterrichtet wurden.

Doch was dann über die Stadt hereinbrach, warf jegliche Planung über den Haufen, wie ein grausiges Beispiel zeigte: Der Polizeipräsident Kehrl hatte zwar am 18. Januar 1943 einen „Leitfaden für die Behandlung von Leichensachen nach Fliegerangriffen" herausgegeben – im „Interesse einer reibungslosen Durchführung" und um „einem dringenden Bedürfnis" zu entsprechen. Nach der Katastrophe trat in der geschundenen Stadt das dringende Bedürfnis zutage, angesichts der überall verschütteten Leichen der Seuchengefahr vorzubeugen. Zehntausende von Bombenopfern mußten in aller Eile in hastig ausgehobenen Massengräbern auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt werden. Man brauchte Desinfektionskalk – und hatte ihn zunächst nicht; Kaufmann selbst mußte sich dieses Problems annehmen.

Air Marshal Arthur Travers Harris hatte auf furchtbare Weise wahr gemacht, was er den Deutschen, auch den Hamburgern, schon Monate zuvor in Flugblättern als seine persönliche Botschaft angekündigt hatte: „Bald werden wir jeden Tag und jede Nacht erscheinen bei Regen, Sturm und Schnee – wir und die Amerikaner. Wenn ihr uns dazu zwingt, werden wir das Dritte Reich von einem Ende zum anderen heimsuchen. Ihr könnt uns nicht hindern, und ihr wißt das. Ihr habt keine Chance." Er sei, so ließ er die Deutschen wissen, „gerade acht Monate drüben", in den USA, gewesen, „und so weiß ich genau, was bevorsteht". Er meinte die Bomberflut aus den riesigen Rüstungsarsenalen der USA.

Auch in Deutschland gab es Experten, die das seit langem wußten. Im Herbst 1941 besuchte Albert Speer, damals Hitlers Beauftragter für Rüstungsbauten, die Junkers-Werke in Dessau. Ihr Generaldirektor Heinrich Koppenberg führte den Gast in einen verschlossenen Raum und zeigte ihm, so Speer in seinen Erinnerungen, „eine graphische Darstellung, die die amerikanische Bomberproduktion der nächsten Jahre mit der unseren verglich. Ich fragte ihn, was denn unsere Führung zu diesen deprimierenden Vergleichszahlen sagte. ‚Das ist es eben, sie wollen es nicht glauben', meinte er. Fassungslos brach er in Tränen aus."

Bald darauf wurde Koppenberg als Chef der Junkers-Werke abberufen. Hitler, Göring, die militärische Führung, auch Speer – sie alle waren also gewarnt.



MOST SECRET

Copy No. 23.

Date: 27th May, 1943.

Operation Order No. 173: „The total destruction . . ."

Das Geld flüchtet aus der Schlacht ums Sparbuch

Österreichs Banken haben Mühe, das Geld im Lande zu halten und Spareinlagen zu bekommen. Grund der Verunsicherung ist die seit Monaten anhaltende Diskussion um eine Quellensteuer auf Zinserträge. Der politische Ärger, den dieses Projekt auslöst, scheint größer zu sein als der Nutzen für die Staatskasse.

Von W. FREISLEBEN

Bei den Bankdirektoren im malerischen Tiroler Dörfchen Jungholz, einem Zollausschlußgebiet, gibt es seit Monaten ebenso lange Gesichter wie bei ihren Kollegen im Kleinen Walsertal, dem Vorarlberger Zollausschluß-Pendant. Und nicht nur dort, sondern auch in Salzburg oder an der Grenze in Kufstein, denn seit Monaten drängen sich deutsche Kunden am Bankschalter, die ihre Sparbücher auflösen oder österreichische Wertpapiere veräußern wollen.

Die Abwehrschlacht im Kassenraum, die nicht nur in Grenznähe, sondern landesweit seit Monaten zu schlagen ist, hat handfeste Ursachen: Die Diskussion um die Einführung einer Quellensteuer auf Zinserträge von Kapitalanlagen in Österreich.

Vor dem 1. Januar 1984 besteht keine Gefahr – bis dahin bleiben die Kapitalerträge trotz bereits bestehender eindeutiger einkommenssteuerlicher Vorschriften mangels entsprechender Kontrollmöglichkeiten de facto vor der Besteuerung geschützt; die Anonymität bleibt gewahrt, das Bankgeheimnis unangetastet.

Was dann folgt, ist noch nicht ganz klar. Bei der jüngsten Sitzung des sozialistischen Parteivorstandes in Wien wollte Bruno Kreisky jedenfalls noch einmal genau verstanden werden: Wenn schon Quellensteuer, dann ohne Ausnahmen, 20 Prozent auf alle Zinserträge von Sparbüchern und Wertpapieren. Eine Steuer somit, die etwas einbringt.

Von sechs bis acht zusätzlichen Milliarden Schilling war da die Rede, mit deren Hilfe der aus den Fugen geratene österreichische Staatshaushalt saniert werden sollte. Von dieser Vorstellung des Altkanzlers war die derzeitige Koalition in Wien bislang ebensoweit entfernt wie die Sozialisten von einer Alleinregierung. Ein Zusammenhang, der keineswegs willkürlich hergestellt ist.

Denn wenn heute Spitzen wie Fußvolk der Sozialistischen Partei (SPÖ) den schmerzlichen Verlust der absoluten Mehrheit im Parlament bei den vergangenen Nationalratswahlen am 24. April analysieren, kann das Thema Quellensteuer nicht fehlen. Mehr noch: Es wird in ursächlichen Zusammenhang gebracht.

Obwohl es bis dato keine eindeutigen Analysen gibt, was nun wirklich maßgeblich zum Sturz der Kreiskyschen Alleinregierung – die immerhin seit 1970 die Österreicher mit einem ausufernden Sozialparadies beglückte – beigetragen hat, halten doch selbst in der SPÖ maßgebliche Persönlichkeiten daran fest: Die Quellensteuer hat, neben einer aufmüpfigen Parteijugend, diversen Korruptionsskandalen in der Grauzone zwischen Wirtschaft und Politik und einer bis zuletzt fortgesetzten Schuldenpolitik, die Sozialisten in die Koalition gezwungen.

Die Rechnung des Bruno Kreisky ist inzwischen unter dem Titel „Mallorca-Paket" griffig in die Annalen eingegangen. Als Steuerpaket, das Kreisky in seinen Weihnachtsferien im Urlaubsdomizil auf der spanischen Baleareninsel Mallorca seinem Finanzminister Herbert Salcher zu schnüren auftrug, wobei bis heute die Frage unbeantwortet ist, warum Kreisky ausgerechnet schon drei Monate vor den Neuwahlen die Bürger aufschreckte.

Und immer wieder taucht auch, wenn es um dieses Thema geht, der Name Hannes Androsch auf – einst politischer Ziehsohn des „Alten", dann von diesem verstoßen. Wenngleich der Ledersessel des Generaldirektors der größten Bank des Landes, Creditanstalt-Bankverein, dem einstigen Politstar der Sozialisten kaum schlechter zu Gesichte steht als der Stuhl des Finanzministers, auf dem Androsch vor Jahren, als Kreisky das erstemal eine Quellensteuer eingeführt wissen wollte, ein demonstratives Veto einlegte. Androsch hatte gute Gründe gehabt, die Finger von der Quellensteuer zu lassen. In einer ausführlichen Dokumentation ließ er 1980 jene Fakten auflisten, die gegen diese Steuer sprachen.

Die Entwicklung im heurigen Jahr scheint den ehemaligen Finanzminister zu bestätigen. Denn in der von der Nationalbank festgehaltenen Steigerung der grenzüberschreitenden Ausgaben im Reiseverkehr um erkleckliche 14,6 Prozent (Einnahmen: plus 1,2 Prozent) während der ersten vier Monate des Jahres, steckt nach Expertenmeinung auch ein beträchtlicher Spargeldabfluß in die Bundesrepublik und die Schweiz. Jedenfalls macht die Bankenwelt Kreisky und Genossen dafür verantwortlich, daß das Sparaufkommen in diesem Jahr dramatisch zurückbleibt, was wenigstens zum Teil sicherlich stimmt, denn gleichzeitig registrierten die Kaufleute monatelang eine ausgesprochene Flucht in Sachwerte, und einen überraschenden Kaufboom bei Autos.

Auch die bayerischen Banken haben rasch geschaltet und sind mit Postwurfsendungen über die österreichische Grenze auf Fischfang gegangen – um Schwarzgeldbesitzer über die Grenze zu locken oder schlicht jene, die ihr erspartes Geld eben anonym anlegen wollen, was nach der Darstellung von Androsch auch die sozial und wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten bevorzugen, die mit ihren Einlagen ohnedies nicht der Anonymitätsabgabe unterworfen werden. Denn besteuert werden sollen nur, so der jetzt vorliegende Gesetzesentwurf, Kapitalerträge, die jährlich den Freibetrag von 10 000 Schilling pro Person übersteigen. Eine vierköpfige Familie, die ihr Erspartes entsprechend splittet, kann somit beim derzeitigen Zinsniveau fast 100 000 Mark unbeschadet der neuen Steuer halten.

Daß solcherart die erwarteten Mehreinnahmen für den Staat möglicherweise kaum der Rede und schon gar nicht der politischen Auswirkungen wert sein werden, argwöhnten inzwischen selbst manche Genossen im „roten" Parteivorstand. Hannes Androsch hatte seinerzeit ein Aufkommen von nicht mehr als einer Milliarde Schilling angesetzt. Mangelnde Kontrollmöglichkeiten lassen den Erwartungsspielraum derzeit sogar auf 600 Millionen Schilling sinken.

Zu wenig somit, um einen nennenswerten Beitrag zur Sanierung des Staatsbudgets zu leisten, denn da werden in der ersten Etappe gut 20 bis 25 Milliarden Schilling benötigt, um wenigstens einen finanzierbaren Haushalt für 1984 zurechtzimmern zu können.

Was Wunder, daß nun wiederum eine neue Variante ins Spiel gebracht wird, und zwar unter dem Titel Zinsaufwandssteuer, mit der Sparbücher und Wertpapiere einheitlich – ohne Ausnahme – belastet würden, womit, je nach Steuersatz, 4 (10 Prozent) bis 8 (20 Prozent) Milliarden Schilling in die sanierungsbedürftige Staatskasse fließen würden.

Rogers: Ziele von NATO und Bischöfen gleich

DW. Bonn

Eine verantwortungsbewußte Regierung, die mit dem Schutz ihres Volkes vor Gewaltherrschaft beauftragt ist, hat nach Auffassung des NATO-Oberbefehlshabers für Europa, General Bernard Rogers, heute überhaupt keine andere Wahl, als militärische Stärke zur Erfüllung ihres Auftrags aufrechtzuerhalten. In einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) zur Frage christlicher Grundsätze und Abschreckungsstrategie sagte Rogers, die Politik der bewaffneten Abschreckung „in unserer heutigen gefährlichen Welt" verletze weder die christlichen Grundsätze noch die Kriterien für eine rechtmäßige Verteidigung.

Niemand, so Rogers, der die Uniform eines NATO-Staates trage, sei gegen Gerechtigkeit, Freiheit und menschliche Würde. „Im Gegenteil, wir sind die Wächter dieser Werte. Um unsere moralische Verpflichtung zur Verteidigung dieser Worte zu erfüllen, muß davon ausgegangen werden, daß die Nationen willens und in der Lage sind, nötigenfalls zur Gewalt zu greifen... Deshalb ist die NATO tatsächlich die wirksamste ‚Friedensbewegung' in Europa und in Nordamerika."

„Wenn Töten Sünde ist..."

Rogers sieht nach eigenen Angaben keine Diskrepanz zwischen den Zielvorstellungen der NATO und jenen, die die nordamerikanischen und deutschen Bischöfe in ihren Hirtenbriefen zur Frage der Friedenssicherung herausgestellt haben. Die Ziele, Frieden ohne Aufgabe der Freiheit, westlicher Werte und Lebensweise aufrechtzuerhalten, eine weniger feindselige Welt zu schaffen und ein verringertes und ausgewogenes Kräfteniveau zu erreichen, seien allen verantwortungsbewußten Bürgern im Westen gemeinsam.

Als überzeugter Christ glaube er an die zehn Gebote, sagte Rogers. „Wenn das Töten eine Sünde ist, ist es moralisch richtig, das Töten zu verhindern. Wenn das so ist, warum sollte dann nicht auch eine glaubwürdige Abschreckungsstrategie moralisch annehmbar sein?" Jene, die Pazifismus, Neutralismus oder einseitige Abrüstung befürworten, mahnte der General, die Geschichte habe gezeigt, daß ein solcher Kurs häufig zu Bedingungen geführt habe, „die gefährlicher waren, als die Bedingungen, welche die Befürworter dieser Alternativen zu vermeiden gehofft hatten".

Tarifübertragung vorgeschlagen

gba. Bonn

In einem Gespräch zwischen der SPD-Fraktion und dem Deutschen Beamtenbund (DBB) hat sich der stellvertretende Fraktionschef Jürgen Schmude für die Übertragung des Tarifergebnisses für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst auf die Beamten ausgesprochen. Die SPD-Fraktion will einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Der DBB, unter Führung seines Bundesvorsitzenden Alfred Krause, unterstrich dagegen, daß die reine Übertragung des Tarifergebnisses von durchschnittlich 2,56 Prozent in einheinhalb Jahren nicht dem Anspruch der Beamten auf volle Teilnahme an der allgemeinen Einkommensentwicklung entspreche. Die Beamten erhalten in diesem Jahr zwei Prozent mehr Sold, die Tarifabschlüsse in der Wirtschaft liegen bei etwa 3,2 Prozent. Auch werde die Übertragung des Tarifergebnisses der Gesetzesvorschrift nicht gerecht, die eine eigenständige Anpassung der Beamtenbesoldung an die allgemeine Entwicklung vorsehe, machte Krause klar.

Opec-Staaten halten an Fördermenge fest

REINER GATERMANN, Helsinki

Die 13 Opec-Staaten wollen auch im dritten Quartal dieses Jahres an ihrer Fördermenge von maximal 17,5 Millionen Barrel am Tag (ein Barrel = 159 Liter) festhalten. Außerdem soll der Preis mit 29 Dollar pro Barrel konstant bleiben. Darauf einigten sich die Ölminister der Organisation erdölexportierender Länder auf einer turnusmäßigen Sitzung in Helsinki. Der Marktausschuß der Opec soll am 25. September in Abu Dhabi zusammentreten, um die Förderquoten für das vierte Quartal festzusetzen.

Wie aus Konferenzkreisen in Helsinki verlautete, soll sich Nigeria bereit erklärt haben, seine Produktion auf die von der Opec festgelegte Höhe von 1,3 Millionen Barrel zurückzunehmen. Um trotz der bisherigen nigerianischen Mehrförderung, die von Lagos mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten begründet wurde, nicht die von der Organisation gesetzte Obergrenze von 17,5 Millionen Barrel zu durchstoßen, hatte Saudi-Arabien seine Förderung auf vier Millionen Barrel zurückgenommen, dem nach eigenen Angaben technisch möglichen Minimum.

Die Opec-Mitglieder erwarten zum Jahresende eine aufgrund der verbesserten Weltkonjunktur ansteigende Ölnachfrage, die zu einem Förderzuwachs auf etwa 19 Millionen Barrel führen könnte. Weltweit dürfte die Ölproduktion von derzeit rund 42 Millionen Barrel auf 46 Millionen Barrel im vierten Quartal steigen.

Engelhard: Wann Protest strafbar wird

DW. Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard hat die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses vor Gewalttaten, aber auch Blockaden und einem Generalstreik gewarnt. Sie könnten sich bei derartigen Widerstandsaktionen weder auf die Verfassung noch auf die Gesetze berufen, sagte der FDP-Politiker in einem WELT-Interview. Sie würden sich deshalb strafbar machen. Gleichzeitig wandte er sich dagegen, Krawalle zum Anlaß für „Maßnahmegesetze" zu nehmen. Die Fragen stellte Stefan Heydeck.

WELT: Herr Minister Engelhard, im Vorfeld der möglichen Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen treten Nachrüstungsgegner immer wieder für einen Generalstreik ein. Wäre der nach dem Strafrecht überhaupt zulässig?

Engelhard: Nein. Aber ich glaube immer noch, daß er tatsächlich von niemandem auch ernsthaft erwogen wird. Doch grundsätzlich: Nach dem Strafgesetzbuch wäre dies Nötigung von Verfassungsorganen – und damit strafbar. Im Zusammenhang mit der Nachrüstung sehe ich keine irgendwie geartete Rechtfertigung für einen Generalstreik. Die scheidet insbesondere bei einer Berufung auf das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht aus. Denn dieses Widerstandsrecht setzt eine Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung voraus. Und davon kann bei der Nachrüstung überhaupt keine Rede sein.

WELT: Wer würde sich strafbar machen?

Engelhard: Täter und damit strafbar wegen Nötigung von Verfassungsorganen wären bei einem nicht gerechtfertigten Generalstreik zunächst die Initiatoren und Organisatoren, wenn sie aufgrund ihrer Autorität bei den Arbeitnehmern entscheidend zur Verwirklichung des Streiks beitragen und diesen Kampf gegen die Nachrüstung als „den ihren" ansehen. Aber auch der einzelne Streikende kann als Täter in Betrachtung kommen.

WELT: Wieso?

Engelhard: Wer in anderer Weise, etwa durch Aufrufe, an der Initiative zu einem Generalstreik mit-

INTERVIEW

wirkt, kann sich als Anstifter einer Straftat strafbar machen. Natürlich kommt es jedoch immer auf den Einzelfall an.

WELT: Nun sind für den Herbst Blockade-Aktionen angekündigt...

Engelhard: Ob die angeblich „friedlichen Blockaden" nur durch Errichtung von Barrikaden, durch ein Auf-die-Straße-Setzen oder andere Aktionen bewirkt werden – in jedem Fall wird ein solches Verhalten als Nötigung im Sinne des Strafgesetzbuchparagraphen 240 strafbar sein. Denn nach der Rechtssprechung ist es nicht etwa erforderlich, daß der Handelnde unmittelbar seine körperlichen Kräfte einsetzt, um Zwang auszuüben. Schon die Ausübung eines psychischen Zwangs kann Gewalt sein.

WELT: Aber kann sich ein Blockade-Teilnehmer nicht doch auf das Demonstrationsrecht berufen?

Engelhard: Auch hier: nein. Denn das Demonstrationsrecht gewährleistet lediglich das Recht zu friedlicher Versammlung. Es gewährleistet jedoch nicht das Recht, zum Beispiel gezielte Verkehrsbehinderungen zum Zweck einer öffentlichen Aktion zu machen. Im Einzelfall können Blockaden aber auch sogar als Landfriedensbruch nach den Paragraphen 125 strafbar sein. Dies dann nämlich, wenn durch eine aggressive Haltung physische Kraft unmittelbar gegen Personen entfaltet wird. Das liegt vor allem bei Barrikaden-Bildung nahe. Außerdem: Blockade-Errichter können sich auch strafbar machen, weil ihre Aktionen etwa die Sicherheit des Straßenverkehrs beeinträchtigen und darüber hinaus Gesundheit und Leben Dritter oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährden. Schließlich könnte die Blockade etwa von Kasernenzufahrten als Sabotage an Verteidigungsmitteln strafbar sein.

WELT: Nun ist auch jede genehmigte Demonstration mit Behinderungen für Dritte verbunden. Wäre das dann nicht auch schon Nötigung?

Engelhard: Noch einmal: Das Recht zur friedlichen Versammlung und friedlicher Demonstration ist durch das Grundgesetz garantiert. Natürlich können dabei andere belästigt werden. Aber solange diese Belästigungen lediglich notwendige Folge der bloßen Menschenansammlung sind und nicht Teil einer gezielten Aktion mit dem Zweck, Druck auszuüben, müssen sie hingenommen werden. Das ist der Preis der Demokratie, die das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert. Und den können, sollten wir zahlen.

WELT: Werden denn Richter und Staatsanwälte überhaupt mit den befürchteten Gewaltaktionen im Herbst fertig? Müssen die Verfahren nicht beschleunigt, verkürzt werden?

Engelhard: Zum ersten Teil der Frage: Ich denke ja. Zum zweiten Teil: Nach meiner Meinung nein. In Gewalttätigkeit ausufernde Protestaktionen, wie zum Beispiel in Brokdorf, Frankfurt und zuletzt in Krefeld, wird es leider immer wieder geben. Aber ich warne dennoch davor, solche Auswüchse zum Anlaß für unausgegorene Veränderungen in unserem Strafprozeßsystem zu nehmen. Was im materiellen Strafrecht geändert werden sollte, hat die Bundesregierung in ihrem Änderungsentwurf zum Landfriedensbruchparagraphen deutlich gemacht. Mit darüber hinausgehenden Eingriffen würde man aber über das Ziel hinausschießen. Krawalle können nur zu leicht zu Maßnahmegesetzen mißbraucht werden. Wir sind es aber unserem Rechtsstaat schuldig, daß wir Krawalle nicht zum Maßstab unserer Gesetzgebungsarbeiten machen. Der Kern rechtsstaatlicher Garantien, zu dem das Straf- und Strafverfahrensrecht gehören, darf deswegen nicht angetastet werden.

Seite 2: Gasmaske und heiße Luft

Moskaus Rechenspiele mit Raketen

Bei den Genfer Verhandlungen vollzieht sich in Wirklichkeit ein geistiger Kampf

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Eine bewußt von der sowjetischen Propaganda verbreitete und von verschiedenen Deutschen aufgegriffene Behauptung lautet: Die SS 20 ist längst nicht so genau wie die Pershing 2. Aus diesem Grunde sei die Pershing die gefährlichere der beiden Waffen. Mit ihr sei der Erstschlag gegen die Sowjetunion möglich, der „Enthauptungsschlag" würde praktikabel.

Man muß diese Behauptung Punkt für Punkt auseinandernehmen und die Begriffe definieren, um zu erkennen, wie falsch sie ist. Beide Waffen, SS 20 und Pershing, besitzen nukleare Gefechtsköpfe, deren Stärke ausreicht, um ein gewünschtes Ziel zu zerstören. Die Streuung der SS 20 ist größer als die der Pershing 2. Deshalb ist der Gefechtskopf der SS 20 größer. Die Streuung der Pershing ist geringer, deshalb ist die Stärke ihres Gefechtskopfes kleiner. Mit beiden Waffen können gehärtete Ziele bekämpft werden. Die Stärke des Pershing-Gefechtskopfes reicht jedoch nicht aus, um ein supergehärtetes Raketensilo der Sowjets zu zerstören. Dazu ist nur der neue Gefechtskopf Mark 12A der Vereinigten Staaten auf der Spitze der Minuteman-3-Rakete fähig.

Die SS 20 könnte theoretisch Silos knacken. Da es in Westeuropa keine gibt, wäre es auch nicht nötig, ihr einen so starken Gefechtskopf zu geben. Auch die Sowjetunion sucht kollaterale Schäden zu vermeiden, denn die Verringerung der Sprengkraft hebt eine Waffe in eine neue strategische Kategorie: Sie wird zu selektiven Schlägen fähig – zur Bekämpfung von Punktzielen. Tatsächlich ist die SS 20 wohl die am genauesten schießende Rakete im sowjetischen Arsenal. Sie bedroht Führungseinrichtungen, Depots, Knotenpunkte, Flugplätze und zahlreiche weitere Einrichtungen für die Verteidigung Westeuropas. 50 SS-20-Rampen, die 300 Sprengköpfe (einschließlich Nachladefähigkeit) besitzen, würden ausreichen, Westeuropa zu lähmen. Moskau besitzt jedoch 360 SS-20-Rampen.

Beide Waffen, SS 20 und Pershing 2, stehen sich hinsichtlich ihrer Wirkung im Ziel in nichts nach. Nur die auf 108 Systeme beschränkte Pershing wäre zu einem Erstschlag schon deshalb nicht fähig, weil sie nicht in der Lage wäre, alle 1398 landgestützten sowjetischen Interkontinentalraketen zu vernichten, was per Definition für den Erstschlag vonnöten wäre. Sie fliegt auch nicht bis nach Moskau, was eine Voraussetzung für den „Enthauptungsschlag" ist. Sicher ist, daß die Vereinigten Staaten die Enthauptungstheorie durchdacht haben. Doch sie gehört in die Kategorie der Abschreckung mit den Interkontinentalwaffen.

Was also will man mit der Pershing 2? Sie soll Ziele in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion bedrohen, die unverzichtbar wären, wenn Moskau einen konventionellen Krieg gegen Westeuropa vortragen wollte. Darin liegt die entscheidende Wirkung der Pershing 2. Weil Moskau das weiß, weil die Bedrohung solcher Art ist,

DIE ANALYSE

daß der konventionelle Krieg gegen Westeuropa unmöglich würde, richtet es alle Anstrengungen gegen die Pershing.

Das Cruise Missile hingegen ist eine „Bummelbombe". Es fliegt wie ein Flugzeug, angetrieben von einem Düsenmotor. Einzeleinsätze, die im Rahmen der auch nach einem Kriegsausbruch wirksamen Abschreckung möglich sein sollen, verbieten sich aber für das Cruise Missile, weil es tiefgestaffelte Luftverteidigungszonen durchdringen muß. Es ist eine Waffe des Massenangriffs. Das Cruise Missile besitzt im Gegensatz zur Pershing 2, die zu selektiven Einzeleinsätzen zur Vermeidung der Kriegsausweitung geradezu prädestiniert ist, folglich eine stark eskalatorische Wirkung. Es ist offensichtlich, daß diejenigen, die im Zuge der Nachrüstung gerne auf die Pershing verzichten würden, noch bereit sind, das „harmlosere" Cruise Missile unter Umständen noch zu akzeptieren, über diese Zusammenhänge nie nachgedacht haben: Wer zugunsten des Cruise Missile auf den Waffenmix mit der Pershing 2 verzichten möchte, verzichtet auf abgestufte Abschreckungsmöglichkeiten. Er muß sich nachsagen lassen, daß er die längst überholte totale nukleare Abschreckung mit ihren entsetzlichen Folgen im Ernstfall in Kauf nehmen will.

Moskau und seine Apologeten wünschen die Verrechnung der 162 britischen und französischen Atomwaffen bei den Genfer Verhandlungen. Sie weisen mit Recht auch darauf hin, daß im Laufe der Jahre die Zahl dieser Waffen steigen wird, vor allem, wenn Großbritannien in den neunziger Jahren neue Atom-U-Boote mit der „Trident 2"-Rakete in Dienst stellen wird.

Doch wie immer auch die Zahl der französischen und britischen Waffen sein würde, ihre Einbeziehung in das Mittelstreckenpotential in Europa würde bedeuten, daß die Vereinigten Staaten entsprechend weniger oder gar keine Atomwaffen dieser Reichweite in Europa stationieren dürften. Da Frankreich und England ihre Atomwaffen zu nationalen Schutzzwecken unterhalten, stehen sie für den Schutz des übrigen Europa nicht zur Verfügung. Nur Washington hat eine nukleare Schutzgarantie für NATO-Europa abgegeben, weil es als einziger westlicher Staat dazu in der Lage ist.

Auch dies weiß der Kreml. Er zielt deshalb auf die Anrechnung der Pariser und Londoner Waffen, weil auf diesem Umweg die Vertreibung Amerikas aus Europa erzielt werden kann. Dazu benutzt er das Argument, er werde ja schließlich von Frankreich und Großbritannien mit Atomwaffen bedroht. Mit anderen Worten: Weil die Sowjetunion eine antagonistische Politik führt, die ihr viele Feinde eingebracht hat, wünscht sie für sich das völkerrechtlich verbriefte Recht, so stark zu sein, wie alle anderen zusammengerechnet. Sie würde sich auf diese Weise von einer Supermacht zur Super-Supermacht emporstilisieren.

Bei den Verhandlungen in Genf geht es nur vordergründig um Waffensysteme. Von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen, vollzieht sich ein geistiger Kampf, bei dem es um die Festschreibung der Zukunft Europas geht, um die Frage, wer dann die Geschicke Europas bestimmt: Moskau oder die freien Völker selbst.

Sondertraining für den „heißen Herbst"

DW. Bonn

„Es gibt eine Legitimation für den gewaltfreien Widerstand wenn ein Schritt in Richtung auf den atomaren Krieg gemacht wird." Dies verstoße „gegen elementare Menschenrechte". So widersprach gestern in einem Interview mit dem Deutschlandfunk Wolfgang Sternstein, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) Bundesjustizminister Engelhard (FDP), der jede Art des zivilen Ungehorsams für rechtswidrig hält.

Sternstein, der sich auch wissenschaftlich mit dem gewaltlosen Widerstand beschäftigt hat, berichtete im Deutschlandfunk darüber, wie schon jetzt für einen möglichen „heißen Herbst" gewaltfreie Aktionen trainiert werden. Es werden Hunderte von Gruppen von mindestens zehn Personen gebildet, die nach einem gegenseitigen Kennenlernen, von einem Trainer angeleitet, Rollenspiele durchführen: „Beispielsweise in dem ein Teil der Gruppe die Polizei spielt und ein anderer Teil die Demonstranten oder Blockierer. Dann fingiert man eine Situation, in der es zur Konfrontation kommt. Etwa, daß die Polizisten Blockierer wegtragen."

Auf diese Weise würden die Ängste abgebaut, die der Schritt, Gesetze zu übertreten auslöst. „Man nimmt sich vor, auf keinen Fall Gewalt anzuwenden, was sowieso ziemlich unsinnig wäre, weil die Machtmittel einseitig auf seiten der Polizisten sind." Bei Entscheidungen werde nach dem sogenannten Konsensmodell entschieden, erklärte Sternstein. „Das heißt, wenn einer Bedenken hat, wird so lange mit ihm gesprochen, bis seine Bedenken ausgeräumt sind oder bis er umgekehrt die Mehrheit davon überzeugt hat, daß seine Bedenken richtig sind."

Auf die Frage, ob die Polizei als Gegner gesehen werde, antwortete Sternstein: „Zunächst einmal ja." Aber eigentlich seien die Politiker die Gegner, die eine bestimmte Sache durchsetzen wollen, die man für unrecht, ja katastrophal halte.

Ristock soll die SPD aus der Resignation führen

Von F. DIEDERICHS

Auf ihrem dornenreichen Weg zu einer „tiefgreifenden Erneuerung" haben die Berliner Sozialdemokraten ihren Kreis immer dichter um den Mann geschlossen, der als designierter Spitzenkandidat für das im Jahr 1985 neu zu vergebende Bürgermeisteramt „glaubwürdige Alternativen zum konservativen Lager", so Berlins SPD-Parteichef Peter Ulrich, unters Volk bringen soll.

Parteiobere und Kreisverbände erweisen mit steigender Intensität einem Günstling ihre Reverenz, der mit Blick auf ein schier aussichtsloses Duell mit dem Christdemokraten Richard von Weizsäcker dennoch selbstsicher und ungefragt vortrat. Der bislang eher lauen „Nach-Vogel-Ära" an der Spree will er mit Charisma und Bürgernähe frischen Wind einhauchen: Harry Ristock (53), einst Bausenator, heute ein Unternehmer in der Metallbranche. Trotz innerparteilicher Popularität gilt er jedoch längst nicht allen der 27 000 Berliner Sozialdemokraten als der Kandidatenweisheit letzter Schluß.

So sollte ein Antrag eines zum rechten Parteispektrum zählenden Kreisverbandes die Proklamation des Spitzenkandidaten um ein halbes Jahr bis in den März 1984 hinaus verschieben. Eine Forderung, die als Protest gegen die vorschnelle Erhebung des obersten Wahlkämpfers gewertet werden muß.

Von einer Verschiebung erhofften sich von Zweifeln geplagte Genossen, in der Zwischenzeit aus dem Sammelbecken politischer Nachwuchskräfte an der Spree einen zukünftigen Oppositionsführer fischen zu können.

Der Gedanke jedoch, bei der Wahl des Bürgermeister-Spitzenkandidaten auf den Partei-Nachwuchs zurückgreifen zu müssen, verursachte nicht nur bei Parteichef Peter Ulrich Beklemmung.

Landesbericht Berlin

Zwar entspricht Harry Ristock, das weiß die Partei, dem Idealbild des mehrheitsfähigen Weizsäcker-Kontrahenten ebensowenig wie Sozialdemokraten, denen Ulrich in der Vergangenheit erfolglos die Vogel-Nachfolge antrug: Weder Egon Bahr noch Anke Fuchs, schon gar nicht Volker Hauff, Klaus Bölling oder Günter Gaus mochten sich die Hypothek der Erneuerung aufladen. Ristock aber, dem ostpreußischen Landwirtssohn und Hobby-Blumenzüchter, wird im Feld der Berliner Sozialdemokraten als deren „Urgestein" die derzeit größte Zuneigung entgegengebracht.

Da die Mehrheit der Sozialdemokraten die Nominierung des Spitzenmannes nicht über den Herbst dieses Jahres hinaus verzögern wollte, trägt den Mann, der den Niedergang des Stobbe-Senats im Jahr 1981 mit den geringsten Kratzern überstand, frischer Rückenwind. Zum 11. Oktober dieses Jahres datieren nun die Parteispitzen die endgültige Inthronisierung des neuen Anführers der „klassischen Berlin-Partei".

Harry Ristock kommt der zeitige Nominierungstermin nicht nur deshalb entgegen, weil der Zeitpunkt jetzt beinahe ausschließt, daß ihm noch ein potentieller Mitstreiter erwächst. Er braucht Zeit auch für die Arbeit an der Basis – jeder zusätzliche Tag macht ihn nach Ansicht der Genossen wählbarer, obwohl er selbst an eine Mehrheit kaum glauben mag. Leise Hoffnung nährt jedoch noch immer das Gerücht, Richard von Weizsäcker, dessen Stuhl wohl niemand sonst annähernd wirkungsvoll besetzen konnte, habe sich schon für eine Kandidatur als Bundespräsident entschieden.

Das Kapital Ristocks, menschliche Wärme und Nähe zum Bürger auf der Straße, dokumentiert sich schon in kurzen Momenten des Vor-Wahlkampfes. So begrüßte Harry Ristock unlängst auf dem Parkplatz vor den Berliner Messehallen jeden der in großer Zahl anwesenden Parkwächter mit Handschlag.

Harte Fron erwartet Ristock jedoch in der eigenen Partei, die als liebstes Spiel „die eigenen Unzulänglichkeiten als Partei auf dem Rücken des jeweiligen Spitzenmannes ablud", wie Berlins oberster Sozialdemokrat Ulrich es einmal ausdrückte. Daneben prägt das Klima der Erneuerung auch die Anstrengungen moralischer Selbstbestätigung – am Ende eines Weges, auf dem die Berliner SPD *mehr und mehr der Resignation* verfiel. Den Blick zurück vermeiden und – wie der Landesvorsitzende – sogar die These wagen, die Situation der Berliner SPD sei heute besser, als viele Mitglieder es selbst wahrnehmen würden – so macht man sich Mut.

Peter Ulrich sieht nach zwei Jahren Weizsäcker-Senat seine Partei gar als eine Opposition, die in keinem Parlament der Bundesrepublik der Regierung in zentralen Fragen so konstruktiv zur Seite gestanden habe wie in Berlin. Auch wenn dies die Landesregierung bestreiten mag – über die Hauptaufgaben, wie die Sicherung des Arbeitsmarktes und die Erneuerung der regionalen Wirtschaftsstruktur, sind sich beide großen Kontrahenten einig.

Konsequentes Schweigen auf dem Wege der Erneuerung hält die Berliner SPD nur bei einem Thema für angebracht: beim ehemaligen Koalitionspartner FDP, der auf ein „mittelständisches Interessenkartell geschrumpft" und nicht mehr als ein „überflüssiger Wurmfortsatz der CDU" sei, so Ulrich.

Lieber setzen die Sozialdemokraten mit Wort und Tat auf ihren zukünftigen Spitzenmann, dem ein poetischer Genosse längst diesen untadeligen Zweizeiler widmete: „Das Schicksal hat uns einen Mann gesandt, mit starkem Herzen und ostpreußischer Hand."

Schwierige Aufgabe für Zimmermann in Ankara

Die Türken fühlen sich von Bonn im Stich gelassen

E. ANTONAROS, Athen

„Der härteste deutsche Minister kommt nach Ankara", betitelte Istanbuls Massenblatt „Guenes" seinen Aufmacher am vergangenen Freitag. Solche, in anderen Blättern noch stärker polemisch gefärbte Berichte bestimmen weitgehend den Rahmen für die Gespräche von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in Ankara, die gestern begonnen haben.

Während seines knapp dreitägigen Aufenthalts in der Türkei will Zimmermann in Gesprächen mit Staatschef Kenan Evren, Ministerpräsident Ulusu, Innenminister Türkmen und anderen Kabinettsangehörigen um Verständnis für die neue Bonner Ausländerpolitik werben. Doch Zimmermann darf mit genauso minimalen Erfolgserlebnissen wie sein Kabinettskollege Norbert Blüm rechnen, der vor zwei Wochen den Türken die vom Bundeskabinett beschlossenen Rückkehrhilfen zu erläutern versuchte. Unter anderem kam es dabei zu einem heftigen Wortwechsel mit Außenminister Türkmen, der schließlich von Blüm wissen wollte, ob er nach Ankara gekommen sei, um nur den deutschen Standpunkt darzulegen, oder mit den Türken zu verhandeln. Als der Bundesarbeitsminister recht unverblümt sagte, er würde seine Entscheidung nur dann überdenken, wenn er überzeugende Argumente hören würde, war der Bruch nahezu perfekt.

Ähnliche Töne wird auch Zimmermann zu hören bekommen. Zwar gehören die Rückkehrhilfen, die die Türken so verärgert haben, nicht zu seinen Aufgabenbereich, aber ausschneiden werden die Türken das Thema ganz gewiß. Genauso wie die jetzt von Bonn beabsichtigte Herabsetzung des Zuzugsalters von Gastarbeiterkindern auf sechs Jahre ist dieser Themenkomplex in der jüngsten Zeit zum Hauptthema der nicht mehr beispielhaften türkisch-deutschen Beziehungen geworden.

Die Türken fühlen sich betrogen, hintergangen, im Stich gelassen.

Aber es ist nicht nur der verletzt[e] Nationalstolz, der die Hinnahme der Bonner Ausländerpolitik i[n] den Augen fast aller Türken, wo sie auch politisch angesiedelt sein mö[gen], unmöglich macht. Hinz[u] kommt die schmerzhafte Tatsache, daß die Türkei eine versteckte Ar[]beitslosenquote von rund 20 Pro[]zent hat. Ebenfalls fällt schwer ins Gewicht, daß mit einer Geburten[]rate von 2,1 Prozent, die die höch[]ste Europas ist, die Türkei ein[e] massive Rückkehr von in der Bun[]desrepublik arbeitslos gewordenen Gastarbeitern kaum verkraften könnte. Schließlich will die türki[]sche Staatskasse von den regelmä[]ßigen Devisenüberweisungen de[r] in der Bundesrepublik beschäftig[]ten Türken profitieren. Einen stark[en] Rückgang dieser Einnahmen könnte die Devisenkasse nicht ver[]kraften.

Die türkische Regierung zeigt[e] schon 1980 kein Verständnis, al[s] die Bundesrepublik durch die Ein[]führung des Sichtvermerkzwang[s] den Zustrom der weitgehend ille[]gal nach Deutschland einreisenden Türken einzudämmen versuchte. Von einer „toten Freundschaft" war damals die Rede. Jetzt sehen sich Politiker und Journalisten i[n] der Türkei in ihren Befürchtungen bestätigt. „Aber wir werden es nie[]mals zulassen, daß unsere Brüde[r] zum Verlassen der Bundesrepu[]blik gezwungen werden", kom[]mentieren täglich Istanbuls füh[]rende Zeitungen.

Daß die Bundesregierung so[]wohl die Rückkehrhilfen als auch alle anderen Maßnahmen nur au[f] der Basis der Freiwilligkeit einge[]führt hat, scheint in der Türke[i] niemand zur Kenntnis nehmen z[u] wollen. Auch Bundesinnenmini[]ster Zimmermann, der den Stand[]punkt der Bonner Regierung freundlich, aber mit Entschieden[]heit darlegen wird, wird die Erfah[]rung machen, wie schwer es unte[r] den jetzigen Voraussetzungen ist, die Belange Bonns und Ankaras auf einen gemeinsamen Nenner z[u] bringen. (SAD)

Windelen: Kein Anlaß für polnische Befürchtungen

Warschauer Vertrag als Grundlage für die Beziehungen

BERNT CONRAD, Bonn

Gegen polnische Befürchtungen über angeblich wachsende „revanchistische Tendenzen" in der Bundesrepublik hat sich der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), gewandt. „Die Regierung Kohl hat in aller Klarheit erklärt, daß der deutsch-polnische Vertrag Grundlage für die Beziehungen zur Volksrepublik Polen sei", sagte Windelen in einem Fernseh-Interview.

Auf die Frage, ob er die Ansicht des CDU-Abgeordneten Herbert Hupka teile, die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze sei rechtswidrig, antwortete der Schlesier Windelen: „Soweit der Kollege Hupka damit die bleibende Viermächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und den Vorbehalt Friedensvertrag und die Zuständigkeit eines gesamtdeutschen Souveräns ansprechen wollte, muß man ihm zustimmen; wenn er damit die Verbindlichkeit des deutsch-polnischen Vertrages ansprechen würde, könnte ich ihm nicht zustimmen."

Auf Rache verzichtet

Der Minister fuhr fort: „Die Bundesregierung Brandt/Scheel hat verbindlich für die Bundesrepublik Deutschland die deutsch-polnische Grenzlinie akzeptiert. Sie hat erklärt, daß sie sie nicht in Frage stellen würde. Dies bindet die Bundesrepublik Deutschland, dies bindet auch die heutige Bundesregierung, dies bindet auch den Bundesminister für innerdeutsche Fragen. Und dies ist auch ganz klar meine Position."

Windelen stellte die Frage, ob die Neubelebung der Diskussion über die Oder-Neisse-Linie auch in der Volksrepublik Polen nicht in Wirklichkeit ein Instrument der innenpolitischen Stabilisierung Polens sei. Er fügte hinzu: „Es waren die Vertriebenen selbst und auch die Schlesier, die schon 1950 in der Charta von Stuttgart ausdrücklich auf Rache und Vergeltung, das heißt auch Revanche verzichtet haben. Revanche scheidet für uns als Mittel der Politik aus."

Mit dieser Erklärung wollte der Minister offensichtlich die polnischen Gemüter abkühlen, die sich in letzter Zeit an der von der unionsgeführten Bundesregierung betriebenen Wiederbelebung der deutschen Frage erhitzt hatten.

Im gleichen Sinne betonte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), der Vorwurf des Revanchismus und Revisionismus richte sich in Wirklichkeit an die vier Unterzeichnerstaaten des Deutschlandvertrages, die einen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands forderten. „Bei Lichte betrachtet, ist die machtpolitische Willkür nach dem Zweiten Weltkrieg der wirkliche Revanchismus unserer Zeit, weil sie den einvernehmlichen Friedensvertrag verweigert."

Gegenüber der WELT versicherte Mertes: „Der Tatbestand der Vertreibung ist völkerrechtswidrig. Dies gilt für die Vertreibung der Rußlanddeutschen nach Sibirien, die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der CSSR, der Deu[tschen] aus den südosteuropäische[n] Staaten nicht minder als für d[ie] Vertreibung aus den ostdeutsche[n] Gebieten in den Grenzen vo[m] 31. 12. 1937."

Das „Deutschland in den Grenzen von 1937" ist nach den Worte[n] des Staatsministers Gegenstan[d] der „Rechte und Verantwortlich[]keit der vier Mächte in bezug au[f] Deutschland als Ganzes und seine Hauptstadt Berlin". Zu den Vorbe[]haltsrechten und Verantwortlich[]keiten für Deutschland als Ganze[s] gehöre die bei einem Friedensver[]trag noch festzulegende Ostgrenz[e] des wiedervereinigten Deutsch[]lands. Dieses Vorbehaltsrecht hä[t]ten die Westmächte gegenüber de[r] Bundesregierung Brandt/Schee[l] vor den Verträgen von Moska[u] und Warschau von 1970 in Note[n] nachdrücklich zur Geltun[g] gebracht.

Der Deutschlandvertrag vo[n] 1952/54 enthält jedoch, wie Merte[s] im Deutschland-Union-Dienst fest[]stellte, „weder einen Konsens noc[h] einen Dissens darüber, welche rechtlich endgültig die Ostgrenz[e] eines wiedervereinigten Deutsch[]lands sein soll. Die vier Vertrags[]partner lassen dies einvernehmlic[h] offen." Seit dem Inkrafttreten de[s] Warschauer Vertrages, so fuhr de[r] Staatsminister fort, bilde die Oder-Neisse-Linie völkerrechtlich ver[]bindlich für die Bundesrepubli[k] Deutschland die „westliche Staats[]grenze der Volksrepublik Polen (s[.] Artikel I); allerdings kann die Bun[]desrepublik Deutschland einen ge[]samtdeutschen Souverän nich[t] verpflichten (das ergibt sich au[s] Artikel IV, der die Geltung de[s] Deutschlandvertrages bestätigt)".

Keine Garantien

Ein „verbindliches territoriale[s] Zieldatum" für die Friedensver[]tragsverhandlungen nennen nach Auffassung von Mertes weder de[r] Deutschlandvertrag noch da[s] Grundgesetz. Auch das Grundla[]genvertragsurteil des Bundesver[]fassungsgerichts von 1973 lasse die Frage offen, „wo einmal die Ost[]grenze eines wiedervereinigte[n] Deutschlands verlaufen werde", stellte vor kurzem der ehemalig[e] Bundesverfassungsrichter Will[i] Geiger fest, der an dem Urteil von 1973 mitgewirkt hatte.

Professor Dieter Blumenwitz, seinerzeit bayerischer Prozeßbe[]vollmächtigter beim Normenkon[]trollverfahren gegen den Grundla[]genvertrag, wies darauf hin, da[ß] das Grundgesetz territoriale Rege[]lungen verbiete, die den Friedens[]vertrag mit Deutschland rechtlich präjudizieren könnten. Allerdings hätten weder die vier Mächte noch die Vertragspartner des Deutsch[]landvertrages die Grenzen Deutschlands nach dem Stand[e] von 1937 garantiert.

DIE WELT (usps 603-590) is published dail[y] except sundays and holidays. The subscrip[]tion price for the U. S. A. is US-Dollar 365,0[0] per annum. Second class postage is paid a[t] Englewood, N.J. 07631 and at additional mai[l]ing offices. Postmaster: Send address chan[ges] to German Language Publications, Inc. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Afghanistan: Exekutionen als Vergeltung

AFP, Islamabad

Angehörige der sowjetischen Armee in Afghanistan sollen am 8. Juli als Vergeltungsmaßnahme für den Tod von vier eigenen Soldaten zwölf alte Leute getötet haben, wurde aus diplomatischen Kreisen in Islamabad bekannt. Die Exekutionen in der Stadt Ghazni im Süden des Landes deuteten darauf hin, daß sich die militärische Lage für die afghanische Regierung in dieser Region verschlechtert habe.

Die Truppen hatten den Auftrag, in dieser Gegend 150 Kilometer südlich von Kabul Widerstandsnester der Mudjahedin auszuheben. Dabei sollen sie hohe Verluste erlitten haben. Außerdem soll die Operation nicht den erhofften militärischen Erfolg gehabt haben, da sich die Widerständler mit einer flexiblen Guerrilla-Taktik den Angriffen entziehen.

Im Gebiet des Logar-Tals sowie im Norden und Westen des Landes mißlangen ähnliche großangelegte Aktionen gegen die Widerstandskämpfer. Die angegriffenen Stützpunkte der Mudjahedin waren bereits geräumt, als die Regierungstruppen die Stellungen angriffen. Erstmals sollen afghanische und sowjetische Truppen auch in das bisher vom Krieg ausgenommene Gebiet von Hazarajat in Westafghanistan eingerückt sein. Bei Bombenangriffen, die dem Einmarsch vorausgingen, seien viele Zivilisten getötet worden, hieß es.

Andropow und Kadar für Gipfeltreffen

rtr, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow und der ungarische Parteichef Janos Kadar haben sich gestern für ein Gipfeltreffen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ausgesprochen.

Die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete, bei ihrer Unterredung hätten die beiden Politiker erklärt, es bestehe die Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Staaten. Ein Gipfel im Rahmen der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft würde diese Ziele fördern.

In diesem Jahr hatte bereits ein RGW-Gipfel stattfinden sollen. Er war jedoch vertagt worden, nachdem sich einige Ostblockführer geweigert haben sollen, der Tagesordnung zuzustimmen. Zu den Ländern mit ablehnender Haltung sollen Ungarn und Rumänien gehört haben.

Die Regierung in Budapest verfolgt ein Wirtschafts-Programm, das statt einer engeren Anbindung an den RGW in starkem Maße auf den Handel mit dem Westen setzt. Dem RGW gehören außer der Sowjetunion, Ungarn und Rumänien noch die „DDR", die CSSR, Bulgarien, Polen, Kuba, die Mongolei und Vietnam an.

Belgische Bischöfe über Nachrüstung

DW./dpa, Brüssel

In differenzierter Form haben sich die katholischen Bischöfe Belgiens zu Fragen von Krieg und Frieden geäußert. Sie bezeichneten den Rüstungswettlauf als „Ungerechtigkeit, eine Form des Diebstahls gegenüber den Armen und den ärmsten Völkern, eine furchtbare Gefahr für die Ausweitung der Kriege – kurz: einen Wahnsinn der Menschheit, die dabei ist, ihr Gewissen zu verlieren". Auf der anderen Seite sprachen sich die Bischöfe aber nicht gegen die von der NATO geplante Nachrüstung aus.

„Die Bewaffnung, die Beibehaltung des gegenwärtigen Waffenniveaus und die Aufstellung der neuen Atomraketen, zum Beispiel in Europa, kann moralisch akzeptabel sein, nicht als Endzustand, sondern als Etappe, als vorübergehende Lösung in Richtung auf eine endgültige Abrüstung", definierte Kardinal Godfried Danneels, Erzbischof von Mechelen-Brüssel, die Position des belgischen Episkopats. Die Haltung der Oberhirten lehnt sich stark an Aussagen der Päpste zu diesem Thema an und trifft sich in etwa mit dem Hirtenwort der deutschen katholischen Bischöfe.

Neuer Polizeipräsident für München

AP, München

Der 55jährige Präsident der Bayerischen Grenzpolizei, Gustav Häring, wird neuer Polizeipräsident in München. Er ist Nachfolger von Manfred Schreiber, der von Bundesminister Friedrich Zimmermann ins Bonner Innenministerium geholt wurde. Das bayerische Kabinett beschloß, Häring mit Wirkung vom 1. August mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Polizeipräsidenten zu betrauen. Er solle dazu zunächst zum Münchner Polizeipräsidium abgeordnet werden, teilte die bayerische Staatskanzlei mit. Nach Ablauf der haushaltsrechtlich vorgesehenen sechsmonatigen Sperre werde er dann endgültig dorthin versetzt.

Häring, der am 12. Dezember 1927 in Wegscheid bei Passau geboren wurde, studierte zunächst Rechtswissenschaften in München und arbeitete von 1957 bis 1961 als selbständiger Rechtsanwalt in Landshut.

DC stellt Craxi drei Bedingungen

Chancen für Sozialistenchef, Italiens Premier zu werden / KPI gegen Fünfer-Koalition

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Für heute wird in Rom die Aufnahme der Konsultationen für die Regierungsneubildung nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 26. und 27. Juni erwartet. Allgemein rechnen Beobachter damit, daß Staatspräsident Pertini dann noch in dieser Woche den neuen Ministerpräsidenten beauftragt. Als aussichtsreichster Kandidat gilt der sozialistische Parteisekretär *Bettino Craxi*.

Die Christdemokraten (DC) – trotz ihrer Wahlniederlage noch immer die stärkste Partei des Landes – haben auf ihrer am Montag begonnenen Nationalratssitzung indirekt ihre Zustimmung zur Kandidatur Craxis gegeben. Parteisekretär De Mita bezeichnete die Reaktivierung der Fünfer-Koalition aus DC, sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen als „notwendig und möglich" und fügte hinzu: „Wir sind bereit, unseren Teil der Verantwortung für eine politisch umfassende und allgemeine Allianz und für ein klares und entschiedenes Programm zu übernehmen."

Positionen bezogen

In der Umgebung De Mitas wird diese Erklärung dahingehend erläutert, daß die Partei keine Einwände gegen die Ernennung Craxis zum Chef einer Koalitionsregierung habe, allerdings drei Bedingungen stelle:

1. Die Sozialisten müßten einen klaren Trennungsstrich zur KPI ziehen und deutlich machen, daß für sie die Mitte-Links-Allianz nicht nur eine Übergangslösung ist, sondern auf lange Sicht gültig bleiben soll.
2. De Mitas Bereitschaft zu einer „politisch umfassenden und allgemeinen Allianz" bedeute, daß diese Allianz schrittweise auch in den Regionen, Provinzen und Gemeinden verwirklicht werden müsse, in denen die Sozialisten vielfach noch mit der KPI verbunden sind.
3. Der Koalition dürften nicht nur – wie zuletzt der Regierung Fanfani – vier der fünf Parteien angehören. Auch die Republikaner, die in der alten Koalition halb abseits standen, müßten direkte Regierungsverantwortung übernehmen. Das werde wahrscheinlich nur dann zu erreichen sein, wenn Craxi den Forderungen des ehemaligen republikanischen Ministerpräsidenten Spadolini nach einschneidenden wirtschaftlichen Sparmaßnahmen zur Inflationsbekämpfung nachgebe.

Auch die Kommunisten als stärkste Oppositionspartei haben auf einer ZK-Sitzung ihre Ausgangsposition für die bevorstehenden Konsultationen bezogen. Parteisekretär Berlinguer kündigte einer „wie auch immer gearteten Neuauflage der Fünf-Parteien-Koalition" die entschiedene Opposition seiner Partei an. Die KPI, so machte er klar, werde einer solchen Koalition auch dann keinerlei Wohlwollen entgegenbringen, wenn sie von einem Sozialisten geführt werden sollte. Er beharrte auf der kommunistischen Wahlkampfforderung der „demokratischen Alternative" ohne die Christdemokraten.

Berlinguers Rede ließ auch erkennen, wo die Kommunisten einer neuen Fünfer-Koalition die erste Schlacht liefern wollen: auf dem Feld der NATO-Raketennachrüstung. Der Raketen-Disput zwischen Ost und West, sagte er, sei nur auf eine Weise beizulegen, durch die Nichtinstallierung der *amerikanischen* Cruise-Raketen auf Sizilien. Die Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion müßten ohne westliche Nachrüstung auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Die Sowjetunion müsse man auffordern, den Aufschub dieser westlichen Nachrüstung dadurch zu honorieren, daß sie ihrerseits keine neuen SS-20-Raketen mehr aufstellen.

Verhandlungen fortsetzen

Der KPI-Sekretär erinnerte daran, daß sich auch Craxi in diesem Frühjahr auf dem kommunistischen Parteitag in Mailand für eine zeitlich nicht begrenzte Fortsetzung der Genfer Verhandlungen ausgesprochen habe. Er forderte den sozialistischen Politiker auf, jetzt zu seinem Wort zu stehen.

Das einzige Feld, auf dem die Kommunisten zu einer gewissen Zusammenarbeit mit dem potentiellen Regierungslager bereit sind, ist nach den Worten Berlinguers das Gebiet der institutionellen Reformen.

Kents Papst-Kritik wirkt peinlich

Interview des Chefs der britischen Anti-Nuklear-Bewegung löst Kontroverse aus

FRITZ WIRTH, London

Bruce Kent, der umstrittene Generalsekretär der britischen Anti-Nuklear-Bewegung CND, hat sich gestern mit einem erstaunlichen Angriff gegen den Papst in den Mittelpunkt einer neuen öffentlichen Kontroverse gerückt, die besonders die britische katholische Hierarchie in beträchtliche Verlegenheit bringt.

Kent, ein 54jähriger katholischer Priester, der seit Jahren aktiv in der britischen Friedensbewegung arbeitet, stellte in einem Interview mit der britischen Zeitschrift „Woman" das politische Engagement des Papstes für Polen in Frage. Er bestätigte dem Papst „großen Eifer und Ehrlichkeit", doch er bezweifelte, daß „ein Mann mit seinem Hintergrund und dem hohen Grad an polnischem Nationalismus in der Lage ist, die Notwendigkeiten der gesamten Kirche zu erfüllen". Innerhalb dieser Kirche sei seine Haltung zu der Rolle der Frauen und seine Einstellung zum Leben des Klerus „unglaublich".

Unmittelbar nach Erscheinen bedauerte Bruce Kent den Abdruck des Interviews in dieser Form. Die Veröffentlichung sei ein „Mißverständnis". Er habe geglaubt, daß ihm vor einer Veröffentlichung die Möglichkeit gegeben würde, den Text des Interviews gegenzulesen und zu überarbeiten. Er wäre dann mit Sicherheit nicht in dieser Form veröffentlicht worden.

Im weiteren Verlauf des Interviews warf Kent seiner Kirche vor, eine einseitige Haltung gegen den Kommunismus in Polen einzunehmen. Sie habe andererseits wenig zu sagen zur Lage in der Türkei, die von einer abscheulichen Militärdiktatur regiert, doch durch amerikanische Waffen unterstützt werde. Im übrigen sei die Unterdrükkung in Polen „mild" im Vergleich zu Afghanistan oder El Salvador.

Kent hat sich in den letzten Monaten wiederholt mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, mit seinen Aktivitäten für die britische Anti-Nuklear-Bewegung ein „Werkzeug des Ostblocks" geworden zu sein. Der apostolische Nuntius in Großbritannien, Kardinal Heim, hatte ihn vor wenigen Wochen einen „nützlichen Idioten" für die Sache des Ostblocks genannt.

Sowohl der Vatikan wie auch der katholische Erzbischof von Westminster, Kardinal Hume, hatten seinerzeit Kent gegen diesen Vorwurf in Schutz genommen und sich von den Äußerungen Heims distanziert. Das nun veröffentlichte Interview ist trotz der unmittelbaren einschränkenden Äußerungen Kents, die jedoch kaum einem Dementi gleichkommen, für Kardinal Hume, den direkten Vorgesetzten Kents, peinlich und kompromittierend.

Hume hatte bereits vor dem letzten Wahlkampf in Großbritannien Kent gebeten, angesichts der zunehmenden Politisierung der britischen Anti-Nuklear-Bewegung sein Amt als Generalsekretär der CND aufzugeben. Kent gelang es jedoch, den Erzbischof davon zu überzeugen, daß seine Arbeit nicht einer politischen Partei, sondern allein dem Frieden in der Welt verpflichtet sei. Er sei kein „Werkzeug" der Sowjetunion, sondern habe die Sowjetunion in der Vergangenheit sogar häufig scharf attackiert, unter anderem während eines Aufenthaltes in Moskau. Im übrigen habe er das Interview mit der Zeitschrift „Woman" bereits vor zweieinhalb Monaten gegeben und geglaubt, daß es sich dabei um ein „Hintergrund-Gespräch" gehandelt habe. Kardinal Hume hat sich bisher zum Inhalt dieses Interviews noch nicht öffentlich geäußert.

US-Garantien sollen Syrer umstimmen

Libanons Präsident will in Washington „neue Formeln" über Truppenabzug vortragen

PETER M. RANKE, Beirut

Amerikanische Sicherheitsgarantien für Syrien nach einem Truppenabzug aus Libanon und eine bekundete amerikanische Bereitschaft, Israel zu Verhandlungen über die bis 1967 syrischen Golan-Höhen zu drängen, gehören zu den „neuen Formeln" der libanesischen Politik. Staatspräsident Amin Gemayel will sie bei seinem Besuch in Washington vortragen, der gestern abend begann. Vor zwei Tagen hatte sich Gemayel an der spanischen Mittelmeerküste mit König Hussein von Jordanien getroffen.

Gemayel, sein Regierungschef Wazzan und Außenminister Salem wollen in Washington alles unternehmen, um die Gespräche über einen syrischen Truppenabzug aus der Sackgasse herauszuführen. US-Außenminister Shultz hatte am 6. Juli in Damaskus keinerlei Erfolg, denn Präsident Assad besteht weiter darauf, daß erst das libanesisch-israelische Abzugsabkommen vom 17. Mai mit seinen für Israel wichtigen Sicherheitsabsprachen annuliert werden muß.

Als Gegenleistung ist die libanesische Regierung bereit, dieses Abkommen erst einmal „auf Eis zu legen", wenn die Syrer sich gesprächsbereit zeigen. Gemayel hat das Ratifizierungsgesetz bisher nicht unterzeichnet, so daß das Abkommen mit Israel bisher nicht wirksam ist. Nach syrischen Zusagen will Beirut eventuell neu mit Israel verhandeln, wofür es aber die Zustimmung Washingtons benötigt.

Für die libanesische Regierung wird die Zeit knapp, weil ein teilweiser Rückzug der Israelis bis Damour an der Küste und dann bis zum Awali-Fluß vor Sidon unmittelbar bevorsteht. Aus diesem Grund will Gemayel auch eine Verstärkung der US-Truppen im Raum Beirut fordern, damit nicht nur die libanesische Armee den Israelis folgt und das „befreite Gebiet" sichert. Außerdem zeigt die harte syrische Opposition gegen das libanesisch-israelische Abkommen in Beirut seine Wirkung.

Als Arm Syriens bekämpfen drusische und schiitische Milizen aktiv die neue libanesische Armee, während die syrische Presse und der Rundfunk die Beiruter Regierung unter Propaganda-Feuer nehmen. Die Zeitungen sprechen von einem „Ausrottungskrieg" der libanesischen Armee und sagen der Opposition Unterstützung bis zur Intervention zu. Syrien hat mehr als 35 000 Soldaten in Ost- und Nordlibanon stehen und hilft den prosyrischen Milizen mit Waffen und Munition.

Präsident Gemayel will neben „neuen Formeln" für den Dialog mit Damaskus auch erreichen, daß die libanesische Regierung an dem „Arbeitskreis" der Amerikaner und Syrer über Fragen Libanons beteiligt wird. Der „Arbeitskreis", der am Rande der UNO-Vollversammlung im September zusammentreten soll, war das einzige Ergebnis. (SAD)

Samantha im Raketen-Wunderland

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Als der greise Ex-Botschafter Averell Harriman kürzlich Moskau besuchte, appellierte die sowjetische Propaganda an bewährte Emotionen. Nostalgische Erinnerungen an das einstige Kriegsbündnis wurden in der Presse dick aufgetragen. Auf die Welt der Veteranen folgen nun die Episoden einer rührenden Kinderwelt, die sich der elfjährigen Samantha Smith dieser Tage in der Sowjetunion eröffnete.

Das vorzüglich in Szene gesetzte Spektakel um das aufgeweckte Kind aus Manchester im US-Staat Maine hat seine bewegende Vorgeschichte. Samantha hatte bei Partei- und Staatschef Jurij Andropow schriftlich angefragt, ob er etwa für Krieg sei. Postwendend kam die Antwort aus dem Kreml-Palast: „Wir wollen Frieden für uns und für alle Völker der Erde, für alle Kinder und für Dich, Samantha." Und mit ihr schickte Andropow zugleich eine Einladung, sich davon zu überzeugen.

Bei soviel Entgegenkommen war sich die Elfjährige daher schon bei ihrer Ankunft auf dem Moskauer Flughafen sicher: „Nun bin ich überzeugt, daß die Russen keinen Krieg wollen." Seither wird sie herumgereicht. Auf Moskau folgten zwei Tage Leningrad, wo Samantha durch Museen geführt und mit handsignierten Ballettschuhen geehrt wurde – das Ganze garniert mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Interviews. Für die öffentliche Aufmerksamkeit revanchierte sich das Mädchen artig mit frohgemuten Sprüchen über die liebenswürdigen Menschen, denen sie überall begegnete. „Sie wollen nichts Böses", verkündete sie in Leningrad.

Die Vermarktung des amerikanischen Kindes, um die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu beeinflussen, wo das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten von vielen nur unter dem Aspekt der militärischen Bedrohung aufgefaßt wird, hat in Moskau Tradition. Wo immer sich Gelegenheit bietet, Amerikaner mit dem Friedenswillen Moskaus zu beeindrucken, wird davon fleißig Gebrauch gemacht. Gelingt es, so lautet die einfache Rechnung, den Amerikanern die Angst vor der sowjetischen Bedrohung zu nehmen, muß die Glaubwürdigkeit Washingtons gegenüber der eigenen Bevölkerung leiden und damit auch die Zustimmung zu einer Politik der Stärke. Das amerikanische Fernsehen hatte nach der Ankunft Samanthas diese sowjetischen Erwartungen anfangs auch nicht enttäuscht. Inzwischen ist es allerdings bedeutend zurückhaltender geworden.

Auch die Eltern Samanthas, die das Mädchen begleiten, wurden in den Rummel eingespannt. Die „Prawda" entlockte ihrer Mutter gleich nach der Ankunft auf sowjetischem Boden die Erklärung: „Im Zweiten Weltkrieg kämpften die Völker der USA und der UdSSR als Verbündete. Jetzt können und sollten wir gemeinsam die Probleme der Menschheit lösen und die Erde vor einer atomaren Katastrophe bewahren."

Unter all den beschworenen Friedensfreunden, darunter selbst zwei groß gewürdigte amerikanische Radfahrer, die sich für den Frieden auf den Straßen der Sowjetunion abstrampeln, ragt allerdings Samantha einzigartig heraus. Sie ist eine neue Alice im Raketen-Wunderland geworden. Daher soll sie in den nächsten Tagen auch noch von dem kränkelnden Andropow empfangen werden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die umstrittene Insel (II)

„Leserbrief: Insel im Meinungsstreit"; WELT vom 9. Juli

Die Kontroverse um die völkerrechtliche Stellung der Republik Zypern, vor und nach der türkischen Invasion im Juli und August 1974, hat erfreulicherweise die breite Öffentlichkeit auf die Lage der zweihunderttausend heimatvertriebenen griechischen Zyprioten aufmerksam gemacht. Diese Invasion – 40 000 Mann stark – wurde bekanntlich unternommen, um die „verfassungsmäßigen Zustände" wiederherzustellen. Diese waren durch den Staatsstreich, veranlaßt durch die griechische Junta (deren Chef, Oberst Georgios Papadopoulos, wurde 1975 in Athen zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt), zeitweilig beseitigt worden. Das Ziel jenes Staatsstreiches war, den Präsident-Erzbischof Makarios zu stürzen, ja, ihn zu ermorden.

Man wird dem Verfasser des Leserbriefes, erschienen in der WELT vom 9. Juli, zustimmen müssen, daß die verfassungsmäßige Ordnung mit der Rückkehr am 4. Dezember 1974 des wie durch ein Wunder geretteten Erzbischofs in sein Präsidentenamt nicht vollständig wiederhergestellt worden sei. Waren doch damals bereits 40 Prozent der Insel von den Invasoren besetzt. Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, mit seiner demokratischen Ordnung, endet seine Wirksamkeit an der Zonengrenze!

Gemäß einem Protokoll des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 2. August 1975, wurde bei der „Vierten Runde der Gespräche in Wien, zwischen Rauf Denktasch, als dem Vertreter der türkischen Volksgruppe, und Herrn Cleridis, als dem der griechischen", das folgende vereinbart:

- Die türkischen Zyprioten können, wenn sie so wollen, aus dem Süden der Insel, unter Mitnahme ihres Eigentums, gemäß einem festen Programm, mit Hilfe von UNICYP, nach dem Norden gehen.
- Herr Rauf Denktasch bestätigte erneut, daß die griechischen Zyprioten – gegenwärtig im Norden der Insel – das Recht haben zu bleiben, und daß ihnen jede Hilfe gewährt werden wird, um ein normales Leben zu führen, einschließlich der Möglichkeit, (griechischer) Erziehung, Ausübung ihrer Religion und ärztlicher Betreuung durch ihre eigenen Ärzte, und Freizügigkeit im Norden.
- Sollten diese griechischen Zyprioten, ohne irgendeiner Art von Zwang unterworfen zu sein, auf eigenen Wunsch nach dem Süden gehen wollen, dann steht es ihnen frei, dies zu tun.

Um diese Zeit waren aber bereits 180 000 Inselgriechen gewaltsam ausgetrieben und entschädigungslos enteignet worden. Zwanzigtausend sollten folgen, fünftausend wurden von den Invasoren ermordet, zweitausend gelten noch als „vermißt".

Ich kann jenen Briefschreiber beruhigen: Ich kenne die über dreitausendjährige Geschichte Zy*perns sehr gut, und ich stand bei* der Errichtung der Einen und Unteilbaren Republik Zypern sozusagen Pate! Denn durch eine Grußbotschaft von Panayotis Kanellopoulos, damals Stellvertretender Ministerpräsident, dann Ministerpräsident, die ich im September 1958 dem Verteidigungsminister Etem Menderes in Ankara überbrachte, wurden die türkisch-griechisch-britischen Verhandlungen, die zur Gründung der Republik führten, angebahnt.

Die Einzelheiten wurden bereits 1960 in der ersten Ausgabe von Volkmar von Zühlsdorffs und meinem Buche: „NATO – Die Verteidigung des Westens" veröffentlicht. Konrad Adenauer schrieb die Vorrede.

Was den türkisch bewohnten Teil der Insel anbelangt (18 Prozent vor der Invasion), so kenne ich auch diesen recht gut. Vor der Invasion war ich mehrmals dort, danach, 1975, stand ich mit einigen meiner Jungen, mit denen ich im Flüchtlingslager Kolossi das Jugendheim gebaut hatte, fünfzig Minuten unter den Gewehrläufen der anatolischen Soldaten. Schließlich fiel die Sperrkette und wir konnten im Wachthaus mit dem türkischen Befehlshaber offen über die völkerrechtswidrige, fortdauernde Besetzung von 40 Prozent der Insel sprechen.

Man weiß heute, daß die türkischen „Umsiedler" im Süden der Insel, auch nur auf Befehl der türkischen Besatzungsmacht nach dem Norden gingen. Ihr Eigentum wird treuhänderisch verwaltet. Man weiß auch, daß diese Zyprioten türkischer Abstammung mit ihren griechischen Landsleuten lieber zusammen wären, als unter einer militärischen Besetzung zu leben. Die „Attilalinie", durch die die Insel auseinandergerissen wird – von den Türken selber so benannt nach jenem Hunnenkönig, der halb Europa brandschatzte –, ist ihnen nicht minder ein Greuel, als ihren griechischen Mitbürgern.

Es ist insbesondere Deutschland, das seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluß ausüben könnte und sollte, um Ankara zur Wiederherstellung von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie in einer ungeteilten Republik Zypern zu veranlassen.

Hubertus Prinz zu Löwenstein,
Bonn-Bad Godesberg

Milliardenkredit

„Das große Staunen über die Rolle rückwärts"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Milliardenkredit an die „DDR", von F. J. Strauß initiiert und von der Bundesregierung verbürgt (Steuermittel), liegt nicht nur den Freunden der Union schwer im Magen. So mancher ehemals entspannungseuphorischer Sozialliberale schüttelt verärgert den *Kopf*.

War es vielleicht doch richtig, immer wieder Geld zur Stabilisierung der sozialistischen Staaten zu geben, ohne auf konkrete Gegenleistungen zu bestehen? Diese politische Wirkung ist verheerend. Falls nicht in kurzer Zeit die Karten auf den Tisch kommen und jeder sieht, für welche Gegenleistung die menschenrechtsverachtende Regierungsclique unser gutes Geld bekommen hat, sind die politischen Folgen unabsehbar.

Die von Strauß genannte „Wende zum Erfreulichen" bei den Grenzkontrollen, eine „Gesprächsbereitschaft" der „DDR" über Luftreinhaltung oder Erstattung von Postgebühren sind insgesamt eine Selbstverständlichkeit und z. T. auch Rechtsanspruch, aber kein Grund für einen Milliardenkredit. Es zählt allein der humanitäre Bereich.

Die Glaubwürdigkeit der Union insgesamt steht auf dem Spiel und nicht bei ihren Gegnern, sondern bei ihren Freunden und Mitstreitern. Strauß und Kohl haben einen großen Vertrauensfundus. Gebe Gott, daß sie ihn nicht leichtfertig verspielt haben.

Dr. Wulf Rothenbächer,
Diez

*

Sehr geehrte Herren,
endlich ein Artikel in dieser Sache, dem ich vorbehaltlos zustimme. Bisher habe ich vergeblich auf das den deutschen Blätterwald erschütternde homerische Gelächter der SPD gewartet. Wohl ein Zeichen dafür, wie geschlagen und frustriert man noch ist.

Vielleicht stimmen Sie auch mit mir darin überein: Herr Strauß kann sich zur Zeit in CSU- und zum Teil auch in CDU-Kreisen leider jeden politischen Salto mortale leisten. Er hat Gläubige und Devote, wie weiland Adenauer, die auch in solchen Fällen, wenn auch mit vor Staunen offenem Mund, mit dem Kopf nicken.

Mit freundlichem Gruß
Erich Evers,
Hamburg 90

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
spätestens nach der Bundesbürgschaft für den Milliardenkredit an die „DDR" sollte man untersuchen, inwieweit der Regierungswechsel vom Oktober 1982 eine Wende zu einer besseren Politik bedeutete. Denn die Begünstigung eines solchen Kredits ohne konkrete Gegenleistungen der anderen Seite ist symptomatisch für die verhängnisvolle Kontinuität der derzeitigen Regierungspolitik gegenüber der sozialliberalen Koalition. Die angekündigte Wende beschränkte sich hingegen auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik und auf eine deutliche Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses.

Anstatt der Sowjetunion durch den Osthandel den Strick zu liefern, mit dem schon Lenin den kapitalistischen Westen aufzuhängen versprach, hätte die Regierung versuchen sollen, das Erdgas-Röhren-Geschäft rückgängig zu machen, und anstatt sich nur auf die von den USA finanzierten Mittelstreckenraketen zu verlassen, hätte sie den bundesdeutschen Verteidigungshaushalt deutlich erhöhen sollen.

Wer all diese Unterlassungen registriert hat, kann somit kaum von dem jüngsten Kredit an die „DDR" überrascht sein.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Zerwas,
Koblenz

Gesetze gegen Chaoten

„Pawelczyk: Mehr Beamte besser als mehr Waffen"; WELT vom 8. Juli

Sehr geehrte Redaktion,
ich meine, es ist mehr als erstaunlich, daß der Hamburger SPD-Innensenator solchen Ausspruch tun kann, wobei er hinter dem Wort Waffen noch setzte „oder schärfere Gesetze". Es hat sich doch gerade in letzter Zeit immer wieder deutlich gezeigt, daß Polizeibeamte ohne „wirksame" Waffen und ohne entsprechend harte Gesetze nicht schnell genug erfolgreich gegen das bürgerkriegsartige Verhalten der überall im Bundesgebiet herumreisenden Chaoten und das der anderen radikalen Demonstranten vorgehen konnten, im Gegenteil, sich dabei dann selber schutzlos in Lebensgefahr bringen und keine unbedingte Hilfe für die Bevölkerung und keinen restlosen Schutz für öffentliche und private Einrichtungen usw. sein können. So sieht also die Fürsorgepflicht eines „politischen" Beamten für seine Vollzugsbeamten und so das Verständnis und Eintreten für die Aufrechterhaltung von Ordnung, Recht und Sicherheit aus.

Mithin sind nicht nur mehr Polizeibeamte nötig, sondern viel wichtiger ist vor allem, daß für solche besonderen Fälle baldigst alle möglichen Voraussetzungen für ein sofortiges härteres Eingreifen geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Wort des Tages

„Wirklich unersetzlich in der Geschichte waren nur Adam und Eva."

Mark Twain, amerik. Autor (1835–1910)

Personalien

EHRUNGEN

Die Philosophische Fakultät der Universität Augsburg hat Professor Dr. **Helmuth Kittel** mit dem Ehrendoktor der Evangelisch-Theologischen Fakultät ausgezeichnet. Der Präsident der Universität, **Karl Matthias Meessen**, würdigte bei dieser Gelegenheit die zahlreichen bedeutenden Arbeiten Kittels auf dem Gebiet der Religionspädagogik und Didaktik. Professor Kittel, in Potsdam geboren, Jahrgang 1902, war von 1937 bis 1946 als Ordinarius für Neues Testament an der Universität Münster tätig und nach dem Kriege von 1946 bis 1963 Professor an der Adolf-Reichwein-Hochschule Celle und Osnabrück. Von 1954 bis 1959 war er Rektor dieser Hochschule. 1963 bis 1970 arbeitete er als Ordinarius für Religionspädagogik an der Universität Münster. 1975 wurde er Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Eine Vielzahl von Publikationen begleiteten seinen erfolgreichen Berufsweg. Aus dem Jahr 1982 stammt sein Beitrag „Herkunft und Zukunft der Pädagogischen Hochschulen". 1983 befaßte er sich mit dem Thema „Ein großer Erzieher und Feind der Pädagogik, Luthers Beitrag zur Bildung".

*

Eine Ausstellung mit historischen Beethovenplakaten, das älteste aus dem Jahr 1845, ist bis zum 12. August im Bonner Stadthaus zu sehen. Die Plakatausstellung zum zweiten Zyklus des Bonner Beethovenfestes, das am 11. September in der Bonner Beethovenhalle mit zwei Beethoven Klavierkonzerten beginnt, wäre vielleicht nichts so Ungewöhnliches, aber der Arrangeur ist nennenswert: Die Ausstellung gehört mit zu den letzten Amtshandlungen von Bonns Stadtdirektor Dr. **Fritz Brüse**, dem man heute nachsagen kann, daß er zu den erfolgreichsten Kommunalbeamten in der



Um Bonn verdient gemacht: Fritz Brüse

Bundesrepublik zählt. Dr. Fritz Brüse, der im Kriege beide Arme verlor, versieht jetzt seit 24 Jahren das Amt eines Stadtdirektors, die Hälfte der Zeit als Stadtdirektor des seinerzeit selbständigen Bad Godesberg, die zweite Hälfte als Spitzenbeamter von Großbonn, in dem Dr. Brüse auch das Amt des Kulturdezernenten mit übernahm. Die „Die Berliner Theaterwochen" und der „Bonner Sommer" mit seinen zahlreichen populären Veranstaltungen auf Straßen und Plätzen gehören zu seinen vielen erfolgreichen Initiativen im kulturellen Bereich. Beethoven soll die Bonner im Herbst und Winter auf vielen Wegen begleiten: Am 10. September mit einer Fidelio-Premiere in der Oper, am 29. Dezember schließlich mit einem großen Abschlußkonzert mit der 5. und 6. Sinfonie in der Bonner Beethovenhalle.

*

Der Hamburger Landesverband für Krebsbekämpfung und Krebsforschung hat jetzt den Georg-Ernst-Konjetzny-Preis für Forschungen in der Krebsbekämpfung vergeben. Die Preise wurden zwei Arbeitsgruppen des Universitätskrankenhauses Eppendorf zuerkannt. Preisträger sind Dr. med. **Jörg Caselitz** und Dr. **Thomas Löning** vom Institut für Pathologie der Universitätsklinik Eppendorf sowie Dr. med. **Ullrich Otto** und Professor Dr. med. **Hartwig Huland** von der Urologischen Klinik, Professor Dr. med. **Heinz Baisch** vom Institut für Biophysik und Strahlenbiologie und Professor Dr. med. **Günter Klöppel** vom Institut für Pathologie. Den Preis überreichte Professor Dr. **Henrek Nowakowski**, der Vorsitzende der Hamburger Krebsgesellschaft. Der Preis erinnert an Georg-Ernst Konjetzny, der in den vierziger und fünfziger Jahren am Universitätskrankenhaus in Eppendorf zu den Vorreitern der Krebsforschung gehört hatte.

Nach einem erfüllten Leben ist unsere geliebte Mutter, Großmutter und Freundin

HETTA-GERDA SCHUNCK

geb. Hopman

* 24. November 1902 † 16. Juli 1983

nach kurzer Krankheit am Sonnabend gestorben.

Wir erfüllen in Trauer und Dankbarkeit für ihr Sein das Vermächtnis, allen Freunden und Bekannten ihr letztes Lebewohl zu sagen.

Liebe ist größer als der Tod.

In tiefer Trauer:

Horst O. A. Schunck
Helmut Friedrichs
und Frau Carla-Christine, geb. Schunck
mit Carina, Claudia und Rüdiger
Albert K. O. Schunck
Daniela von Melle

Immo Hopman
und Frau Elly, geb. Sünderhauf

Gabriele Bruchiu

8000 München 40
Dunantstraße 4

München, den 20. Juli 1983

Der Trauergottesdienst findet am Freitag, den 22. Juli 1983 um 11.00 Uhr, in der Pfarrkirche St. Ulrich in Söcking bei Starnberg statt.
Anschließend Beisetzung auf dem dortigen Friedhof.

Es ist uns eine traurige Pflicht, davon Nachricht zu geben, daß nach kurzer, schwerer Krankheit unsere Gesellschafterin

HETTA-GERDA SCHUNCK

geb. Hopman

am 16. Juli 1983 verstorben ist.

Wir verlieren mit ihr eine aufgeschlossene und stets engagierte Kommanditistin, deren Wirken vor allem während des Krieges und in den Jahren des Wiederaufbaues danach als Frau unseres früheren, 1969 verstorbenen persönlich haftenden Gesellschafters, Karl O. Schunck, unvergeßlich bleiben wird.

Bis in's hohe Alter hat sie reges Interesse an der Entwicklung unserer Firma gezeigt und uns immer dann geholfen, wenn wir sie darum gebeten haben.

Wir nehmen in tiefer Trauer Abschied.

OSKAR SCHUNCK
KOMMANDITGESELLSCHAFT

8000 München 40, Leopoldstraße 20,
den 20. Juli 1983

Der Trauergottesdienst findet am Freitag, den 22. Juli 1983 um 11.00 Uhr in der Pfarrkirche St. Ulrich in Söcking bei Starnberg am See statt.
Anschließend Beisetzung auf dem dortigen Friedhof.

Mein inniggeliebter, tapferer Mann, mein geliebter, einziger Sohn, unser lieber Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Dr. iur. Karl Blomeyer

* 24. 8. 1925 † 15. 7. 1983

ist nach schwerer Krankheit für immer von uns gegangen.

In tiefem Schmerz
Gisela Blomeyer geb. Möller
Alexandra Blomeyer geb. Tebelmann
Dorothee Forbes geb. Blomeyer
mit Monica und Jessica
Ellen Möller geb. Sanio
Ingeborg Möller
Hermann und Karin Ebert
mit Ralf, Gerhard und Sonia
Carlos und Gudrun Krapf
mit Alexander, Carina und Peter

Elbchaussee 247, 2000 Hamburg 52

Trauerfeier am Dienstag, dem 26. Juli 1983, um 15.00 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee.

Am 15. Juli 1983 starb nach schwerer, mutig ertragener Krankheit Herr

Dr. jur. Karl Blomeyer

Der Verstorbene hat dem Vorstand unserer Bank seit ihrer Gründung angehört und sich große Verdienste bei ihrem Aufbau und ihrer Weiterentwicklung erworben.

Darüber hinaus hat er den Niederlassungen der Bank of Tokyo Ltd. in der Bundesrepublik Deutschland mit seinem fachmännischen Rat stets zur Verfügung gestanden.

Wir trauern um einen tatkräftigen, immer hilfsbereiten guten Menschen, dem wir ein ehrenvolles Gedenken bewahren werden.

Bank of Tokyo (Deutschland)
Aktiengesellschaft

Aufsichtsrat – Vorstand
und alle Mitarbeiter

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 26. 7. 1983, um 15.00 Uhr in der Kirche Hamburg-Nienstedten, Elbchaussee, statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

Wir haben die traurige Pflicht, das Ableben unseres Freundes, Partners und Kollegen

Dr. jur. Karl Blomeyer

bekanntzugeben. Wir verlieren in ihm einen Anwalt mit großer Erfahrung und sicherem Urteilsvermögen, dessen Rat uns in fachlichen und persönlichen Dingen fehlen wird.

Die Rechtsanwälte
Hans-Bernd Giesler
und
Dr. jur. Alexander von Samson-Himmelstjerna (MCJ)

Alsterkamp 23, 2000 Hamburg 13

Mit großer Trauer nahmen wir davon Kenntnis, daß Herr

Fritz Weseler

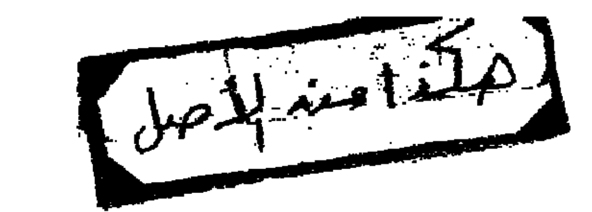
Bergwerksdirektor i. R.
25. 2. 1904 – 11. 7. 1983

plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Herr Weseler war jahrzehntelang in leitender Stellung beim Michel-Konzern tätig, u. a. bis 1970 als Vorstandsmitglied der Niederrheinischen Bergwerks-AG und als Geschäftsführer unserer Rechtsvorgängerin, der Michel Handel GmbH. An dem Wiederaufbau nach dem Kriege und den späteren großen Erfolgen hatte er entscheidenden Anteil.

Sein großes Können, seinen rastlosen Einsatz und sein Verantwortungsbewußtsein haben wir immer geschätzt. Wir trauern in Dankbarkeit um einen hervorragenden Mann, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Beirat und Geschäftsführung der
Ruhrkohle Handel GmbH
sowie seine ehemaligen Mitarbeiter im Michel-Konzern



LEICHTATHLETIK

Thränhardt will nun den Weltrekord

DW./sid, Nizza

Endlich hat der Sprinter Christian Haas einmal bewiesen, daß auch international mit ihm zu rechnen ist. Beim Leichtathletik-Sportfest in Nizza gab der deutsche 100-m-Rekordhalter aus Fürth seine erste Glanzvorstellung in einem großen internationalen Rennen. Bei starkem Gegenwind konnte Weltrekordler Calvin Smith aus den USA (10,44) nur ganz knapp eine Niederlage gegen den derzeit schnellsten Europäer (10,47) verhindern. Doch im besiegten Feld befanden sich eine ganze Reihe prominenter Namen. Horst Blattgerste, Leistungssport-Referent im Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV), meinte: „Das war ein ganz wichtiges Rennen für Christian Haas. Mel Lattany und Jeff Phillips zu schlagen, will schon was heißen."

Knapp drei Wochen vor den Weltmeisterschaften in Helsinki gelangen zwei DLV-Athleten bei dem bislang wohl am besten besetzten Sportfest der Saison Siege. Während sich sein Rivale Edwin Moses (in diesem Jahr 47,84) kurz vor dem Rennen vom Hotel aus krank meldete, steigerte der Europarekordhalter Harald Schmid (Gelnhausen) seine Europa-Jahresbestzeit über 400 m Hürden auf 48,57 Sekunden. Der Kölner Carlo Thränhardt teilte sich dann im Hochsprung mit 2,30 m den Sieg mit Schwedens neuem Star Patrick Sjöberg.

Thränhardt schloß mit seinem zwölften Sprung über 2,30 m seiner Karriere zu seinem Kölner Klubkameraden Dietmar Mögenburg auf. Kein anderer Springer auf der Welt überflog so oft diese Höhe. Lob also für Thränhardt, aber Schelte für die anderen. Blattgerste: „Es gefällt mir gar nicht, daß Mögenburg und Frommeyer nicht starteten, sie sollten in Nizza noch einmal gemeinsam ran."

Carlo Thränhardt aber hat weiter den Weltrekord des Chinesen Zhen im Visier. Möglichst noch vor der Weltmeisterschaft sollen die 2,37 m fallen. Und der Kölner weiß auch schon den Termin: nämlich am nächsten Dienstag (26. Juli) beim Abendsportfest in München. Dort treffen sieben Springer aufeinander, die schon über 2,30 m sprangen. Thränhardt: „Dort greife ich den Weltrekord an." Kommentar von Dietmar Mögenburg: „Du mußt dich beeilen, sonst springe ich ihn."

FECHTEN / Heute beginnen in Wien die Weltmeisterschaften – das Florett-Team der Damen hat die besten Medaillenchancen

Im Training wurden selbst die Herren besiegt

KLAUS BLUME, Bonn

„Bei den Frauen muß man mit Worten und nicht mit der Peitsche arbeiten." Der Mann kennt sich aus. Anfang der siebziger Jahre trainierte der Oberschlesier Horst-Christian Tell (46) die polnischen Florett-Junioren, getreu dem Motto: „Bei den Männern muß man grober sein." 1972 wurden die Polen in München Olympiasieger.

Tell blieb erfolgreich, als er 1972 nach Deutschland übersiedelte, als er Bundestrainer der deutschen Florett-Damen wurde: Silber 1977 und 1981, Bronze 1979 und 1982, dazu die Weltmeistertitel 1979 und 1981 von Cornelia Hanisch und der dritte Platz (1978) der Offenbacherin. Eine bessere Bilanz kann seit den Olympischen Spielen 1976 in Montreal hierzulande kein anderer Fechtmeister vorweisen. Erfolgreicher als der große Emil Beck aus Tauberbischofsheim ist der Mann aus Gleiwitz derzeit. „Die Mädchen", sagt Tell, „haben daran aber auch schuld, bei dem Ehrgeiz, den die entwickeln."

Die Mädchen, das sind Cornelia Hanisch, Christiane Weber, Ingrid Losert, Sabine Bischoff und Ute Wessel. Sie bilden für die heute in Wien beginnenden Fecht-Weltmeisterschaften ein Team, das als Goldmedaillen-Favorit gilt. Tell stuft die Aussichten so ein: „Drei von ihnen sollten bei den Einzelgefechten das Finale erreichen, die Mannschaft müßte den Endkampf bestreiten. Das wäre das Maximale." Weltcup-Siegerin Cornelia Hanisch aus Offenbach – eine der erfolgreichsten Fechterinnen aller Zeiten – nennt so etwas „den Druck von außen" und verweist sicherheitshalber darauf, daß es „bei uns zehn bis 15 Medaillen-Anwärterinnen gibt".

Gestern, 12 Uhr mittags, vier Stunden vor der Abreise über Tauberbischofsheim nach Wien: Tell trainiert in Offenbach noch einmal mit Cornelia Hanisch. Die 21jährige Medizinstudentin Christiane Weber, derzeit als größtes Talent des deutschen Fechtsports gefeiert, hat inzwischen frei. „Man muß das individuell handhaben", sagt Tell.

Ist das sein Erfolgsgeheimnis? Ist es das Fingerspitzengefühl des Psychologen? „Es ist die technische Seite", sagte Cornelia Hanisch, „er überzeugt vom Fachlichen her. Er schafft zum Beispiel im Training wettkampfnahe Situationen. Denn Reaktionen im Gefecht müssen anerzogen werden."

So etwas wiederum bringt Sicherheit. Deshalb sagt Tell auch: „Ich habe ein gutes Gefühl, ich verspüre überhaupt keine Nervosität vor der Abreise." Die Vorbereitungen waren sorgfältig, deshalb diese Gelassenheit. In Tauberbischofsheim sind die deutschen Florettdamen im Training sogar gegen Herren angetreten. „Na, was soll ich Ihnen sagen, die Damen haben natürlich gewonnen", erzählt Tell. Und außerdem gibt es da die aktuelle Weltrangliste. Auf Platz vier steht Cornelia Hanisch, auf sieben Christiane Weber, auf acht Sabine Bischoff, auf 12 Ingrid Losert.

Tell wird trotzdem etwas vorsichtiger. Er denkt an die letzten Titelkämpfe in Rom, als es in den Einzelgefechten keine Medaille gab. „Unsere Damen", sagt er, „haben zwar das Florett fest und zielsicher in der Hand, doch die Entscheidung über die Gefechte liegt bei anderen Leuten." Jene Obleute seien bei einem Gefecht zum Schluß die nicht zu umgehenden Institutionen – trotz der elektronischen Trefferanzeigen. Tell: „Das muß man manchmal zähneknirschend hinnehmen." Damit so etwas bei einem Weltmeisterschaftsturnier nicht allzu oft geschieht muß der Trainer für ein günstiges Klima sorgen. Tell sagt: „Man muß so etwas mit Gefühl machen. Und manchmal muß man darauf aufpassen, sich gar nicht einzuschalten. Protestieren darf man ohnehin nur, wenn die Sache hieb- und stichfest ist." Denn Obleute, also Kampfrichter, seien nicht so ganz „superobjektiv". „Aber das ist", sagt Tell, „der Zucker im Kaffee."

Von der Leistung seiner Fechterinnen ist Tell überzeugt, von der eigenen auch. Auch von seiner Mannschaftsführung, die am langen Zügel erfolgt. Einmischung ins Privatleben der Fechterinnen verbietet er sich. Wenn jemand, wie zum Beispiel Cornelia Hanisch, hin und wieder bei stundenlangen Diskussionen die Nacht zum Tage mache, dann sei das eben so. „Gewohnheiten", sagt er, „soll man nicht ändern".

Als Tell 1972 aus Polen kam, hat er das erst noch lernen müssen. Da geriet er anfangs mit der selbständigen Cornelia Hanisch über Kreuz. „Ich kam aus dem Ostblock, und da ist der Trainer ein autoritärer Kerl", sagt er. Und: „Ich sah, daß die Conny vielleicht abspringen würde. Da habe ich Abstriche gemacht."

Mannschaft und Zeitplan

Die deutsche Mannschaft, Herren, Florett: Gey, Hein, Beck, Behr (alle Tauberbischofsheim), Reichert (Bonn); **Degen:** E. Borrmann, Pusch, Nickel, Fischer, Heer (alle Tauberbischofsheim); **Säbel:** Schneider (Tauberbischofsheim), Nolte (St. Augustin), Stratmann (Iserlohn), Scholz (Opladen), Volkmann (Bonn); **Damen, Florett:** Hanisch (Offenbach), Weber (Dillingen), Losert (Freiburg), Bischoff (Tauberbischofsheim), Wessel (Bonn).

Die Finals von Wien: Freitag: Herrenflorett, Einzel, Samstag: Damenflorett, Einzel, Sonntag: Säbel, Einzelfinale, Montag: Herrenflorett, Mannschaft, Dienstag: Damenflorett, Mannschaft, Mittwoch: Degen, Einzel, Freitag: Säbel, Mannschaft, Samstag: Degen, Mannschaft.

TENNIS

Mit Trick Bettina Bunge überredet

sid, Zürich

Bettina Bunges Reaktionen hätten vermuten lassen können, sie habe verloren. „Ich bin so dumm", sagte sie zu sich selbst, „ich rege mich über Kleinigkeiten auf und habe manchmal soviel mit mir selbst zu tun, daß ich mich kaum auf das Spiel konzentrieren kann." Bettina Bunge, 20 Jahre alt und als Weltranglisten-Achte die Nummer eins der deutschen Tennis-Nationalmannschaft der Damen beim Federation Cup in Zürich, hatte aber gerade gegen die Spanierin Carmen Perea mit 7:4, 6:3 gewonnen. Damit erreichte die deutsche Mannschaft die zweite Runde, heute ist Japan der nächste Gegner.

Noch Minuten später schüttelte Bettina Bunge den Kopf: „Das war doch wirklich nicht toll." Bundestrainer Klaus Hofsäß („Gelegentlich war ich am Rande eines Nervenzusammenbruchs") tat in diesem Moment das einzig richtige – er ließ den sensiblen Star in Ruhe. Claudia Kohde und Eva Pfaff aber, die Team-Kolleginnen, versuchten Bettina Bunge wieder aufzubauen. Claudia Kohde: „Ich weiß gar nicht, was du willst, die Perea hat vor drei Jahren beim Federation Cup in Berlin ganz leicht gegen die Hanika gewonnen." Und Eva Pfaff: „Anfangs habe ich gedacht, du setzt das Ding in den Sand, aber hinterher war das doch ganz souverän." Was sicherlich ein bißchen geflunkert war. Der erste Einzel-Auftritt von Bettina Bunge vier Wochen nach der Erstrunden-Niederlage in Wimbledon gegen Christina Jolissaint war ein Spiel ohne Konzeption und ein ständiger Drahtseilakt zwischen Weltklasse-Schlägen und Anfängerfehlern.

Bundestrainer Klaus Hofsäß faßte dennoch zusammen: „Ich glaube, jetzt hat sie es gepackt." Der 35 Jahre alte Trainer aus Hannover mußte sein Sorgenkind erst mit einem Trick auf den Platz bringen. Nach einer fast schlaflosen Nacht wollte Bettina Bunge wegen einer starken Erkältung gar nicht antreten: „Laß mich draußen, laß heute die beiden anderen spielen." Obwohl Hofsäß den offiziellen Meldebogen noch in der Tasche hatte, meinte er: „Die Nominierung ist schon draußen, da mußt du durch, und da kommst du auch durch." Er sollte recht behalten. Am Abend auf der Terrasse im Hotel „Atlantic" war die morgendliche Erkältung bereits vergessen. Bettina Bunge: „Och, das ist gar nichts."

STANDPUNKT / *Optimismus*

Die Bilanz ist düster, der Optimismus grenzenlos. In den bisher neun Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft fiel der deutsche ATS-Rennwagen sechsmal aus, der Rest waren ein neunter, ein elfter und ein 15. Rang. Dennoch sagt Teamchef Günter Schmid: „Vielleicht fallen wir noch dreimal aus, vielleicht aber gewinnen wir schon das nächste Rennen."

Der Mann muß sich das einreden, denn bisher ging bei ATS fast überhaupt nichts, trotz des BMW-Turbomotors, trotz des Einsatzes von Manfred Winkelhock als Pilot. Denn der Waiblinger ist in der Tat ein exzellenter Fahrer, das beweist er in fast jedem Rennen. Winkelhock fährt in das vordere Feld hinein, solange das Auto hält. Das hält meistens nicht.

Da bleibt Winkelhock nichts als die Hoffnung. Doch das ist zu wenig, um in der obersten Motorsport-Klasse als Top-Pilot gehandelt zu werden.

Oder so: Der brasilianische Ex-Weltmeister Nelson Piquet, ebenso wie Winkelhock mit einem Turbo-Aggregat von BMW ausgerüstet, ist nur deshalb einer der Superstars, weil er siegt. Würde es ihm wie Winkelhock ergehen, niemand würde auf Dauer von dem Brasilianer Notiz nehmen.

Das ist das eigentliche Debakel des wackeren Schwaben Manfred Winkelhock. Der Mann kann etwas, er kann sogar viel, doch er verschleißt sich für ein Objekt, dessen Erfolgsaussichten nicht abzuschätzen sind. Winkelhock sollte sich deshalb von dem grenzenlosen Optimismus seines Teamchefs nicht anstecken lassen. Denn für Träumer ist gerade in der Formel 1 kein Platz.

„Ich habe gezeigt, daß ich konstant und schnell fahren kann und mich auch im Spitzenpulk behaupten kann", sagt Winkelhock. Deshalb braucht er endlich ein standfestes Auto.

K. Bl.

NACHRICHTEN

Maurer und Zipf weiter

Hilversum (dpa) – Bei den Offenen Niederländischen Tennis-Meisterschaften in Hilversum erreichten Andreas Maurer (Neuss) und *Christoph Zipf (Amberg) die zweite* Runde des Herren-Einzels. Maurer besiegte van Boeckel (Holland) 7:5, 6:4, Zipf schaltete Lopez-Maeso (Spanien) 7:6, 6:1 aus.

22 Spieler festgenommen

Santiago de Chile (dpa) – Ungewöhnlich endete ein Fußballspiel in Santiago de Chile: Die Polizei nahm 22 Spieler, den Schiedsrichter und 74 Zuschauer fest. Die Mannschaften gehörten zu den 13 Vereinen, die im Wohnviertel „Villa Olympica" eine Lokalmeisterschaft austragen.

Mehring scheidet aus

Dortmund (kgö) – Der Geschäftsführer des Dortmunder Galopp-Rennvereins, Walter Mehring, scheidet am 30. September nach sechsjähriger Tätigkeit aus. Sein Nachfolger steht noch nicht fest.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: SSV Ulm – Bayern München 0:2, Sandjeford (Norwegen) – Bayer Leverkusen 0:4, FC Isny – VfL Bochum 1:7.

RADSPORT

70. Tour de France, 17. Etappe La Tour du Pin-Alpe d'Huez (223 km): 1. Winnen (Holland) 7:21:32 Std., 2. Bernaudeau (Frankreich) gleiche Zeit, 3. Corredord (Spanien) 0:57 zurück, 4. Alban 1:22, 5. Fignon (beide Frankreich) 2:08. **Gesamtklassement:** 1. Fignon 82:27:26, 2. Delgado (Spanien) 1:07 zurück, 3. Bernaudeau 2:32, 4. Winnen 3:30, 5. Kelly (Irland) 4:20.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Brookline. Herren, Finale: Clerc (Argentinien) – Arias (USA) 6:3, 6:1. – **Grand-Prix-Turnier in Washington,** erste Runde: Warneke (USA) – Keretic (Deutschland) 6:4, 4:6, 6:2. – **Damen-Turnier in Kitzbühel,** erste Runde: Lütten (Hamburg) – Newton (Neuseeland) 6:2, 6:1.

Federationcup in Zürich, erste Runde: Deutschland – Spanien 3:0, Kohde – Almansa 6:1, 6:2, Bunge – Perea 7:5, 6:3. Doppel: Kohde/Pfaff – Almansa/Guerra 6:2, 6:1.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Nizza.

Herren, 100 m: 1. Smith (USA) 10,44, 2. Haas (Deutschland) 10,47, 3. Lattany 10,51, 4. Phillips (beide USA) 10,68. 400 m: 1. Cameron (Jamaika) 45,03, 2. McCoy (USA) 45,37, 3. Weber (Deutschland) 45,45. 800 m: 1. Cruz (Brasilien) 1:44,31 ... 6. Ferner (Deutschland) 1:46,40. 400-m-Hürden: 1. Schmid (Deutschland) 48,57 (Europa-Jahresbestzeit). Hochsprung: 1. Thränhardt (Deutschland) und Sjöberg (Schweden) je 2,30. Stabhochsprung: 1. Quinon 5,80 (Jahres-Weltbestleistung), 2. Vigneron (beide Frankreich) 5,76. Dreisprung: 1. Conley (USA) 17,13, 2. Bouschen 16,81, 3. Knabe (beide Deutschland) 16,48.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Rang 1: 1 363 589,40 Mark, 2: 209 782,90, 3: 6119,30, 4: 168,70, 5: 12,00. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 4784,30, 2: 230,50, 3: 24,80. – „6 aus 45": Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 949 080,00, 2: 33 429,00, 3: 3714,30, 4: 70,20, 5: 5,90. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 3458,30, 2: 555,80. – Rennen B: Klasse 1: 280,40, 2: 67,90. Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 289 690,20. (Ohne Gewähr)

Wörner will in den USA Befürchtungen zerstreuen

Rüstungsgegengeschäft Europa-Amerika angestrebt

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner reist heute nach Washington, um mit führenden Vertretern der US-Regierung und Mitgliedern des Kongresses Gespräche zu führen. Einen wesentlichen Teil seines Aufenthalts in der US-Hauptstadt nehmen Diskussionen mit amerikanischen Journalisten ein, denen Wörner eine wichtige Mittlerrolle zur Verbreitung deutschen Sicherheitsdenkens in den USA zumißt.

Vor Antritt der Reise war hochrangigen Beratern Wörners klar, daß der Minister in Washington nach den jüngsten, von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ausgelösten Irritationen über die deutsche Position zu den Genfer INF-Verhandlungen viel Mühe würde aufwenden müssen, um Befürchtungen über neue deutsche Unzuverlässigkeiten, die man jenseits des Atlantiks nach dem Sturz Helmut Schmidts als Bundeskanzler vergangen glaubte, zu zerstreuen. Wörner trifft noch heute mit seinem Kollegen Weinberger und dem Sicherheitsberater des Präsidenten, Clark, zusammen. Danach stehen wie auch am nächsten Tag Gespräche mit Senatoren und Vertretern des Repräsentantenhauses auf dem Programm. Am Donnerstag kommt Wörner mit Außenminister Shultz zusammen. Auch ein Besuch bei Vizepräsident Bush ist geplant.

Neben der Erörterung der Genfer Mittelstreckenverhandlungen hofft der deutsche Verteidigungsminister, in der verteidigungspolitischen Kooperation mit den USA entscheidende Etappen zu erreichen. Dabei geht es um ein gemeinsames Konzept zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO in Mitteleuropa. Wörner glaubt, mit den amerikanischen Partnern in Fragen der Waffenbeschaffung und Rüstungsentwicklung sowie für eine langfristigen Staats- und Industriekooperation zur atlantischen Ausrüstung aller Streitkräfte („Zweibahnstraße") konkrete gemeinsame Absichtserklärungen erreichen zu können.

Es geht dabei um den neuen Artillerieraketenwerfer MLRS, den Panzerabwehrhubschrauber 2, die Entwicklung neuer Munitionsarten sowie um die Frage, wie die USA die von Bonn beabsichtigte Beschaffung des neuen US-Luftverteidigungssystems „Patriot" zur Ersetzung der veralteten „Nike/Hercules"-Raketen finanziell kompensieren können. Sondiert wird von deutscher Seite schon seit längerem, daß die amerikanische Seite als Gegenleistung die deutsch-französische Flugabwehrrakete „Roland" kauft und sie zum Schutz ihrer Flugbasen in der Bundesrepublik gegen Fliegerangriffe aus mittleren und niedrigen Höhen einsetzt. Damit würde zum ersten Mal ein wirkliches Gegengeschäft im Sinne der Erhaltung von Arbeitsplätzen beiderseits des Atlantiks abgeschlossen.

Skepsis im Kongreß über Kissingers Berufung

Gegner: Er ist kein Fachmann für Fragen Mittelamerikas

D. SCHULZ, Washington

Wenn Henry Kissingers Name fällt, bleibt in der politischen Welt Amerikas kaum jemand gleichgültig. Nichts beweist das besser als die Reaktion auf die Nachricht, daß Präsident Reagan den früheren Außenminister an die Spitze einer Kommission berufen hat, die die Mittelamerika-Politik Washingtons durchleuchten soll. Während Reagan den Mann, den er einst selbst bekämpfte, mit hohem Lob versah, traten die alten Gegner Kissingers – auf dem rechten und dem linken Flügel des politischen Spektrums – sofort wieder auf den Plan.

Die Linken erinnerten an alte Verdächtigungen, Kissinger habe Anfang der siebziger Jahre den Sturz des marxistischen chilenischen Präsidenten Allende betrieben. Die Rechten beschuldigten ihn, der „Architekt der letzten großen Niederlage Amerikas" gewesen zu sein und Vietnam, Laos und Kambodscha „verloren" zu haben.

Der einflußreiche demokratische Abgeordnete Clarence Long erklärte: „Ich kann mir keine Person vorstellen, in die der Kongreß ein geringeres Vertrauen setzen würde." Der ebenso einflußreiche konservative Republikaner, Senator Jesse Helms, sagte: „Es mag in diesem weiten Land ja jemanden geben, der auf meiner Vorschlagsliste (für den Vorsitz der neuen Kommission) noch niedriger rangiert als Mr. Kissinger, aber im Augenblick fällt mir keiner ein." Wie er wiesen auch andere Politiker darauf hin, daß Kissinger bisher nicht gerade als Fachmann für Fragen Mittelamerikas gegolten hat.

Trotz dieser erwarteten Kontroversen spricht aus der Sicht des amerikanischen Präsidenten vieles für die Berufung Kissingers. Die neue, überparteiliche Kommission hat nur dann wirklich Aussicht auf Erfolg, wenn ihr das Prestige großer Namen anhaftet. Prestige jedoch hat Kissinger noch immer, bei all denen nämlich, die sich im Laufe der Jahre ein objektives Urteil über den „Diplomaten, an den sich schon Legenden ranken" (Reagan) bewahrt haben. Auch dies wurde deutlich, als sich Politiker der Mitte, wie der Demokrat Henry Jackson und der Republikaner Charles Mathias, mit anerkennenden Worten zu Kissinger bekannten.

Daß Präsident Reagan auf die im Kongreß entstandene Idee der Bildung einer Kommission für Mittelamerika einging, ist im Grunde ein Eingeständnis, daß die Regierung mit ihrer bisherigen Politik die für den Erfolg notwendige überparteiliche Unterstützung nicht finden konnte. Je mehr Reagan im Kongreß mit seiner Mittelamerika-Politik auf Widerstand stieß, je kritischer andererseits die Lage in Zentralamerika wurde, um so dringlicher wurde es für die Administration, nach neuen Ansätzen zu suchen. Die „Kissinger-Kommission" ist das Mittel, der amerikanischen Mittelamerika-Politik eine Grundlage zu geben, die von der Mehrheit mitgetragen werden kann. (SAD)

Rentenreform: Spitzentreffen im August

GISELA REINERS, Bonn

Die Spitzen der Selbstverwaltung der Rentenversicherer treffen sich vom 15. bis 17. August auf der Nordseeinsel Borkum mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU), um die Entscheidung über die Rentenreform vorzubereiten, in der das Hinterbliebenenrecht neu geregelt wird. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 hatte verlangt, daß Mann und Frau im Rentenrecht gleichgestellt werden müßten.

Inzwischen drängt die Zeit auf eine Entscheidung. Im Urteil war festgelegt, daß die Reform am Ende der zweiten Legislaturperiode, die dem Urteil folgte, in Kraft treten müßte; das wäre normalerweise zum 1. Januar 1985 der Fall gewesen. Doch die Regierung wechselte vorzeitig. Karlsruhe hat jedoch Verständnis gezeigt, daß die neue Regierung noch Zeit brauchte, um ein eigenes Konzept vorzulegen. Die Verwaltung der Rentenversicherer forderte zudem eine Umstellungsfrist von mehr als einem Jahr, so daß erst zum 1. Januar 1986 mit dem Inkrafttreten zu rechnen ist. Für die Gleichstellung von Mann und Frau sind mehrere Modelle im Gespräch. Die Probleme, die dabei gelöst werden sollen, sind:

– die Kasse der Rentenversicherung darf nicht belastet werden; es wäre im Gegenteil eine Entlastung nötig;
– die Harmonisierung der verschiedenen Alterssicherungssysteme darf nicht verbaut werden;
– eine Kumulation von Renten und rentenähnlichen Einkommen soll vermieden werden. „Die Rente muß den Empfänger tragen – an alles Zusätzliche kann man 'ran", heißt es dazu im Arbeitsministerium. Zur Debatte stehen die Möglichkeiten der Rentenbesteuerung, der Einkommensanrechnung und der Änderung der Rentenformel. Doch alle Modelle weisen Nachteile auf.

Bei der Besteuerung der addierten Renten landet das Geld nicht in der Rentenkasse. Hier müßte der Bundeszuschuß neu definiert werden, damit das Geld wieder zurückfließt. Bei einer Teilhaberrente ist die Berechnung anderer Einkünfte sehr kompliziert, und bei einer Änderung der Rentenformel wird das Problem der Anhäufung von mehreren Renten nicht gelöst. Zur Zeit scheint im Arbeitsministerium ein Besteuerungsmodell bei hohem Freibetrag und gleichzeitiger Neuregelung des Bundeszuschusses favorisiert zu werden.

Bundesbeamte mit 62 in Pension?

rtr, Bonn

Beamte des Bundes sollen nach dem Willen des Bundesinnenministeriums künftig bereits mit 62 Jahren auf eigenen Wunsch in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden können. Das Ministerium bereite derzeit eine entsprechende Änderung der versorgungsrechtlichen Vorschriften vor, erklärte gestern ein Sprecher des Ressorts. Nach der derzeit geltenden Regelung können Beamte des Bundes, deren reguläre Altersgrenze bei 65 Jahren liegt, auf eigenen Antrag und unter bestimmten Voraussetzungen mit 63 Jahren in Pension gehen.

Ziel der Änderung ist nach Angaben des Sprechers die Angleichung der Ruhestandsregelung für Beamte des Bundes an die der Länder, wo Beamte sich jetzt schon mit 62 Jahren pensionieren lassen können.

Andropow bewirkt neue Säuberung

Staatsanwälte sollen schärfer gegen Diebe, Schwarzhändler und Faulenzer vorgehen

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Die Staatsanwälte der Sowjetunion sind verpflichtet worden, gegen Verbrecher und andere Rechtsverletzer wirksamer vorzugehen. Anklagevertreter aller staatlichen Ebenen, von den Republiken bis hinunter zu Kreisen und Städten, versammelten sich Mitte Juli an unbekanntem Ort und wurden von Generalstaatsanwalt Rekunow zu „entschlossenem Kampf" aufgefordert: Gegen Angriffe auf Leben und Gesundheit der Bürger, hauptsächlich aber gegen die traditionellen Laster der Sowjetgesellschaft wie Diebstahl von Volkseigentum, Bestechlichkeit, falsche Angaben über Planerfüllung und „Spekulation", wie die Bereicherung durch Schwarzmarktpraktiken genannt wird. Auch Trinker, Rowdies und Arbeitsscheue sollen schärfer angefaßt werden.

Rekunow berief sich dabei auf Partei- und Staatschef Jurij Andropow. Bei der Aufzählung von Regierungsvertretern, die an der Tagung teilnahmen, nannte die Regierungszeitung „Iswestija" den stellvertretenden KGB-Vorsitzenden Zinjew an erster Stelle.

So wird ein weiteres Mal Anlauf genommen, um Ordnung und Disziplin, Sauberkeit und Moral unter die Sowjetmenschen zu bringen. Die erste Welle Anfang des Jahres war noch eine reine Polizeiaktion, die von der sogenannten Volkskontrolle unterstützt wurde. Sie sollte die Werktätigen daran hindern, während der Arbeitszeit die verschiedensten Besorgungen zu machen, zum Friseur oder gar ins Kino zu gehen. Da sie wenig bewirkte und die Bevölkerung verärgerte, wurde sie bald abgeblasen.

Jetzt geht die Parteiführung gründlicher vor. Sie droht einerseits mit Strafen und Gerichtsverfahren, andererseits beschränkt sie sich nicht auf die kleinen Sünder. Sie gibt sich sogar den Anschein, im Namen des Volkes zu handeln. Wiederholt veröffentlichte die Parteipresse harsche Aufforderungen verärgerter Bürger an die Staatsorgane, gegen Mißstände energischer anzukämpfen.

Da wird an eine Art Pranger aus den dreißiger Jahren erinnert, an eine „schwarze Kasse" mit dem Schild: „Warum bekomme ich hier meinen Lohn? Weil ich ein Bummler, Faulenzer, Trinker, Simulant bin." Über den Diebstahl von Volkseigentum müsse „mit lauter Stimme" geredet werden: „Die Leute sollen wissen, wer sie bestiehlt." Die Strafen sollten in solchen Fällen zwanzigmal höher als der gestohlene Wert angesetzt werden, analog zu den Strafen für Schwarzfahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Gerichte müßten schon bei der Entwendung von Gegenständen im Werte von 25 Rubeln und nicht erst beim doppelten Satz eingeschaltet werden, verlangte ein anderer.

Jeder sei verantwortlich für alles, was in seiner Umgebung geschieht, und sollte kompromißlos gegen Mißwirtschaft und Verantwortungslosigkeit auch der leitenden Stellen auftreten. „Bei der Einsparung von Rohstoffen kämpfen wir um jedes Gramm; und vor unseren Augen verdirbt Material für Tausende von Rubeln", empörte sich ein Arbeiter.

Gegen solche kriminelle Gleichgültigkeit müsse sich eine „Atmosphäre der Unduldsamkeit" richten. Das ist der Tenor eines „Prawda"-Artikels, der gleichzeitig die fehlende Bereitschaft der Werktätigen beklagte, entschlossen dagegen einzuschreiten. Die neue Sauberkeitskampagne soll weder Parteimitglieder noch Höhergestellte verschonen. Offenbar will die Parteiführung gerade die mittleren Etagen der bürokratischen Instanzen in die Zange nehmen, indem sie die Basis mobilisiert. Eine wichtige Rolle spielt dabei das neue Gesetz für Betriebsbelegschaften aller Arbeitsbereiche. Von oben kann dieses neue Instrument „sozialistischer Demokratie" jeweils in die gewünschte Richtung gelenkt werden. Schon ist in einem „Prawda"-Kommentar davon die Rede, daß die Belegschaften ein „Gericht" darstellten. Und der stellvertretende Generalstaatsanwalt Baschenow machte klar, daß dadurch Ordnung und Disziplin in den Produktionsbereichen gestärkt, „die Kontrolle der Werktätigen über die Arbeit der Verwaltungen" verbessert werden sollen.

Labour: Vier Kandidaten für den Parteivorsitz

AP, London

Die britische Labour Party hat die Namen der vier Kandidaten bekanntgegeben, die sich auf dem nächsten Parteitag am 2. Oktober für das Amt des Parteiführers bewerben wollen. Der bisherige Parteichef Michael Foot hatte unmittelbar nach der vernichtenden Niederlage seiner Partei bei den Unterhaus-Wahlen am 9. Juni seinen Rücktritt angekündigt.

Die besten Aussichten auf den Parteivorsitz werden dem 41jährigen Neil Kinnock eingeräumt. Kinnock, der als Exponent des linken Labour-Flügels gilt, hat dazu aufgerufen, die innerparteilichen Flügelkämpfe zu beenden. Das schlechte Wahlergebnis zeige, daß der Wähler nicht überzeugt werden konnte, daß sich „unsere Politik in der Praxis verwirklichen" lasse.

Außer Kinnock kandidieren noch die der Parteimitte zuzurechnenden früheren Minister Roy Hattersley (50) und Peter Shore (59) und der 62jährige Eric Heffer, der die äußerste Linke repräsentiert.

Auf dem Parteitag in Brighton wird erstmals nach einem neuen Modus gewählt, der nach dem Urteil von Beobachtern die Linke begünstigt. Bisher hatten allein die Labour-Parlamentsabgeordneten den Parteiführer bestimmt. Künftig erhalten dagegen die Ortsverbände, in denen die Parteilinke überwiegt, genausoviel Stimmenanteile wie die Abgeordneten – nämlich jeweils 30 Prozent; die restlichen 40 Prozent sind den Gewerkschaften vorbehalten.

Zur Wahl steht auch das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden Denis Healey, der wie Foot nicht mehr kandidiert.

Hilfsprojekt für Polen noch in der Schwebe

„Solidarität" fordert von Warschau Generalamnestie

DW. Warschau

Das von mehreren katholischen Bischofskonferenzen angestrebte Hilfsprogramm für die polnische Landwirtschaft und das Handwerk ist entgegen anderslautenden Darstellungen nach wie vor offen. In unterrichteten kirchlichen Kreisen hieß es gestern, die bisherigen Bereitschaftserklärungen des Militärregimes in Warschau seien „nicht ausreichend". Sie seien zu allgemein gehalten, vor allem aber fehle bislang die Garantie, daß das von Spendern, kirchlichen Organisationen und Regierungen aufzubringende Geld dem Zweck entsprechend verwendet werde. Das Risiko aber, das insbesondere Spender eingingen, müsse so niedrig wie möglich gehalten werden. Auch der Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, hatte kürzlich erklärt, es seien noch „einige juristische Fragen zu klären".

Bis gestern herrschten noch immer Zweifel, ob das Kriegsrecht tatsächlich wie beabsichtigt zum polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli aufgehoben wird. In Warschau war von einer starken Gruppe von Sejm-Mitgliedern die Rede, die mit seiner Aufhebung warten wollten, bis klar sei, ob es zum dritten Jahrestag des Danziger Abkommens im August nicht wieder zu Unruhen kommt. Der Sejm tritt heute und morgen zusammen, um über die Sonderbestimmungen zu entscheiden, die an die Stelle des Kriegsrechts treten sollen.

Die Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" will ihren Kampf auch in Zukunft fortsetzen. Die Arbeit solle erst dann eingestellt werden, wenn eine Generalamnestie für politische Gefangene verkündet werde, sagte der Gewerkschafter Zbigniew Bujak. Er kündigte ferner an, daß die „Solidarität" sich auf „die eine oder andere Weise zu Wort melden" werde, um an die Streiks und die Danziger Vereinbarungen vom August 1980 zu erinnern. Wie das geschehen werde, hänge von der „politischen Stimmung" nach dem Nationalfeiertag am 22. Juli ab.

Arbeiterführer Lech Walesa hatte bereits am Montag erklärt: „Wir werden den August 1980 nicht vergessen. Unsere Ideale werden nicht sterben. Für sie werden wir kämpfen."

Die Zeit der schlimmsten Lebensmittelkrise in Polen ist offenbar vorbei. Mit Ausnahme von Fleisch, Mehl und Zucker können die Polen heute alle Lebensmittel wieder ohne Marken kaufen, sogar Butter und andere Fette. In den normalen Läden praktisch überhaupt nicht zu bekommen sind allerdings importierte Güter wie Kaffee, Schokolade, Kakao, Rosinen und Südfrüchte. Sogar Tee ist knapp geworden. Wenn man nicht auf Schwarzmarktpreise ausweichen will, kann man diese Dinge nur in den Devisenläden erstehen.

Der größte Engpaß ist zur Zeit die Versorgung mit industriellen Gütern. Jetzt hat man sich für einige den „gelenkten Verkauf" über die Betriebe ausgedacht. Doch wie soll es eine gerechte Verteilung geben, „wenn auf 1000 Personen 5,4 automatische Waschmaschinen, 6,7 Kühlschränke, 3,5 Tiefkühltruhen, 3,8 Nähmaschinen und 15 Teppiche kommen?" fragte die Warschauer Zeitung „Kurier Polski".

US-Laserwaffe gegen Raketen aus dem Weltraum

AP, Washington

Die Vereinigten Staaten sind mit ihrer heute zur Verfügung stehenden Technologie in der Lage, ein Laserwaffe zu bauen, die vo Weltraum aus anfliegende gegnesche Raketen zerstören kann. Di geht nach Angaben der Luftfahzeitschrift „Aviation Week an Space Technology" aus neuen Stdien der amerikanischen Industr hervor.

Die Zeitschrift schreibt, umfanreiche Studien der beiden Lufahrtunternehmen Lockheed un TRW zeigten, daß die vorgeschlgenen Weltraumlaser anfliegend sowjetische ballistische Rakete auch dann noch zerstören könnte wenn sie dreimal so stark gepazert seien wie die heute existiereden sowjetischen Modelle.

Die anfliegenden Raketen solle nach diesen Informationen mit enem chemischen Laser zerstö werden, der eine Leistung von fü Megawatt hat und einen Reflektospiegel von vier Metern Durchmeser benutzt.

Verkabelung: Städte fordern Entlohnung

dpa, Düsseldorf

Die Städte und Gemeinden wolen davon profitieren, wenn d Bundespost in ihren Straßen gbührenbringend Breitband- u Glasfaserkabel für eine neue Dmension der Fernseh-Kommuniktion verlegt. Die Kommune möchten entweder finanziell elohnt werden für die zukunftträchtigen Kabel in ihrem Bode oder aber Nutzungsrechte – w etwa für ein Kommunalfernsehen bekommen. In der Rahmenvereibarung zwischen dem Bundespoministerium und den Vertreter der kommunalen Spitzenverbäde, die gestern in Bonn unterzeicnet wurde, ist das Problem d Entlohnung für die Gemeinde durch die Post bis zu einer endgütigen Rechtsentscheidung ausgklammert worden.

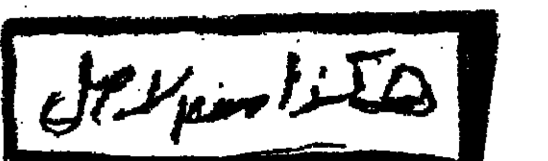
Die kommunalen Spitzenvebände werden nach Angaben d nordrhein-westfälischen Städt und Gemeindebundes bis z höchstrichterlichen Instanz gehe um ein Urteil in ihrem Sinne z erwirken. Die Deutsche Bundepost hatte am 28. April 1983 eine ersten Prozeß dieser Art vor de Verwaltungsgericht Köln in erst Instanz gegen die Stadt Bergis Gladbach gewonnen.

Kommt chilenischer Gewerkschafter frei?

rtr, Santiago

Ein chilenisches Gericht hat d Freilassung des am 15. Juni verhateten Vorsitzenden der Kupferbeiter-Gewerkschaft (CTC), Rodfo Seguel, aus der Untersuchunghaft angeordnet. Die Entscheidu muß noch durch eine höhere Istanz bestätigt werden. Seguel w am 15. Juni wegen angeblicher Auwiegelung zu illegalen Proteste und Streiks verhaftet worden.

Ein Berufungsgericht hatte in d vergangenen Woche entschiede daß friedliche Proteste gegen d chilenische Regierung nicht als Vebrechen zu betrachten seien und m dieser Begründung die Freilassu des Chefs der Christdemokraschen Partei, Gabriel Valdes, a dem Gefängnis verfügt. Die Militregierung hat dagegen Berufu eingelegt.



WELT DER WIRTSCHAFT

Ende der Talfahrt?

hdt – Der bundesdeutsche Textilfachhandel war in den letzten Jahren wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Schon 1980 verzeichnete er nur noch ein reales Umsatzplus von einem Prozent, aber dann ging die Abwärtsfahrt erst richtig los, 1981 mit minus vier Prozent und 1982 mit sogar minus sechs Prozent. Das aber bedeutete unter dem Strich auch absolut unbefriedigende Betriebsergebnisse, obwohl hier systematisch mit Kosteneinsparungen gegengesteuert wurde. Dazu gehörte nicht nur ein vertretbarer Personalabbau, sondern in vielen Häusern auch eine konsequentere Kontrolle des Lagerumschlages durch verstärkten Einsatz von computergesteuerten Warenwirtschaftssystemen.

Die ersten für das laufende Jahr vorgelegten Zahlen lassen sich dagegen zumindest bedingt als erfreulicher bezeichnen. So vermeldet die Katag, einer der führenden Einkaufsverbände der Branche, für das erste Halbjahr ein wertmäßiges Plus von 2,5 Prozent in ihren Anschlußhäusern. Einen besonders positiven Trend zeigte dabei die Umsatzentwicklung von Herrenausstattung, Sportbekleidung, Handarbeiten und Teppichen, lediglich die Resultate bei Kinderbekleidung und Haustextilien enttäuschten weiter. Auch die Talfahrt der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse konnte gestoppt werden, allerdings auf dem unbefriedigenden Niveau der Vorjahre.

Das alles bedeutet jedoch noch keine endgültige Trendwende, zumal die staatlichen Maßnahmen der jüngsten Vergangenheit eher der Kaufkraftabschöpfung als einer zusätzlichen Geschäftsbelebung dienen. Auch die Mehrwertsteuererhöhung dürfte sich nicht voll weitergeben lassen und die Rendite zusätzlich belasten. Ob die verhalten optimistische Stimmung anhält, wird sich nach dem Sommerschlußverkauf zeigen.

Springprozession

ews. – Wie selten zuvor zur sommerlichen Ferienzeit demonstrieren die deutschen Ölkonzerne in den letzten Wochen funktionierende Marktwirtschaft. Wie auf der Echternacher Springprozession bewegen sich dabei die Preise: zwei Schritte vor, einen zurück. Heute, so haben es Esso und Aral angekündigt, werden ihre Benzinpreise um drei Pfennig je Liter erhöht, nachdem in den letzten drei Wochen in einigen Regionen schon neun Preisschübe nach oben und unten registriert worden waren. Oder wie ein Tankwart klagte: „Ich komme schon gar nicht mehr von der Leiter herunter wegen der andauernden Schilderauswechselung." Dabei haben die Gesellschaften gute Argumente für ihre Preisanhebungen. Denn die Verluste im Mineralölgeschäft halten trotz aller Strukturmaßnahmen der Firmen weiter an. Das Preisniveau liegt zudem noch um drei bis vier Pfennig unter dem Vorjahresstand. Das nach der Mehrwertsteuererhöhung und bei höherem Dollarkurs. Nur der Verbraucher fühlt sich ob des dauernden Auf und Ab für dumm verkauft.

SUBVENTIONEN / Widerstand gegen die Pläne des Bundesfinanzministers

Kiechle gegen Abbau des Zuschusses an Unfallversicherung für Landwirte

HEINZ HECK, Bonn

Stoltenbergs Pläne zum Subventionsabbau stoßen auch in den eigenen Reihen auf großen Widerstand. Ein Beispiel ist der Bundeszuschuß zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, den der Finanzminister bis 1986 stufenweise abbauen wollte. Für 1984 ist er damit bereits am Widerstand von Ernährungsminister Kiechle gescheitert, der die Verringerung von 279 (1983) auf 200 Millionen verhindert hat.

Im Papier zum „Subventionsabbau", das Stoltenberg für die Haushaltsberatungen am 29. Juni dem Kabinett vorgelegt hat, heißt es zu diesem Punkt klipp und klar: „Am Grundsatz eines stufenweisen Abbaus wird bei 1986 festgehalten. 1984 wird die dritte Abbaustufe verwirklicht." Stoltenberg wollte für 1985 nur noch 200 und für 1986 noch 40 Millionen Mark Bundeszuschuß einsetzen.

Aus den Haushaltsberatungen am 29. Juni hat Kiechle jedoch die Zusage mitgenommen, daß über diese Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung nach der Sommerpause noch einmal gesprochen wird. Schwer vorstellbar erscheint es, daß die Subvention 1985 auf 120 Millionen sinkt, nachdem eine weit bescheidenere Kürzung für 1984 schon politisch nicht durchsetzbar war.

Weitere Faktoren lassen Zweifel aufkommen, ob Stoltenbergs Abbaupläne überhaupt durchzusetzen sind. So hat der Bundeskanzler auf dem Bauerntag am 1. Juli in Freiburg nach Einschätzung des Ernährungsministeriums die sogenannte „alte Last" anerkannt und zugleich eingeräumt, daß sie voll abgedeckt werden müsse. Bei der alten Last handelt es auch um die Hypothek, die durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft (Abwanderung von Erwerbspersonen in andere Wirtschaftszweige) auf der Unfallversicherung ruht. Das Thema ist nicht neu und hat bereits die letzte Regierung veranlaßt, ein Gutachten beim Ifo-Institut zu bestellen, das am 1. August vorliegen soll (nach Angaben der SPD-Fraktion jedoch „längst in den Schubladen liegt").

Auch wenn das Gutachten offiziell noch aussteht, so sind doch erste Ergebnisse bereits durchgesickert. Danach soll die alte Last auf eine Größenordnung von derzeit jährlich etwa 400 Millionen Mark beziffert werden (mit steigender Tendenz). Wenn sich diese Information bestätigt, so käme das Gutachten Kiechles Position zustatten, der eine Festschreibung des jährlichen Bundeszuschusses auf 340 Millionen Mark fordert. Bei der SPD findet er hierfür zumindest klimatische Unterstützung.

Stoltenberg hat bisher die These vertreten, daß die betroffenen Minister bei Ablehnung bestimmter Kürzungen Einsparungen an anderer Stelle hinzunehmen hätten. Dies ist im '84er Haushaltsentwurf gelungen. Die nicht zustande gekommene Kürzung des Bundeszuschusses wurde durch Einsparungen an anderer Stelle hereingeholt; allein 50 Millionen bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und damit bei einer Investitionsausgabe (17 Millionen bei der nationalen Vorratshaltung, 10 Millionen bei der Landabgaberente und 2 Millionen bei Forschung und Entwicklung).

Offen ist, ob sich Kiechle auf Dauer mit der Forderung durchsetzen kann, einen Subventionsabbau in dieser Größenordnung zu verhindern und statt dessen etwa Investitionsausgaben wie die für Küstenschutz dauerhaft gekürzt werden. Immerhin hatten die Bonner Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP in einem Entschließungsantrag zum Agrarbericht 1983 die Bundesregierung ersucht, „die Abdeckung strukturwandelbedingter Defizite (alte Last) in der Unfallversicherung anzustreben".

Im Finanzministerium (BMF) macht man keinen Hehl aus der Ablehnung dieser Agrarsubvention. So erhielten auch gewerbliche Berufsgenossenschaften keine Bundeszuschüsse. Eine Rechtsverpflichtung des Bundes wird selbst dann nicht gesehen, wenn eine alte Last dargelegt werden könnte.

Im BMF sieht man auch keine Parallele zur Bergbaualtlast: Dort seien die Produktionskapazitäten abgebaut worden, in der Landwirtschaft sei die Produktionsgrundlage „Boden" im wesentlichen erhalten geblieben. Vor allem aber fürchtet das BMF die Präjudizwirkung auf andere, in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindliche Wirtschaftszweige (oder solche, die künftig hineingeraten). Die Forderung auf Gewährung staatlicher Hilfe könnte immer wieder mit alten Lasten begründet und immer schwerer abgewiesen werden.

IWF-KREDITE

Gegen politische Bedingungen

rtr. Washington

US-Notenbankchef Paul Volcker hat sich gegen die Einführung politischer Kriterien bei der Vergabe von Mitteln des Internationalen Währungsfonds (IWF), insbesondere an Südafrika, ausgesprochen. In einem Brief forderte Volcker den Kongreß auf, entsprechende Änderungsvorschläge zu einem Gesetzentwurf abzulehnen.

Die Einführung politischer Kriterien per Gesetz durch die USA oder andere Länder könne leicht ausufern und letzten Endes die Rolle des IWF als wirkungsvolle wirtschaftliche Institution aushöhlen, schrieb Volcker. Beschränkungen bei der Mittelvergabe des IWF könnten die Funktion der Sonderziehungsrechte als IWF-Währung beeinträchtigen und den IWF gerade in einer Zeit schwächen, in der man versuche, den Fonds zu stärken. Auch könnten andere Länder laut Volcker versuchen, im IWF politische Ziele entgegen amerikanischen Interessen durchzusetzen.

Einer der Änderungsvorschläge sieht die Zustimmung des US-Kongresses vor, bevor die USA für eine Zuteilung von IWF-Mitteln an eines der 146 IWF-Mitgliedsländer votieren dürfen. Der zweite Änderungsvorschlag fordert die Ablehnung jeglicher Kredite für Südafrika oder andere eine Apartheidpolitik praktizierende Länder durch die USA.

Der IWF hatte im Februar eine Erhöhung seiner ausleihungsfähigen Reserven um 47,4 Prozent auf 99 (vorher 66,8) Milliarden Dollar beschlossen, um Entwicklungsländer – insbesondere Brasilien, Argentinien und Mexiko – bei der Bewältigung ihrer finanziellen Probleme zu unterstützen. Auf die USA entfallen 8,4 Milliarden Dollar dieses Sonderbeitrages.

POLEN

Schulden gestundet?

rtr. London

Westliche Banken haben Polen nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter, die bis Redaktionsschluß aber nicht offiziell bestätigt wurde, im Zusammenhang mit einem Umschuldungsabkommen über die Rückzahlung fälliger Auslandsverbindlichkeiten eine Stundung von 1,5 Milliarden Dollar in diesem Jahr fälliger Schulden auf zehn Jahre angeboten. Durch die Verlängerung der im vergangenen Jahr auf sieben Jahre festgelegten Tilgungsfrist um drei Jahre sollen die Gläubigerbanken Polens wachsende Wirtschaftsprobleme berücksichtigen, hieß es.

Allerdings werde Polen nunmehr geringfügig höhere Zinsen zu zahlen haben, als im vergangenen Jahr festgelegt worden seien, obwohl die Eurodollar-Zinssätze, die als Bemessungsgrundlage dienten, gefallen seien. Die Neuvorschläge seien in der vergangenen Woche in Warschau zwischen der sogenannten Arbeitsgruppe der 500 Gläubigerbanken und polnischen Verhandlungsführern erörtert worden.

Bei einer Ausdehnung der Tilgungsfristen solle Polen in diesem Jahr 60 Prozent der 1983 fälligen Zinszahlungen in Form von Handelskrediten zurückerhalten, während im vergangenen Jahr nur die Hälfte der 1982 fälligen Zinszahlungen in dieser Form „erstattet" worden seien, verlautete aus den Bankenkreisen.

Polen, das bei seinen westlichen Gläubigerbanken mit etwa zwölf Milliarden Dollar verschuldet ist und westlichen Regierungen nochmals einen ebenso hohen Betrag schuldet, sieht sich großen Schwierigkeiten ausgesetzt, weitere Hartwährungskredite von seinen Gläubigern zu erhalten.

Doppelte Moral

Von HANNA GIESKES

„Subventionen und Protektionismus schaden mehr als Wettbewerbsverzerrungen durch private Unternehmen." Wenn der Präsident des Bundeskartellamts dies öffentlich betont, gibt er dann nicht zu erkennen, daß er dann nur im Sinn seiner Behörde leise Zweifel hat? Was nützen alle Versuche, Märkte offen und den Wettbewerb lebendig zu halten, wenn anderswo Protektionismus Märkte verschließt und Subventionen jeden Impuls zu Wettbewerb ersticken?

Tatsächlich erscheint es ja wie doppelte Moral, wenn staatliche Wettbewerbspolitik einerseits die Wirtschaft an die Kandare nimmt, wenn aber andererseits derselbe Staat durch Subventionen eben diesen Wettbewerb außer Funktion setzt. Denn nicht nur brauchen sich die Empfänger dann um Konkurrenz und ihre Folgen keine Gedanken mehr zu machen, sondern ihre nicht unterstützten Wettbewerber werden auch in hohem Maße entmutigt: Sie müssen mit ihren knappen Resourcen ja praktisch gegen die Staatskasse antreten.

Nun räumt Wolfgang Kartte gleichwohl ein, daß öffentliche Hilfe dann angebracht sei, wenn es darum gehe, „aus dem Sturzflug einen Gleitflug zu machen": Dieser Staat kann es sich nicht leisten, untätig der Entlassung Zehntausender von Stahl- oder Werftarbeitern entgegenzusehen – die Folgen wären verheerend. Was dieser Staat sich aber leisten sollte, sind deutliche Hinweise auf die Einmaligkeit solcher Beihilfen, sind insbesondere Taten. Dazu zählt auch ein entschiedeneres Auftreten in Brüssel gegen wettbewerbsverzerrende Beihilfen oder protektionistische Praktiken bei den EG-Partnern.

Solange dies nur Gegenstand politischer Sonntagsreden bleibt, solange stellt sich natürlich die Frage, ob es Sinn hat, wenn wir uns eins der strengsten Kartellgesetze der Welt leisten und eine 235-Mann-Behörde zu seiner Durchsetzung. Soll die Wirtschaft für ordnungspolitische Grundsätze geradestehen, denen sich der Staat offenbar immer weniger verpflichtet fühlt?

Es gibt indes gute Gründe, daran festzuhalten. Denn wenn auch die Spielräume der Wettbewerbsbehörde durch staatliche Maßnahmen – etwa beim Stahl – immer mehr eingeengt werden, es bleibt genug zu tun. Da ist zum Beispiel die Bauwirtschaft. Der Kartellamtspräsident ist mit Nachdruck der Unterstellung entgegengetreten, er fasse die entdeckten Kartellsünder mit „Samthandschuhen" an; die Bußgeldbescheide werden ihnen nicht erspart bleiben.

Jeglichem Versuch, die Besonderheiten des Baumarkts, die auch er nicht leugnet, als Rechtfertigung zu werten oder deshalb etwa die gesamte Branche vom Kartellgesetz auszunehmen, ist er ebenso energisch entgegengetreten wie der Vertreter des Bundeswirtschaftsministers. Es gäbe auch keinen Sinn, hier Nachsicht zu üben. Für Bauherren wären die Folgen fatal.

Ähnlich ist es mit der wachsenden Konzentration im Handel. Sie wird markiert nicht nur durch den Versuch der Metro, beim Kaufhof eine Schachtel zu besitzen, sondern auch durch die zunehmende Zusammenarbeit verschiedener Großunternehmen des Handels mit den Zentralen der Genossenschaften beziehungsweise mit Abrechnungskontoren. Hier befürchtet das Bundeskartellamt Nachfragemacht, geeignet, den Lieferanten Daumenschrauben anzulegen.

Die Folgen sind absehbar: Wenn nur noch wenige große Handelsgruppen selbständig einkaufen, dann ist der Tag nicht fern, wo der Wettbewerb um den Verbraucher, der zur Zeit noch verbissen ausgetragen wird, dem Handel nichts mehr bringt. Also wird er, zum Nachteil seiner Kunden, weitgehend darauf verzichten. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, diese Formen der Zusammenarbeit beim Einkauf hinzunehmen, nur weil ordnungspolitische Strenge derzeit nicht ins Gesamtkonzept zu passen scheint.

Wie stünde denn unsere Wirtschaft ohne die Zügel des Kartellgesetzes heute da? Es gäbe kaum noch einen gesunden Mittelstand, sondern Großunternehmen allenthalben – unbewegliche und bürokratisch verwaltete Riesen, denen Konjunktureinbrüche und Strukturanpassungen viel stärker zusetzen als dem flexiblen Mittelständler.

Wären dann die Hilferufe an den Staat nicht noch zahlreicher? Rufe, denen er sich wegen der sozialen Folgen kaum hätte entziehen können? So hat es wohl doch Sinn, auf der Durchsetzung von Wettbewerb zu bestehen – auch und gerade dann, wenn die ordnungspolitischen Sündenfälle überhand nehmen.

AUF EIN WORT



„Die automatisierte Behördenbürokratie ist ein Krebsübel moderner Gesellschaften. Nicht nur weil sie sich überall breit macht – Initiative und Verantwortung erstickt, sondern vor allem, weil sie in ihrer Anonymität die notwendigen Beziehungen zwischen Bürger und Staat zerstört."

Dr. Hildegard Hamm-Brücher, FDP-Bundestagsabgeordnete

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Bund erhöht Zinsen

AP, Bonn

Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze des Bundes bringen wieder höheren Gewinn. Wie das Bundesfinanzministerium in Bonn mitteilte, haben die neuen Bundesschatzbriefe je nach Laufzeit einen Nominalzins zwischen 4,25 und 9,75 Prozent und eine Rendite von 7,61 beziehungsweise 8,09 Prozent. Die Renditen der alten Bundesschatzbriefe lagen bei 7,2 und 7,7 Prozent. Die Verkaufszinssätze der Finanzierungsschätze liegen bei 5,5 und 6,4 Prozent. Ihre Rendite beträgt 5,82 und 7,09 Prozent. Die Renditen der davor ausgegebenen Finanzierungsschätze des Bundes betrugen 5,65 und 6,97 Prozent.

PROTEKTIONISMUS

Handel gegen Erhöhung des Zolls für Zukunftsprodukte

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) wehrt sich gegen Zollerhöhungen für Zukunftsprodukte. Beispielhaft hat BGA-Präsident Hans Hartwig jetzt in Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, dringend davor gewarnt, für die neuen Plattenspieler mit Laserstrahlablesung den EG-Zollsatz auf 19 Prozent zu verdoppeln. Ein entsprechender Vorschlag der EG-Kommission liegt dem Ministerrat vor; eine Einigung konnte dort bisher jedoch noch nicht erzielt werden.

„Ich bitte Sie, keinen Kompromiß einzugehen", schreibt Hartwig an Lambsdorff. Denn damit würde die EG wiederum ein Negativbeispiel mit einem Spitzenzollsatz von 19 Prozent geben. Zum Vergleich erinnert Hartwig daran, daß der Zollsatz in den USA 4,7 Prozent beträgt und in Japan die Einfuhr sogar zollfrei ist.

Über den Einzelfall hinaus weist der BGA-Präsident vor allem auf die grundsätzlichen Wirkungen einer solchen Entscheidung des Ministerrats hin. Er fürchtet nicht nur Vergeltungsmaßnahmen. Das EG-Beispiel könnte auch Nachahmer in anderen Staaten finden und etwa den deutschen Export behindern. Ganz allgemein treffe aber die Behinderung des Handels mit Zukunftsprodukten vor allem den Export von Industriestaaten.

Schließlich machten deutsche Elektrokonzerne geltend, daß sie über die Hälfte ihres Umsatzes mit Produkten erzielen, die erst in den letzten fünf Jahren entwickelt worden seien. „Der Zwang für Innovationen würde durch hohe Zollmauern entfallen", schreibt Hartwig. Selbst der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Eugen Loderer, „hat sich nicht für Zollerhöhungen ausgesprochen".

ENTWICKLUNGSLÄNDER

EG plant Aufstockung der allgemeinen Zollpräferenzen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die schwache Nachfrageentwicklung in der EG läßt nach wie vor wenig Raum für großzügige handelspolitische Gesten, trotzdem hat die Brüsseler Kommission dem Ministerrat auch für 1984 wieder eine Aufstockung der Allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer vorgeschlagen.

So sollen die Kontingente und Plafonds für sogenannte nichtempfindliche Waren im kommenden Jahr linear um zehn Prozent erhöht werden, während bei der Mehrzahl der empfindlichen Erzeugnisse Anhebungen zwischen fünf und 15 Prozent vorgesehen sind. Keine Veränderungen plant die Kommission dagegen bei einigen besonders „gefährdeten" Warengruppen. Dies sind vor allem Stahlerzeugnisse, Schuhe und Lederwaren, bestimmte petrochemische Produkte und Düngemittel.

Vier Warengruppen sollen nach dem Vorschlag der EG-Behörde künftig von der strengeren Einfuhrregelung ausgenommen und auf die Liste der nichtempfindlichen Waren gesetzt werden (Griffe für Besen und Bürsten, Nähmaschinenteile, Kabel und Drähte für Elektrotechnik und Motorfahrzeuge bis zu 1500 Kubikzentimeter), andererseits will die Kommission die Importe von Natriumkarbonaten, Gelatine und Porzellangeschirr stärker kontrollieren als bisher.

Im landwirtschaftlichen Bereich greift die Kommission eine Reihe von Vorschlägen wieder auf, die im vergangenen Jahr am Widerspruch des Ministerrates gescheitert waren; so will sie die Zollfreiheit für die ärmsten Entwicklungsländer auf frische Bananen und Ananas, gefrorene Erdbeeren und bestimmte Fruchtsäfte ausdehnen, für alle anderen begünstigten Länder hat sie Verbesserungen der Präferenzspannen bei insgesamt 65 Erzeugnissen angeregt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

AGRARETAT 84: Plus drei Prozent

in Mrd. DM

Agraretat 1983	5,949
Entwurf Agraretat 1984	6,129

Wichtigste Ausgabenposten im Agraretat 1984

Landwirtschaftl. Sozialpolitik: 3,505 Mrd. DM

darunter u.a.: in Mrd. DM

Altershilfe	Kranken-Vers.	Unfall-Vers.	Landabgaberente
1,960	0,985	0,279	0,258

Agrarstrukturverbess.	Diesel-Verbilligung	Fischerei	Alle Zinsverbilligungsverpflichtungen	Nationale Vorratshaltung
1,155	0,700	0,0568	0,1227	0,100

WVH

Um drei Prozent soll nach den Beschlüssen des Bundeskabinetts im kommenden Jahr der Agrarhaushalt aufgestockt werden. Die Mehrausgaben sind weitgehend auf eine Umstellung des Zahlungsverfahrens bei der landwirtschaftlichen Dieselverbilligung zurückzuführen. Mit 3,5 Milliarden Mark nehmen die Sozialleistungen weit mehr als die Hälfte des Agraretats in Anspruch. QUELLE: WVH

Brasilien: Abkommen mit Währungsfonds perfekt

Brasilia (dpa/VWD) – Brasilien und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben am Montag in Brasilia die Verhandlungen über ein neues Umschuldungsabkommen abgeschlossen. Gleichzeitig kehrte die IWF-Delegation nach Washington zurück. Nach Angaben des brasilianischen Finanzministers Galveas wird die neue Absichtserklärung möglicherweise in den nächsten zehn Tagen unterzeichnet. Von dem neuen Übereinkommen hängt die Auszahlung der zweiten Kredittranche seitens des Fonds in Höhe von 411 Millionen Dollar ab. Diesen Betrag braucht Brasilien dringend, um eine bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel seit Freitag fällige Rückzahlungsrate in Höhe von 400 Millionen Dollar eines Überbrückungskredites von 1,45 Milliarden Dollar zu begleichen. Beobachter in Brasilia rechnen allerdings nicht damit, daß der IWF die zweite Kredittranche sofort freigibt.

Emission überzeichnet

München (VWD) – Die am Montag erstmalig angebotenen 56 000 stimmrechtslosen Vorzugsaktien der Tewidata AG, München, waren so stark überzeichnet, daß vom Konsortium der Zeichnungsschluß vorzeitig erklärt wurde. Wie die Konsortialführerin PM Portfolio Management GmbH mitteilte, beginnt der erste Handel im ungeregelten Freiverkehr in München und Hamburg voraussichtlich am 27. Juli.

Weniger Arbeitslose

Paris (rtr) – Die Zahl der Arbeitslosen ist in Frankreich im Juni dieses Jahres um 1,8 Prozent auf 1 877 700 (Mai: 1 913 000) zurückgegangen. Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosenzahl jedoch nach Angaben des Arbeitsministeriums im Juni um 0,4 Prozent.

Neue Importbestimmungen

Tokio (VWD) – Japan-Exporteure sollen vom ersten August an in den Genuß der von Regierung und Parlament beschlossenen Einfuhrerleichterungen kommen. Dieser Termin wurde jetzt vom japanischen Kabinett festgesetzt. Die geänderten Bestimmungen sehen vereinfachte Zulassungs- und Testverfahren u. a. für importierte Pkw, Medikamente, Elektrogeräte und Nahrungmittel vor. Vom gleichen Datum an können Japan-Exporteure die Zulassungsverfahren für ihre Waren selbständig und ohne die Einschaltung lokaler Vermittler beantragen.

„Freundliches Klima"

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein insgesamt freundliches Investmentklima bei allerdings differenzierter Entwicklung der einzelnen Fondsgruppen registriert der Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften. Im zweiten Quartal 1983 verzeichneten die 112 dem BVI angeschlossenen Publikumsfonds mit netto 505,4 Millionen Mark allerdings deutlich weniger Mittelzuflüsse als im Vorquartal (1,75 Milliarden Mark). Damit erreichten die Zuflüsse im ersten Halbjahr 1983 rund 2,3 Milliarden Mark, während der entsprechende Vorjahreszeitraum noch mit einem Minus von 142 Millionen Mark abgeschlossen hatte.

Erhöhung umstritten

Tokio (dpa/VWD) – Die 32 Geberländer der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) haben am Dienstag in Tokio Beratungen über das geplante neue Hilfeprogramm für die ärmsten Länder der Dritten Welt aufgenommen. Bei der dreitägigen Konferenz geht es um die Festsetzung der nationalen Einzelbeiträge für das Programm der Weltbank-Tochter für die Jahre 1985 bis 1987 sowie um die Neuregelung der Ausleihebedingungen. Gegen den Vorschlag der Weltbank, einer Kapitalaufstockung der IDA um 16 Milliarden Dollar, haben die USA bereits vor Beginn der Konferenz Widerstand angemeldet.

Überschuß erwartet

Berlin (VWD) – Der monatliche Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik wird nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in der zweiten Jahreshälfte ungefähr auf dem Niveau der ersten fünf Monate dieses Jahres (1,1 Milliarden Mark pro Monat) bleiben. Für 1983 insgesamt „errechnet sich somit ein Überschuß in der Größenordnung von 13 Milliarden Mark", heißt es im jüngsten DIW-Wochenbericht. Für die ersten vier Monate registrierten die Wirtschaftsexperten „noch keine Exportbelebung" für die deutsche Wirtschaft.

TEXTILINDUSTRIE

Auftragseingang aus dem Inland deutlich gestiegen

AFP, Frankfurt

Der Auftragseingang der deutschen Textilindustrie hat sich im Mai um knapp sieben Prozent erhöht. Die Belebung der Konjunktur beschränkte sich auf das Inland, wo die Bestellungen um acht Prozent zunahmen, während aus dem Ausland nur um ein Prozent höhere Auftragseingänge vorlagen. Insgesamt brachte der Monat Mai der Textilindustrie einen Auftragszuwachs von fünf Prozent.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres verharrte der Auftragseingang nominal auf Vorjahreshöhe, real mußte ein Minus von zwei Prozent hingenommen werden. Dabei hatte das Auslandsgeschäft nominal einen Rückgang um fünf Prozent, das Inlandsgeschäft eine Zunahme um zwei Prozent.

Wenig gefragt waren bei der Damen-Oberbekleidung Kostüme (minus neun Prozent). Dagegen konnten Damenhosen ein Plus von 9,7 Prozent verbuchen. Den größten Einbruch bei der Herren-Oberbekleidung mußten Sakkos mit einem Minus von 11,7 Prozent hinnehmen. Hier konnten in keinem Bereich Steigerungsraten erzielt werden. Am besten behauptet waren noch Anzüge mit einem Umsatzrückgang von 2,4 Prozent. Den kräftigsten Zuwachs hatten Leibwäschestoff mit einem Plus von 15,4 Prozent, das größte Minus bei der Maschenware Kinderoberbekleidung mit einem Rückgang um 18 Prozent.

Im Textilaußenhandel blieben die Ausfuhren in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit 8,2 Milliarden Mark konstant. Die Einfuhren nahmen um ein Prozent auf 11,4 Milliarden Mark zu, so daß der Einfuhrüberschuß um 64,6 Prozent auf 3,2 Milliarden Mark stieg. Die Beschäftigung in der Textilindustrie verbesserte sich. Während die Zahl der Kurzarbeiter im Mai noch 17 400 betrug, ermäßigte sie sich im Juni auf 14 000.

KAFFEE / US-Experten: Kontrollmechanismen des Abkommens fassen nicht

Produktion steigt, Konsum sinkt

H.-A. SIEBERT, Washington

In der US-Hauptstadt gilt es als sicher, daß der Senat das neue sechsjährige internationale Kaffee-Abkommen, zu dem sich mehr als 70 Nationen durchgerungen haben, ratifizieren wird. Nach ihrer Ansicht fassen die vereinbarten Vermarktungsregeln jedoch nicht, weil langfristige Probleme der Branche nicht gelöst worden sind. Dazu gehört der Rückgang des Kaffeeverbrauchs in wichtigen Importländern ebenso wie der Verkauf von Überschußkaffee zu Preisen, die unterhalb der fixierten Margen liegen.

Ähnlich wie bei Zucker und Kakao rechnet man in den USA mit einem raschen Zusammenbruch des Kartells, das immerhin 21 Jahre lang den Markt einigermaßen stabilisiert hat. Die Lage habe sich jedoch erheblich verändert, wird betont. Die hohe Verschuldung beinahe aller Anbaustaaten unterminiere die Selbstdisziplin und öffne Diskontpreisen Tür und Tor. In den vergangenen drei Monaten seien in der Bundesrepublik, den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten schon Lieferungen aus Nigeria und den Philippinen wegen gefälschter Papiere beschlagnahmt worden.

Nach amerikanischen Kalkulationen haben sich die irregulären Kaffee-Exporte gegenüber 1982 mengenmäßig bei konstantem Verbrauch um 24 Prozent erhöht – ein Zeichen dafür, daß der Kontrollmechanismus nicht funktioniert. Entweder erreichen die Lieferungen nicht die Bestimmungshäfen, oder sie werden insgeheim reexportiert. „Der Deich hat viele Risse", erklärte George Boecklin, Präsident des US-Kaffeeverbandes. Die Erzeugerländer würden alles tun, um harte Devisen zu erhalten.

Das Kernproblem ist der sinkende Kaffeeverbrauch in Europa und Amerika. So trinken heute weniger US-Bürger Kaffee. Zudem ist der tägliche Pro-Kopf-Konsum von 2,9 auf 1,8 Tassen geschrumpft. Wenn der Trend anhält, müssen die Produktionsquoten des Kartells auf Dauer gekürzt werden. Was ebenfalls droht, ist ein Preiskrieg an der gesamten Kaffeefront.

Für die Erntesaison 1983/84 sagt das Landwirtschaftsministerium in Washington die Erzeugung von 95 (1982/83: 82,5) Millionen Sack Kaffee zu jeweils 60 Kilogramm voraus. Davon entfallen auf Brasilien 31,5 (17,8), auf Kolumbien 13 (13,3), auf Indonesien 5 (5,2), auf Mexiko 4 (4,1), die Elfenbeinküste 3,5 (3,7), Uganda 3 (3,2), El Salvador 2,8 (2,9), Guatemala 2,6 (2,5), Indien 2,4 (2,1) und Costa Rica 2,1 (2,3) Millionen Sack.

Damit erreicht die Produktion der zehn größten Anbaustaaten 69,9 (57,1) Millionen Sack. Bei nachgebendem Verbrauch steht mithin immer mehr Kaffee zur Verfügung. Im Juni ist denn auch der Spotpreis am New Yorker Platz auf durchschnittlich 1,26 Dollar je Pfund gefallen. Vor fünf Jahren lag er noch bei 2,30 Dollar. Im Senat fällt die Entscheidung im September.

ITALIEN / Inlandsnachfrage ist weiter gesunken

Belebung nicht vor Herbst

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Inlandsnachfrage hat sich im zweiten Vierteljahr um etwa ein Prozent gegenüber der Vergleichsperiode vermindert, womit sich die Tendenz des Vorquartals (minus 1,1 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahresperiode) weiter fortgesetzt hat. Da eine Nachfragebelebung nicht vor September/Oktober erwartet wird, bedeutet dies, daß in diesem Jahr die Entwicklung ein negatives Vorzeichen behalten wird.

Die Abschwächung des Binnenverbrauchs spiegelt sich in der Industrieproduktion, die im ersten Halbjahr unterhalb der vergleichbaren Vorjahresergebnisse blieb. Besonders markant war die Verminderung in den Investitionsgüterbereichen, die nicht nur den Nachfragerückgang im Inland zu spüren bekamen, sondern auch die schwache Auftragslage im Auslandsgeschäft. Ebenfalls rückläufig war in der ersten Jahreshälfte der Inlandsabsatz der Textil- und Bekleidungsindustrie und der Automobilindustrie, die eine Abnahme von fünf und neun Prozent verzeichneten.

Die Industrieproduktion sank in den ersten vier Monaten um 8,9 Prozent, wobei in den Konsumgüterbereichen die Verminderung 5,4 Prozent und in den Investitionsgüterbereichen 10,8 Prozent betrug.

Durch die schlechte Konjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschärft. Nach Schätzungen liegt jetzt die Arbeitslosenquote nur noch knapp unter zehn Prozent. Wenn man die 0,3 Millionen Firmenangehörigen hinzuzählt, die auf Nullarbeit gesetzt und an die staatliche Lohnausgleichskasse abgestellt worden sind, sogar bei über 12 Prozent. Der Ausnutzungsgrad der Industrieanlagen belief sich im Durchschnitt der Industrie im ersten Halbjahr nur auf etwas mehr als 70 Prozent.

Vor allem der Nachfrageschwäche im Inland ist es zu verdanken, daß das Außenhandelsdefizit in den ersten fünf Monaten nur 6299 Milliarden Lire (rund 11 Milliarden Mark) erreichte, gegenüber einem Fehlbetrag von 8837 Milliarden Lire in der gleichen Vorjahreszeit. Die Einfuhren verminderten sich in der Zeitspanne Januar/Mai gegenüber der Vergleichsperiode um 2,9 Prozent, die Ausfuhren um 2,6 Prozent. Real ergab sich damit in beiden Fällen ein Rückgang um die 10 Prozent. Einen positiven realen Zuwachs in der Ausfuhr erzielten nur die Textil- und die Bekleidungsindustrie, der Maschinenbau und die Chemie.

Analog zu der Entwicklung der Warenbilanz schloß die Zahlungsbilanz in den ersten fünf Monaten mit einem Passivsaldo von 1649 Milliarden Lire gegenüber einem Passivum von 3921 Milliarden Lire in der Zeit von Januar bis Mai 1982. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Währungsreserven der Zentralbank per Ende Mai nach dem Anfang dieses Jahres erreichten Zwischentief wieder erhöht, was vor allem auf die erneut verstärkte Auslandsverschuldung der Kreditinstitute zurückzuführen ist.

LIBANON / Wirtschaftliche Stagnation durch Teilung des Landes und Kämpfe

Bedeutung Beiruts nimmt wieder zu

PETER M. RANKE, Beirut

Die faktische Teilung des Landes und damit vermehrte Kontrollen, Kämpfe in der reichen Landwirtschaftsregion der Bekaa und die verringerten Importe der arabischen Golfstaaten haben in Libanon zu einer wirtschaftlichen Stagnation geführt, die leicht zur Krise werden kann. Nur Banken- und Grundstücksgeschäfte gehen gut.

Aber allein im Mai ist der Export von landwirtschaftlichen und industriellen Gütern, bei denen die Golfstaaten Hauptabnehmer sind, gegen April '83 um 14,2 Prozent auf 265 Millionen Lire (159 Millionen Mark) gefallen. Hauptgrund sind die knapper werdenden Ölgelder am Golf und der Stopp zahlreicher Entwicklungsprojekte. Als Folge mußte letzte Woche das große Eternit-Werk im Norden 300 Arbeiter entlassen. Die „Trans Mediterrean Airways", die Gemüse und Obst nach Saudi-Arabien, Kuwait und in die Emirate fliegt, mußte bereits 404 Angestellten vorsorglich kündigen.

Obwohl in Beirut ein kleiner Teil der Innenstadt, die im „Bürgerkrieg" 75/76 völlig zerstört wurde, rund um Hauptpost und Parlament wieder aufgebaut wird und obwohl zahlreiche Privathäuser und Hotels repariert werden, kann von einem wirklichen Aufbau in Beirut noch nicht gesprochen werden. Regierung und Banken betonen zwar, Kapital und Staatshilfe seien ausreichend vorhanden, aber noch immer fehlen Sicherheit und Glaube an eine friedliche Zukunft als Hauptstadt eines unbesetzten und souveränen Landes. Auch die Abwanderung zahlreicher Fachkräfte in den letzten acht Kriegsjahren und das Fehlen billiger syrischer und palästinensischer Gastarbeiter wirkt sich negativ aus. Aber als Spekulationsobjekt wird Ruinengebiet zu Zehntausenden von Lire pro Quadratmeter gehandelt.

Ein Hoffnungsschimmer ist, daß Beirut allmählich seinen Platz als internationaler Finanzmarkt für Nahost zurückgewinnt. Die arabische Banken-Föderation hat kürzlich entschieden, ihr Hauptquartier wieder nach Beirut zu verlegen. Allerdings kann der Rückgang der libanesischen Bankaktivitäten 1982 (durch den Einmarsch Israels) um 30 Prozent nur durch einen intensiveren Wirtschaftsaufbau wettgemacht werden, für den aber noch viele politische Voraussetzungen fehlen. Als Hindernisse gelten vor allem:

1. Die Bewegungsfreiheit innerhalb Libanons durch die Teilung in eine syrische und israelische Zone ist so begrenzt, daß landwirtschaftliche und industrielle Güter nicht den Haupthafen und Flugplatz Beirut erreichen. Die Zentralregierung hat keine Mittel, Steuern und Abgaben in den besetzten Zonen regelmäßig einzuziehen.

2. Kämpfe in der Bekaa und die Beschießung der Küstengebiete durch prosyrische Milizen hemmen Verkehr und Tourismus am Mittelmeer. Viele neue Hotels stehen fast leer.

3. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten haben zahlreiche Bauprojekte auf Eis gelegt, so daß die libanesischen Zulieferer keinen Absatz mehr haben. Zudem ist der Lkw-Verkehr nach Irak durch syrische Blockademaßnahmen wegen des Golf-Krieges erschwert und verteuert.

4. Die Regierung hat die illegalen Häfen geschlossen und zieht wieder Steuern ein. Dadurch sind alle Importpreise in die Höhe geschnellt, ohne daß Löhne und Gehälter gleichermaßen stiegen. Die Lebenshaltungskosten sind hoch, ebenso die Produktionskosten.

5. Die Wirtschaftslage bietet keinen Anreiz zu neuen Investitionen, höchstens zu Reparaturen. Dazu betreibt die Regierung eine ausgesprochen restriktive Politik gegenüber arabischen Geschäftsleuten.

6. Die Israelis arbeiten in Südlibanon mit Dumpingpreisen bei Import über Haifa, so daß israelische und nicht-libanesische Waren auf den arabischen Markt gelangen, während libanesische Produzenten nicht konkurrieren können. Die Zentralregierung sieht sich gegenüber Syrien und Israel mit offenen Grenzen ohne Warenkontrolle und Zölle konfrontiert.

7. Die libanesische Lira ist weiterhin voll konvertibel. Aber 34 Prozent aller Bankdepositen bestehen in staatlichen Bonds, was die hohe Kreditaufnahme der Regierung widerspiegelt. Das Defizit im Devisenhaushalt kann aber bisher durch Goldreserven und Transfer der Auslandslibanesen und Dienstleistungen gedeckt werden. (SAD)

NICARAGUA / Einbruch bei westlichen Exporten

Zum Ostblock umorientiert

dpa/VWD, Managua

Der traditionelle Fleischexporteur Nicaragua hat im Juli die Ausfuhren gestoppt. Die Trockenheit und die Schwierigkeiten mit der Agrarreform haben den Viehbestand und dessen Qualität beeinträchtigt. Das Fleischangebot ist stark zurückgegangen, der Schwarzmarktpreis gestiegen. Einige Agrarprodukte – unter anderem Zucker, Reis, Speiseöl – sind nur noch auf Gutschein zu erhalten.

Der Zuckerexport stößt auf Schwierigkeiten, weil die USA den Import aus Nicaragua scharf von 58 000 auf 6000 Tonnen gedrosselt haben. Inzwischen ist Algerien eingesprungen, das entsprechende Mengen abnehmen will. Nicaraguas Exportströme haben sich seit der Revolution vor vier Jahren allmählich verändert. Daran läßt sich ein Bestreben nach Unabhängigkeit von den USA und eine Annäherung speziell an den Ostblock ablesen.

Gingen früher über 40 Prozent der Ausfuhren in die USA, sind es heute etwa 25 Prozent. Der Anteil Westeuropas am Export des mittelamerikanischen Staates sank zwischen 1977 und 1982 um sieben Punkte auf 23 Prozent. Der des Ostblocks stieg in der gleichen Zeit von null auf 7,3 Prozent. Die Einfuhr aus den USA sank von 1977 bis 1982 von 29 Prozent der Gesamteinfuhren auf knapp 20 Prozent. Der Ostblock steigerte sich in wenigen Jahren nach offiziellen Angaben von null auf 11,5 Prozent 1982. Auch in diesem Jahr zeigt di[e] Tendenz weiter nach oben.

Das Bruttoinlandsprodukt Nic[a]raguas sank 1982 um offiziell zw[ei] Prozent. Westliche Diplomate[n] schätzen den Rückgang jedoch a[uf] mehr als das Doppelte. Die Uns[i]cherheit über den weiteren inne[n]politischen Kurs hat private Inv[e]stitionen praktisch zum Erliege[n] gebracht. Die schwierige Lag[e] spiegelt sich auch auf dem Arbeit[s]markt: 1982 waren nach offizielle[n] Statistiken rund 20 Prozent der a[r]beitsfähigen Bevölkerung unb[e]schäftigt. Die Inflationsrate lag b[ei] 24,8 Prozent.

Die Gründe für die Krise sin[d] hausgemachter und äußerer Natu[r]. Die hohen Militärausgaben rech[t]fertigen die regierenden Sandin[i]sten mit der Bedrohung von außer[.] Dazu kommen die wirtschaftspol[i]tische Blockade der USA und da[s] Erbe der vorrevolutionären Ze[it]. Weitere negative Faktoren sind di[e] ausufernde Bürokratie im staatl[i]chen Sektor sowie fallende Wel[t]marktpreise für die Exportprodu[k]te Zucker, Kaffee und Baumwol[le,] die Naturkatastrophen des verga[n]genen Jahres und die etwa 3,5 Mi[l]liarden Dollar (8,75 Milliarde[n] Mark) Auslandsschulden.

Nicaragua mußte 1982 fast 5[...] Prozent der Exporterlöse von 4[...] Millionen Dollar (etwa eine Millia[r]de Mark) für den Schuldendien[st] aufwenden. Die Handelsbilanz wa[r] laut Regierung mit 370 Millione[n] Dollar (920 Millionen Mark) in de[n] roten Zahlen.

SCHWABENGARAGE / 15 Prozent Plus anvisiert

Ford-Programm zieht wieder

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nach einer Umsatzsteigerung um 24,5 Prozent in der ersten Jahreshälfte 1983 glaubt die Schwabengarage AG, Stuttgart, der Welt größter Ford-Händler, auch für das zweite Halbjahr gute Karten auf der Hand zu haben. Für das ganze Jahr hat sich das Unternehmen einen Umsatzanstieg um 15 Prozent zum Ziel gesetzt. Nach Worten des Vorstandssprechers Lothar Pulvermüller sei die Kostenstruktur inzwischen so, daß man bereits mit einem leichten Umsatzsprung überproportional in die Gewinnzone komme.

Befriedigt zeigt er sich über die Ford-Modellstrategie. Nach dem überaus erfolgreichen Start des „Sierra" werde auch der kommende „Orion" in eine echte Marktlücke stoßen. Von dem für das nächste Jahr erwarteten „Granada"-Nachfolger verspreche man sich eine ähnliche „Revolution" wie beim „Sierra", der das Ansehen der Ford-Produkte wieder auf die Beine gestellt habe.

Im Geschäftsjahr 1982 hatte die Schwabengarage mit 13 717 neuen Fahrzeugen 4,1 Prozent weniger als im Vorjahr ausgeliefert. Wachstum verbuchte man im Baumaschinengeschäft – durch ein erweitertes Verkaufsgebiet –, bei Gebrauchtfahrzeugen, Motorrädern (Honda) und im Leasing-Sektor. Somit verbesserte sich der Umsatz der Schwabengarage um 7,2 Prozent auf 389 Mill. DM, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß zwei Autohäuser – Pforzheim und Frankfurt – mit insgesamt 25 Mill. DM Umsatzanteil übernommen worden sind.

Aufgehellt hat sich auch die Ertragslage, denn es wird ein auf 0,98 (0,75) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß ausgewiesen, aus dem eine von 5 auf 6 Prozent erhöhte Dividende auf 15 Mill. DM Grundkapital gezahlt wird. Schachtelbeteiligungen halten die Gothaer Versicherungsbank, die Stuttgarter Straßenbahnen AG und die Suevia Verwaltungsgesellschaft mbH. Der Gewinn je Aktie (vor Steuern) wird mit 13,40 (8,03) DM angegeben. Investiert wurden in Sachanlagen – ohne Leasing – 14 (6) Mill. DM und abgeschrieben 7 (5) Mill. DM.

Katag: Positive Umsatzentwicklung

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Durchschnittlich um 1,5 Prozent gingen 1982 die nominellen Umsätze im Textileinzelhandel zurück, real sogar um 6 Prozent. Diese Umsatzeinbuße lag damit höher als die des Vorjahres mit auch bereits 4 Prozent. Relativ gut hielten sich dabei die in der „Katag grupe top textil" zusammengeschlossenen Fachhändler, die an 315 inländischen und 87 ausländischen Standorten insgesamt 2,58 (2,48) Mrd. DM umsetzten. Unbefriedigend blieben aber auch hier die Betriebsergebnisse.

Die Katag AG, Bielefeld, konnte dagegen ihre Position als Einkaufsverband gegenüber ihren Mitgliedern verbessern. Die Bezugsquoten der Kooperationspartner erreichten inzwischen fast 55 Prozent, der Gesamtumsatz der Verbandszentrale konnte im Geschäftsjahr 1982/83 (28. 2.) um 9 Prozent auf 590 (542) Mill. DM gesteigert werden. Infolge eines erhöhten Aufwandes für Wertberichtigungen ging jedoch der Jahresüberschuß leicht auf 1,8 (1,98) Mill. DM zurück. Er läßt jedoch eine Dividende von 8 (7,5) Prozent auf das 15-Mill.-DM-Grundkapital zu.

Im ersten Halbjahr 1983 verlief die Umsatzentwicklung in den Anschlußhäusern etwas positiver als im Vorjahr. Das nominelle Plus lag bei 2,5 Prozent, mit unterschiedlichen Ergebnissen in den einzelnen Sortimentsbereichen.

Stauder wieder mit gutem Ergebnis

H. BAUMANN, Essen

Ein kleines, aber feines Premium-Bier erzeugt sie – die Privatbrauerei Jacob Stauder, Essen. Als Unternehmensziel hat sie sich gesetzt, nie mehr als 500 000 Hektoliter zu produzieren – wobei der Zeitraum allerdings nicht genau erklärt wird. Im Geschäftsjahr 1982, so Mitinhaber Claus Stauder, konnte das Betriebsergebnis bei 57 Mill. Mark Umsatz (plus 9 Prozent) weiter verbessert werden. Investiert wurden 1982 3,15 (2,86) Mill. Mark – voll durch Abschreibungen und Eigenmittel finanziert.

Stauder, die ihr Bier in der obersten Preisklasse anbieten und als ein typisches Bier der gehobenen Gastronomie gelten, werden in Kürze bei der Borbecker Kronen-Brauerei – zu 95 Prozent im eigenen Besitz – die Herstellung von Dampfbier aufnehmen. Entsprechend wird das Haus künftig firmieren: Borbecker Dampf-Bierbrauerei. Bei der Rheingold Brauerei in Rheinhausen hält Stauder 50 Prozent. Auch hier soll ein neues, anspruchsvolles Unternehmenskonzept realisiert werden. Stauder ist zudem maßgeblich an der gut-Malztrunk GmbH beteiligt.

Stauder wird inzwischen bei mehreren deutschen Privatbrauereien als Premium-Marke zur Abrundung des Sortiments nach oben geführt. Das Essener Privathaus beschäftigt 245 Mitarbeiter.

HAPAG-LLOYD / Opposition angemeldet

Kleinaktionäre machen mobil

J. BRECH, Hamburg

Die Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre (SDK) hat für die Hauptversammlung der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, am 18. August in Hamburg Opposition angemeldet. Sie fordert alle Kleinaktionäre auf, Vorstand und Aufsichtsrat der Reederei-Gruppe die Entlastung zu verweigern. Am Grundkapital der Hapag-Lloyd AG sind die freien Aktionäre noch mit rund 12 Prozent beteiligt. Jeweils mehr als eine Schachtel halten die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Veritas Vermögensverwaltung (Allianz und Münchner Rückversicherung).

Die Gegenanträge werden damit begründet, daß der Aufsichtsrat die Expansionspolitik der Reederei gebilligt habe, ohne rechtzeitig für entsprechende Managementkapazitäten und genügend Eigenkapitalausstattung zu sorgen. Nach dem Scheitern des Konzepts habe der Aufsichtsrat zu spät und nur zögernd gehandelt.

Dem Vorstand wirft die Schutzvereinigung vor, daß er dem „Ziel der Expansion unter erschwerten Wirtschaftsbedingungen nicht gewachsen war". Die Verwaltung habe ihre Fehleinschätzungen beim Erwerb der Bavaria/German Air und der Spedition Pracht sowie unerwartete Verluste durch die Übernahme von Teilen der Bremer Reederei DDG „Hansa" zugegeben. Inzwischen seien die Reserven verbraucht, ohne daß die bisherigen Strukturbereinigungsmaßnahmen Erfolgaussichten erkennen ließen.

Die Hauptversammlung der größten deutschen Reederei soll zwei Kapitalherabsetzungen bei gleichzeitiger Wiederaufstockung beschließen. Zugleich stehen zahlreiche Neuwahlen zum Aufsichtsrat an. Als neue Mitglieder auf der Anteilseignerseite werden Werner Bartels (Thyssen Industrie AG), Manfred Emcke, Eckard van Hooven (Deutsche Bank), Heinz Ruhnau (Lufthansa), André Leysen (Agfa Gevaert), Hermann Josef Strenger (Bayer AG) und Günter Vogelsang vorgeschlagen. Neuer AR-Vorsitzender dürfte Christoph von der Decken (Dresdner Bank) werden.

SAARBERGWERKE / Nach Wechselbad Furcht vor einem noch schwierigeren Jahr

Kein Solidaritätsbeitrag von der Saar

J. WEBER, Saarbrücken

Rudolf Lenhartz, Vorstandschef der Saarbergwerke AG, Saarbrücken, lehnt einen Solidaritätsbeitrag des Saarlandes zu eventuellen Zechenstillegungen im deutschen Kohlebergbau rundweg ab. „Die Erhaltung der Förderkapazität auf unseren sechs Standorten ist mit sehr geringen Investitionen sicherzustellen; selbst ein Hochfahren der Förderung wäre damit möglich. Wir müssen nicht mittelfristig erschöpfte Lagerstätten durch Anschlußbergwerke ersetzen und dafür eine neue Infrastruktur schaffen", umreißt er die Vorteile der Saar gegenüber der Ruhr-Konkurrenz.

Nach Lenhartz Ansicht kann die Kohle ihre Position im Energiemarkt durchaus behalten. Hier habe es auch 1982 keine abrupten Änderungen gegeben. Zu einem Einbruch sei es lediglich auf dem Markt für Kokskohle – im Gefolge der Probleme der Stahlindustrie – gekommen. Das bedeute aber noch keine grundsätzliche Wende.

Der Absatzrückgang um eine halbe Million Tonnen in diesem Bereich traf freilich auch Saarberg in einer Situation, da sich das Unternehmen gerade auf einen erhöhten Kohlebeitrag zur Gesamtenergieversorgung eingestellt hatte. Auch dieser Absatzkanal wird angesichts der Ölpreissituation bis auf weiteres kaum wachsen. „Wir mußten quasi aus der Beschleunigung heraus bremsen", beschreibt Lenhartz das Wechselbad des letzten Jahres.

Besserung zeichnet sich vorerst kaum ab. Nachdem das Stahldebakel erst im zweiten Halbjahr 1982 voll wirksam wurde (während die Lieferungen an die Kraftwirtschaft 1982 sogar noch auf 5,4 (5) Mill. Tonnen stiegen), ziehen bereits neue Wolken auf. Sorgen bereitet speziell die französische Stahlindustrie, die schon 1982 mit einer Abnahme von 270 000 t ihren Langfristvertrag sehr schlecht erfüllt hat und 1983 kaum auf mehr als 200 000 t kommen wird.

Aber auch bei anderen französischen Kunden ist Saarberg sich seiner Vertragsvolumen nicht mehr ganz sicher, zumal in Frankreich die offenkundige Neigung besteht, Absatzeinbußen der eigenen Kohleindustrie zu Lasten der Importe auszugleichen. Überdies ist der Großabnehmer „DDR" zunächst ausgefallen. Eine Ergebnisverschlechterung ist zumindest nicht auszuschließen.

Die aber könnte Saarberg kaum mehr gebrauchen. Denn schon 1982 ist der Jahresfehlbetrag des Konzerns auf 88 (70) Mill. DM gestiegen, die AG kam auf ein Minus von wieder 89 Mill. DM. Am Umsatz lag es freilich nicht: Er stieg im Konzern um gut 5 Prozent auf 6,2 (5,9) Mrd. DM. Auch der Kohlebereich (2,1 Mrd. DM Umsatz) erzielte wieder ein deutlich positives Ergebnis, obwohl der Absatzrückgang auf 10 (10,3) Mill. Tonnen bei einer Steigerung der Förderung auf 11 (10,8) Mill. Tonnen zwangsläufig zu einer Aufstockung der Halden auf 2,3 (1,4) Mill. Tonnen führte.

Bei einer Rücknahme der Produktion auch durch neun Kurzarbeitstage auf 10,2 Mill. Tonnen in diesem Jahr befürchtet Lenhartz allerdings einen Rutsch auf ein nur noch schwach ausgeglichenes Kohleergebnis.

Doch 1982 lagen die Verlustquellen der AG noch anderswo:

- Der Mineralöl- und Handelsbereich (3,5 Mrd. DM Umsatz) geriet branchenüblich in die Klemme zwischen hohem Öleinstandspreis und fehlenden Produkterlösen. Belastungen entstanden auch durch die Neuordnung des Bereichs unter dem Dach der Saarberg Öl und Handel GmbH. Der Verlust erreichte 59 Mill. DM.
- Die Gewinnübernahmen gingen auf 55 (86) Mill. DM zurück, die Verlustübernahmen stiegen auf 91 (62) Mill. DM. Bei Beteiligungserträgen von 6 (4) Mill. DM bleibt hier ein Negativsaldo von 58 Mill. DM. Der dabei besonders gravierende „Beitrag" des Diversifikationsbereichs Werkzeuge von 35 Mill. DM soll in diesem Jahr halbiert werden.
- Die ergebniswirksamen öffentlichen Bergbauhilfen gingen um 68 Mill. DM zurück (Lenhartz: „Ein Signal auch für die Zukunft").

Dagegen konnten die positiven außerordentlichen Einflüsse – 73 Mill. DM aus der Korrektur der groben Festwerte und 31 Mill. DM (davon 28 Mill. DM gleich wieder neutralisiert) aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen – wenig ausrichten.

SALZGITTER

Ruhrkohle-Paket wird angeboten

dpa/VWD, Salzgitter

Der bundeseigene Salzgitter-Konzern beabsichtigt, seine Beteiligung an der Essener Ruhrkohle AG von knapp elf Prozent zu verkaufen. Dies wurde von Salzgitter auf Anfrage mitgeteilt. Bereits seit einiger Zeit würden Gespräche über eine Veräußerung des Ruhrkohle-Pakets mit Interessenten geführt. Namen wollte ein Konzernsprecher nicht nennen. Nicht dementiert wurde allerdings, daß die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund am Erwerb des Ruhrkohle-Pakets interessiert ist.

Interesse könnte auch der Düsseldorfer Veba-Konzern an der Salzgitterbeteiligung haben. Veba möchte, wie ein Firmensprecher bestätigte, nach wie vor seine Ruhrkohlebeteiligung von derzeit 27 Prozent aufstocken, wobei keine Mehrheitsbeteiligung angestrebt werde. Allerdings sei beim Veba-Konzern bislang von Salzgitter keine Offerte eingegangen. Würde dieser Fall eintreten, so der Sprecher, werde man ihn ernsthaft prüfen.

Der von Salzgitter geplante Verkauf des Ruhrkohle-Pakets dürfte, mit früheren Ankündigungen des Vorstandes zusammenhängen, zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und für Strukturveränderungen Reserven mobilisieren. Man wolle sich von nicht betriebsnotwendigen Anlagen und Kapitalien trennen, hieß es. Die Mittel aus dem Verkauf solcher Objekte sollen auf die eigentlichen Schwerpunkte des Konzerns konzentriert werden. Vor allem im Stahlsektor und im Schiffsbau seien Löcher zu stopfen.

NAMEN

Horst von Seidel, Generalbevollmächtigter und Mitglied der Geschäftsleitung des Bankhauses Merck, Finck & Co., feierte am 18. Juli den 60. Geburtstag.

Dr. Werner Lamby (58), Vorstandsmitglied der Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG), Berlin-Bonn, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Saarbergwerke AG, Saarbrücken, gewählt. Er ist Nachfolger von Staatssekretär a. D. **Dr. Manfred Schüler**.

Dr. Heinrich Ahrens, Mitbegründer der Bremer Versicherungs-Firmengruppe Ahrens, Drechsler & Dettmann, Carl Bölken Söhne, H. W. Schulte und A. Fr. Wickeland, vollendet am 21. Juli das 80. Lebensjahr.

Dr. Sieghardt Rometsch, Mitglied des Vorstandes der Landesgirokasse, Stuttgart, hat eine Berufung als persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Trinkaus + Burkhardt, Düsseldorf, angenommen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Cloppenburg: Heinrich Breukers, Fleischer, Holtinghausen; **Coesfeld:** RIF Lederfabrik Reerink u. Flues GmbH & Co. KG, Vreden; **Duisburg:** Nachl. d. Charlotte Wisotzke, Oberhausen; **Kiel:** Nachl. d. Gerhard Lindenau, Redakteur, Heikendorf; Nachl. d. Peter-William August Petersen, Gärtnermeister, Kronshagen; **Nordhorn:** Cohn Ladenbau GmbH, Neuenhaus; **Regensburg:** Nachl. d. Paul Frank; **Siegburg:** Nachl. d. Karl Robert Friedrich Müller, St. Augustin; **Stadthagen:** Wilhelm Rust u. Co. GmbH u. Co. KG, Hagenburg; **Straubing:** Lermer GmbH; **Stuttgart:** Nach. d. Maria Krämer geb. Schwarz; **Trier:** Zweigler Modelle A. Kaumanns GmbH u. Co. KG, Wasserliesch.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Iserlohn: J. H. Rud. Giese GmbH & Co. KG, Hemer-Westig; Giese Verwaltungsges. mbH, Hemer-Westig.

Vergleich eröffnet: Kaufbeuren: Prestele Georg, Inh. e. Fachbetriebes f. Elektroinstallationen, Bidingen.

Vergleich beantragt: Freiburg i. Br.: Grenzland-Technik Werner Dehler GmbH, Ballrechten-Dottingen; **Wetzlar:** Osswald GmbH, Büroeinrichtungshaus, Wetzlar-Garbenheim; Druckhaus Osswald Verlagsges. MmbH, Wetzlar-Garbenheim.

MBB / Neuorganisation der Führungsspitze nur Beginn heftiger Turbulenzen

Durststrecke noch etwa zwei Jahre

DANKWARD SEITZ, München

Auf heftigste Turbulenzen in den kommenden Jahren bereitet der erst seit Mitte Januar 1983 amtierende Vorstandsvorsitzende der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, Ottobrunn, den Luft- und Raumfahrtkonzern vor. Nur ein erster Schritt in diese Richtung, so Hanns Arnt Vogels, sei die vor wenigen Tagen beschlossene Neuorganisation in der Führungsebene: Zusammenfassung der Unternehmensbereiche Hubschrauber und Flugzeuge sowie Marinetechnik und Apparate zu jeweils einer Gruppe und Berufung deren Leiter – Carl Peter Fichtmüller und Günther Kuhlo – sowie den Leiter des Unternehmensbereichs Raumfahrt, Othmar Heise, in die Geschäftsführung. Ausscheiden werden der frühere MBB-Chef Prof. Gerzuletzt stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung, und Max Dronsek.

Die Zielsetzung Vogels für die nähere Zukunft heißt: Maximale Nutzung aller Synergieeffekte zwischen den Unternehmensbereichen, übergreifende Systembearbeitung, Straffung der Organisation sowie eine Zusammenfassung der Gesamtkapazitäten im Bereich Raumfahrt, die heute noch auf MBB und die Erno Raumfahrttechnik GmbH verteilt sind. Auch wenn die kommenden Jahre hart werden sollten, glaubt Vogels damit die Weichen für MBB auf Umsatzsteigerung und Ertragsoptimierung richtig gestellt zu haben.

Erst für die zweite Hälfte der 80er Jahre zeichnen sich nach Ansicht Vogels wieder bessere Zeiten für MBB ab. Zwar läuft die Produktion des Kampfflugzeuges „Tornado" für die Bundeswehr noch auf vollen Touren. Aber im Entwicklungsbereich droht erheblich früher ein Loch, wenn nicht bald von den Militärs grünes Licht für die Entwicklung des „Jägers 90" gegeben wird. Vogels hofft, daß bis Ende 1983 der Anforderungskatalog für den Luft/Luft-Jäger vorgelegt wird und dann die Verhandlungen darüber aufgenommen werden können. Für die Entwicklung des neuen Panzerabwehr-Hubschraubers PA 2, von dem alleine die Bundeswehr über 200 Stück abnehmen will, erwartet MBB noch 1983 den endgültigen Auftrag.

Auch auf dem zivilen Flugzeugsektor, wo MBB mit der Tochter VFW am Airbus-Programm beteiligt ist, stellt man sich auf härtere Zeiten ein. Wie die gesamte Branche leidet auch der Airbus unter der geringen Nachfrage der Airlines. Bisher wurden 352 Stück fest verkauft und davon 226 ausgeliefert. Kaufoptionen bestehen noch für 101 Maschinen. Produziert werden sollen bis 1986 wegen der Marktschwäche nur fünf Maschinen pro Monat.

Rationalisierungen und Umstrukturierungen auf diesem Sektor bezeichnete Vogels als unumgänglich. Bereits 1982 mußte MBB von VFW einen Verlust von 55 (-) Mill. DM übernehmen. Allein bei dem Airbus-Programm sei ein Betriebsverlust von 130 (110) Mill. DM angefallen. 1983 werden es den Schätzungen zufolge sogar fast 200 *Mill. DM* sein. *Dies stelle* aber, so Vogels, den Kulminationspunkt dar, denn 1984 werde es dann wieder besser werden. 1986 soll ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden. Die Durststrecke im zivilen und im militärischen Bereich (Umsatzanteil 46 bzw. 64 Prozent) will Vogels durch eine aggressive Verkaufspolitik weitgehend überbrücken. Große Hoffnungen setzt er auf eine weitere Lockerung der bisher restriktiven Genehmigungspraxis im wehrtechnischen Bereich und vor allem auf eine Anpassung der Exportfinanzierungssicherung an den internationalen Standard. Daneben soll in den kommenden Jahren mit einem um mindestens 10 Prozent höheren Forschungs- und Entwicklungsaufwand – 1982: rund 200 Mill. DM netto – die Entwicklung neuer Produkte forciert werden.

Im Zahlenwerk 1982 schlagen sich die bevorstehenden Schwierigkeiten, sieht man einmal von dem Rückgang der Gesamtleistung ab, noch nicht nieder. Bei aller Ausschöpfung der Risikovorsorge und einer Stärkung der Reserven – allein in die offenen Rücklagen flossen 37,5 Mill. DM – konnte der Jahresüberschuß um noch 2,7 Prozent gesteigert werden. An die Gesellschafter werden 6 (8) Prozent Dividende auf das Stammkapital von 378 Mill. DM ausgeschüttet. Wie Finanzchef Johannes Broschwitz zugibt, wären auch wieder 8 Prozent möglich gewesen. Für 1983 erwartet Vogels einen Umsatz in der Größenordnung des Vorjahres und ein ausgeglichenes Ergebnis „ohne kosmetische Maßnahmen".

MBB-Konzern	1982	±%
Umsatz (Mill. DM)	5 678	+ 18,0
dav. Flugzeugbau	3 187	+ 19,0
Wehrtechnik	1 469	+ 21,5
Hubschrauber	520	+ 26,8
Raumfahrt	267	– 15,2
Sonstiges	235	– 0,8
Gesamtleistung	5 437	– 1,6
Mitarbeiter[1]	38 494	– 3,5
Sachinvestitionen	315	– 15,1
Abschreibungen	198	+ 16,8
Brutto-Cash-flow[2]	368	+ 12,1
Netto-Cash-flow[3]	268	+ 7,2
Jahresüberschuß	60	+ 2,7
Bilanzsumme	5 708	+ 12,1
Eigenkapital	567	+ 7,2

[1] Ende 1982 inkl. Bayern Chemie; [2] Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuf./Aufl. von Sonderposten mit Rücklagenanteil + EEV-Steuern + Zuf. Pens.-Rückstellungen; [3] ohne EEV-Steuern.

DIEHL-GRUPPE

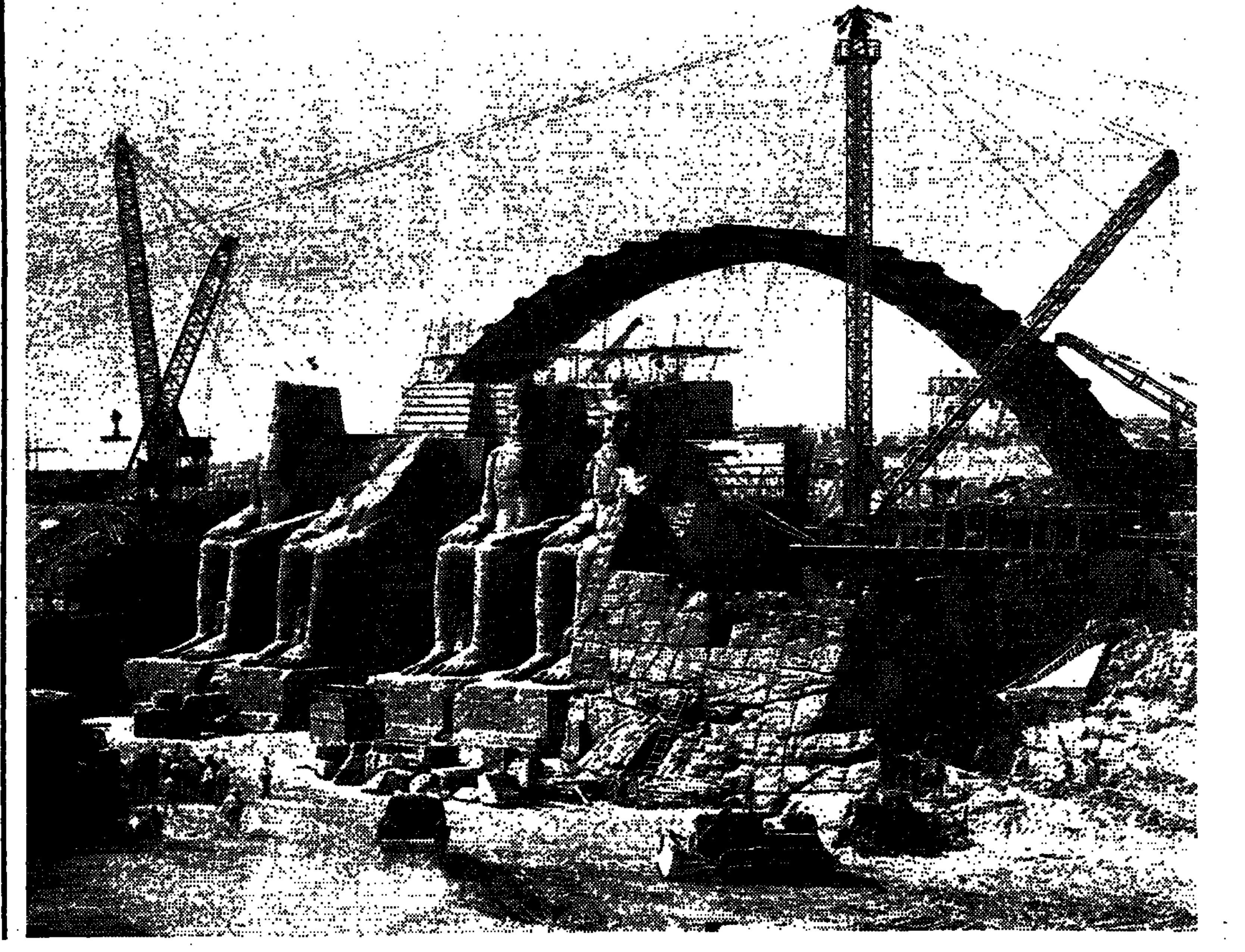
Einigermaßen ausgelastet

dpa/VWD, Nürnberg

Die Diehl-Gruppe, Nürnberg, hat im Geschäftsjahr 1982 ihren Umsatz um 13 Prozent auf 1,8 Mrd. DM steigern können. Auch das Ergebnis konnte, allerdings nicht so stark, verbessert werden. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden des Familienunternehmens, Peter Stehle, sind die Kapazitäten im laufenden Geschäftsjahr „einigermaßen ausgelastet". Die Auftragseingänge lägen zwar höher als im Vorjahr, in der Gruppe jedoch noch immer unter den Umsätzen. In den zivilen Bereichen, wo der Auftragseingang den Umsatz wieder übersteigt, werde mit einem Wachstum von 6 Prozent gerechnet.

Dies werde aber nicht ausreichen, um das erwartete Umsatzminus in der Wehrtechnik und das Ausscheiden des Bereiches Elektronische Bauelemente aus dem Konsolidierungskreis zu kompensieren. In der Gruppe sei der Umsatz in den ersten sechs Monaten 1983 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um drei Prozent zurückgegangen. Geplant seien für das Gesamtjahr 1,65 bis 1,7 Mrd. DM. Wachsen werde Diehl wegen der leeren Kassen der öffentlichen Hand zwangsläufig außerhalb der Wehrtechnik, die 1982 mit 685 Mill. DM einen Umsatzanteil von 37 (34) Prozent erreichte und 1983 rund 30 Prozent der Umsätze stellen soll.

Bei der Uhren-Tochter Junghans - Umsatz 110 nach 120 Mill. DM - haben sich die Erwartungen nicht erfüllt. Hier wurden 1982 noch rote Zahlen geschrieben. Bei Bearbeitungsmaschinen wurden die Vorjahresumsätze übertroffen, bei meßtechnischen Geräten war der Geschäftsverlauf zufriedenstellend. Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich bei Diehl im Jahresdurchschnitt um 8 Prozent auf 13 370. Das Investitionsvolumen soll 1983 um 10 bis 15 Prozent über dem Vorjahr (64,8 Mill. DM) liegen.



Aktien überwiegend behauptet

Sonderbewegungen bei Degussa und Preussag

An der Dienstagbörse war die Umsatztätigkeit am Aktienmarkt weiter schleppend. Weder Ausländer noch inländische Großanleger zeigten sonderliches Interesse, dafür sorgte vor allem die Zinsungewißheit und, wie von einigen Banken berichtet wird, auch politische Irritationen über den Standpunkt der Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß.

Neue Hinweise auf Gewinnchancen, die sich für Degussa als Hersteller von Katalysatoren durch die bevorstehende „bleifreie" Zeit bei den Kraftfahrzeugen ergeben, sorgten hier für einen Kursanstieg um vorübergehend 7 DM. Spätere Gewinnmitnahmen ließen das Papier aber um 4 DM zurückfallen. Zu einer weiteren Sonderbewegung kam es bei der Preussag, wo der Kurs unter lebhaften Umsätzen um 8 DM auf 270 DM angehoben wurde. In Börsenkreisen vermutete man als Käufer einen Rohstofffonds. Schering-Aktien schlossen mit 353 DM nur um 3 DM fester als am Freitag. Großbankaktien lagen gut behauptet, die beiden bayerischen Institute konnten Kursgewinne von 3 bis 4 DM buchen.

Düsseldorf: Die Börse präsentierte sich in einer uneinheitlichen Verfassung, wobei vor allem Maschinenbauwerte stärker unter Druck gerieten. So schlossen Dahlbusch VA mit 510 DM (minus 10 DM), Rheag mit 405 (minus 5 DM) und Schubsa verminderten um 1,50 DM auf 72,50 DM. Stahl Bochum stockten um 3 DM auf 183 DM auf. Rheinwestkalk verbesserten sich um 9,50 DM auf 235 DM und Köln-Düsseldorfer um 5 DM auf 260 DM.

Frankfurt: Von Spezialaktien konnten sich Steigenberger um 20 auf 1460 DM verbessern. Binding gaben um 8 DM auf 265 DM nach. Effektenbank stiegen um 10 DM auf 375 DM und Deutsche Conti Rückversicherung Namensaktien um 40 DM auf 980 DM. Das Bezugsrecht Wibau lag mit 20,40 DM auf der rechnerischen Parität bei einem Umsatz von 8880 Bezugsrechten.

Hamburg: Hageda mußten weiter auf 115 DM (minus 5 DM) und Orenstein u. Koppel auf 223 DM (minus 2 DM) zurückgenommen werden. HEW lagen nach Schwankungen bei 103 DM (minus 1 DM) und NWK-Vz. unverändert bei 163 DM. Phoenix Gummi gingen zu 144 DM (minus 1 DM) aus dem Markt. Haller Meurer schwächten sich erneut stärker um 7,50 DM auf 145,50 DM ab. Beiersdorf konnten sich um 1 DM auf 349 DM und Holsten Brauerei um 2 DM auf 263 DM verbessern.

München: Audi NSU verminderten um 4 DM auf 274 DM und Grünzweig u. Hartmann um 5 DM auf 158 DM. Spinnerei Kolbermoor gaben um 7 DM auf 918 DM nach und Otto Stumpf um 1,50 DM auf 37 DM. Aufstocken konnten Ekatit um 1,50 DM auf 96,50 DM und Gehe AG um 4 DM auf 211 DM.

Berlin: Bergmann lagen um 6 DM fester. Herlitz Vorzüge verbesserten sich um 3 DM und Berthold um 1,50 DM. Herlitz Stämme büßten 4 DM, DeTeWe und DUB-Schultheiss je 3 DM, Orenstein 2 DM und Kempinski 1 DM ein.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

DM-Anleihen

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 19. 7.: 688 Optionen, 35 950 (50 450) Aktien, davon 111 Verkaufsoptionen = 6050 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-75/4, 10-80/3, 185-340,4-85/6, 4-90/390, Siemens 10-360/14,40, 1-360/21,20, 1-370/17, 1-390/7,30, 4-360/38, 4-410/10, Veba 10-180/8,70, 1-160/28, 1-180/24,40, 1-190/8, 4-170/21,20, BASF 10-150/6,40, 10-155/5,50, 10-160/3,50, 1-150/12,15, 1-160/8,90, 4-150/17,65, 4-160/19,40, Bayer 10-146/9, 1-136/17,70, 1-146/13,80, 1-150/9, 1-160/6,90, 1-166/4,80, 4-170/6,40, 4-180/4, Hoechst 10-160/5, 10-170/3,60, 1-134,50/39,50, 1-150/14,80, 1-160/8, VW 10-170/39,50, 10-180/20, 10-190/14, 10-200/9,80, 10-220/4,80, 1-190/19,70, 1-210/13, 4-200/23,69, 4-220/11, 4-230/8, Conti 10-90/21, 10-100/15, 10-110/8,50, 10-120/4,90, 1-90/25, 1-95/22,20, 1-100/19, 1-110/11,90, 1-120/10, 4-110/18, 4-120/12, Lufthansa 1-130/6, Lufthansa Vorz. 10-130/4, Commerzbank 10-170/14, 10-180/8,80, 10-190/4, 1-180/17, 1-210/6, 4-200/12,90, Deutsche Bank 1-330/28,80, 1-390/4,70, 4-410/6, Dresdener Bank 10-200/3,50, 1-180/30, 1-200/7,40, Hoesch 10-50/3,60, 10-55/2,40, 1-50/17,30, 1-55/6, 1-60/2,50, 4-60/5, 4-65/2,60, Mannesmann 10-150/6, 1-150/10,40, 1-160/6,65, 1-170/3,50, 4-160/10, 4-180/5, Thyssen 10-80/2,50, 1-80/7, 1-85/63, 1-90/4, 1-95/2, 4-75/13,90, 4-80/12,40, 4-85/7, Babewag 10-100/5,50, BBC 10-210/9,40, Deutsche Babcock 10-170/12,60, Degussa 10-370/30, 1-360/33, 1-380/22, 1-400/15, GHH 10-170/6, 1-160/16,40, Harpener 1-290/8, Kaufhof 4-260/24, Klöckner 10-40/5, 1-45/3, Linde 1-400/18, Metallges. 1-250/5, 4-240/15, 4-250/9 RWE 10-180/2,05, 1-170/13,90, RWE Vorz. 4-180/12, Schering 10-370/5, 1-380/12,40, Chrysler 10-85/7, 10-90/4, 1-80/5,40, 1-90/8,70, Xerox 1-120/10, Philips 10-45/390, 4-50/5,40, Royal Dutch 1-120/11,20, Elf Aquitaine 10-50/10,40, 1-50/10,50, 1-55/6,40, Norsk Hydro 1-170/9, 4-160/23, Verkaufsoptionen AEG 10-75/5, 1-70/4,50, 4-90/22, Siemens 10-350/5,80, 10-380/14,60, Bayer 10-150/3, Hoechst 10-150/2, BMW 160/2, 10-200/3,90, 1-200/12,40, 1-210/21,80, Conti 1-110/5, Lufthansa 10-130/8,10, Lufthansa Vorz. 10-130/7,10, Commerzbank 10-180/5,50, 4-180/7,10, Dresdener Bank 1-180/6,50, Mannesmann 10-150/7, Preussag 1-160/8,60, Thyssen 10-80/5, 1-80/6, Bay. Hyp.-Bank 10-300/5,10, 1-300/7, BBC 4-200/9, Daimler 10-570/8,40, 1-380/21, Degussa 10-360/3,05, 10-380/18,60, 1-370/15, GHH 10-160/8, 10-170/18, Harpener 10-270/3,50, Linde 10-400/15, RWE 10-180/10,60, VEW 10-130/10, 1-130/12,60, Alcan 4-85/7,20, General Motors 1-180/5,30, IBM 10-33/14, Litton 10-170/12, Xerox 10-120/6,60, 1-110/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9⅞	4⅞–5	4⅜–4⅝
3 Monate	10 –10¼	5 –5¼	4⅞–5
6 Monate	10½–10⅝	5½–5¾	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅝–10⅞	6 –6¼	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1480,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1208,00	1415,61
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	646,21
1 £ Sovereign alt	257,00	315,78
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	303,24
20 belgische Franken	189,00	299,06
10 Rubel Tscherwonez	265,00	330,60
2 südafrikanische Rand	245,00	306,66
Krüger Rand, neu	1113,00	1314,42
Maple Leaf	1113,00	1314,42
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	210,00	267,90
20 franz. Franken „Napoléon"	210,00	267,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1030,00	1242,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	208,00	259,92
10 österr. Kronen (Neuprägung)	109,00	141,36
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	478,00	584,82
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

19. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfz.-Kurs⁴)	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York³)	2,5904	2,5984	2,5619	2,55	2,64
London¹)	3,941	3,955	3,902	3,89	4,04
Dublin¹)	3,151	3,165	3,092	3,11	3,25
Montreal³)	2,1015	2,1095	2,0827	2,07	2,16
Amsterd.	89,340	89,560	89,32	88,50	90,50
Zürich	122,280	122,480	122,28	121,00	122,75
Brüssel	4,987	5,007	4,951	4,88	5,08
Paris	33,175	33,335	32,485	32,25	34,25
Kopenh.	27,800	27,920	27,51	26,75	28,75
Oslo	35,350	35,470	34,73	34,50	36,25
Stockh.**)	33,615	33,775	33,195	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,686	1,696	1,643	1,66	1,75
Wien	14,205	14,245	14,218	14,12	14,35
Madrid**)	1,743	1,753	1,638	1,72	1,84
Lissabon**)	2,175	2,195	2,085	1,88	2,75
Tokio	1,0770	1,0800	—	1,03	1,09
Helsinki	46,280	46,480	45,41	45,75	47,50
Buen. Air.	-	—	—	—	32,60
Rio	-	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,036	3,090	—	2,49	3,40
Frankf.	-	—	—	—	—
Sydney*)	2,2560	2,2770	—	2,19	2,32
Johannesbg.*)	2,3540	2,3730	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

In einem ausgesprochen ruhigen Marktgeschehen behauptete der US-Dollar am 19. 7. seine feste Haltung. Den Händlern mangelte es weiterhin an konkreten Impulsen. Der Kurs bewegte sich lediglich zwischen 2,5980 und 2,5960. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,5944 festgestellt. Aktivitäten der Bundesbank wurden nicht beobachtet. Gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen mußte die D-Mark meist Kursverluste hinnehmen. Der Schweizer Franken erreichte nach einem Tagesgewinn von 17 Pfg. mit 122,38 einen neuen Jahreshöchstkurs. Ebenfalls ein neues Jahreshoch verzeichnete der Japanische Yen mit 1,0785. US-Dollar in: Amsterdam 2,9020; Brüssel 51,92875; Paris 7,80325; Mailand 1534,70; Wien 18,2390; Zürich 2,1200. Ir. Pfund/DM 3,158; Pfund/Dollar 1,5217.

Ostmarkkurs am 18. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Um ⅛ Prozent festere Dollar-Zinsen am Euromarkt waren am 19. Juli ausschlaggebend für die leichte Erweiterung der Dollar-Abschläge per [illegible] min.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,15–1,05	3,30–3,20	[illegible]
Pfund/Dollar	0,01–0,04	0,07–0,12	[illegible]
Pfund/DM	2,30–0,90	5,30/3,90	[illegible]
FF/DM	20–14	83/69	176/15[illegible]

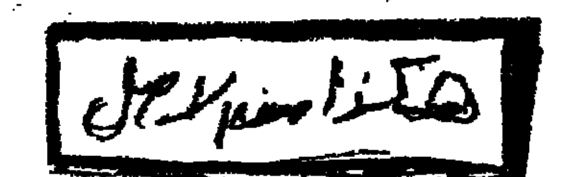
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 7.: Tagesgeld 5,0 Prozent; Monatsgeld 5,3–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,5–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 7.: 10 bis 29 Tage 3,55 [illegible] 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 19. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 a[illegible] Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zw[illegible] schenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00)–5,00 (4,50)–7,[illegible] (5,77)–8,50 (6,35)–9,00 (6,82)–9,50 (7,20). Ausgabe 198[illegible] 10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 (6,49) 9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		19. 7.	18. 7.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05G
10 dgl. 73 II	11/83	101,1	101,15G
7½ dgl. 72	2/84	100,65	100,65
8 dgl. 72	9/84	101,65	101,65G
8½ dgl. 76	9/84	101,8G	101,8
8 dgl. 78 III	11/84	99,2	99,2
6½ dgl. 79	2/85	99,25	99,15
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,85	97,75G

Bankschuldverschreib.

	19. 7.	18. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1
F 7½ Bakola Pf 104	99,8G	99,8G
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 108	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 156	88,25G	88,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Sommerflaute bei Renten

Aus Sorge vor einem Wiederanstieg der Zinsen in der Bundesrepublik haben vor allem Großanleger am Rentenmarkt ihre Neuanschaffungen eingestellt. Öffentliche Anleihen schwankten zwischen plus 0,10 und minus 0,30 Prozentpunkten. Am Pfandbriefmarkt sind vor allem die Sparkassen als Käufer ausgefallen. Bisher konnten sie Abgaben aber noch weitgehend vermeiden. DM-Auslandsanleihen tendierten uneinheitlich. Bei den brasilianischen Anleihen wurden die Kurse zum Teil heraufgesetzt, sonderlich drängend war aber auch hier die Nachfrage nicht.

	19. 7.	18. 7.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 3	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 27	100,5GG	100,5GG
8½ dgl. KS 14	94,75G	94,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG

	19. 7.	18. 7.
Br 6½ dgl. Pf 77	92,55G	92,55G
6 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78,5G	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,35G	90,35G
8½ dgl. Pf 133	88G	86G
10 dgl. Pf 168	100,5G	100,5G

	19. 7.	18. 7.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97G	97G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 104	96,5bG	96,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	99G	89G

	19. 7.	18. 7.
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73G	73G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wl. Brf. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffsk. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1G	98,1G
6¾ dgl. Pf 60	93,85G	93,85G
6¾ dgl. Pf 74	96,8G	96,8G
6¾ dgl. Pf 76	85G	95G

	19. 7.	18. 7.
9 dgl. Pf 167	101,5G	101,5G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101,75G	101,75G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	82,45G	82,45G
5½ dgl. Pf 43	82,7G	82,7G
6 dgl. Pf 56	76,9G	76,9G
7 dgl. Pf 61	86,15G	86,15G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	102,35G	102,35G

	19. 7.	18. 7.
D 7¾ LAG TS 76	100,65	100,65
8 dgl. TS 76	101,4G	101,4G
6½ dgl. TS 77	95,5G	95,5G
5½ dgl. 78	92,8	92,7G
7 dgl. 79	97,4	97,4

Sonderinstitute

Industrieanleihen

	19. 7.	18. 7.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	93G	93G
5 BASF 59	98,15G	98,15G
5 Bayernw. 59	98T	98,75T

	19. 7.	18. 7.
3½ Sanyo Elec. 78	161G	161G
3¾ Seiyu Stores 78	94,75	94,25G
6¼ Sekisui 78	144,5	144,2G
3½ Stanley 78	118,5T	120T
6 Taiyo Yuden 82	118,5G	118G
5 Texaco Int. 66	94,5	101
3½ Tok. Elec. 78	385G	375G
4¾ Tok. Sanyo 77	280G	280G
4 Tokyu Land 79	101T	101T
3½ Trio Kenw. 78	102	103,5G
6½ Uny Ltd. 79	129G	130G

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

		19. 7.	18. 7.
F	Kawasaki Kisen	1,6T	1,6T
F	Kawasaki Steel	1,7G	1,76
M	Kloof Gold Min.	125G	125G
F	Komatsu	5,75	5,76
D	KLM	145	–
F	Kubota	3,4G	3,5G
D	Lafarge	91G	90G
D	Litton Ind.	163	164
F	Lone Star	79,5	78G
D	LTV	38	37,4
M	M.J.M. Hold.	20,9	20,7
F	Magneti Marelli	–	–
D	Marubeni	–	36

		19. 7.	18. 7.
F	United Techn.	178,1	178
F	US Steel	63	62,2
M	Vaal Reefs Expl.	332,5	326G
D	Vmf-Stork	59G	–
D	Volvo A	144G	140G
D	dgl. Nam B	144G	140G
F	Warner Commun.	65bB	67
F	Warner Lambert	76	73
F	Wells Fargo	84	84,5
M	Western Deep L.	156	155,5
M	Western Mining	10,75G	10,7
F	West.-Utrecht H.	104	105
D	Xerox Corp.	116	114,5

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich notierte, ging Kakao fester aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	18. 7.	15. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	347,50	344,50
Sept.	357,25	354,00
Dez.	374,25	369,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	18. 7.	15. 7.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	236,95	238,31
Amber Durum	237,21	236,61
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	117,30	114,50
Okt.	121,70	119,50
Dez.	125,50	122,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	92,10	91,00
Okt.	89,00	87,50
Dez.	90,50	88,80
Hafer Chicago (c/bush)	18. 7.	15. 7.
Juli	152,50	151,50
Sept.	157,50	158,75
Dez.	171,00	171,75
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	327,50	330,00
Sept.	309,25	309,00
Dez.	301,25	297,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 7.	15. 7.
Juli	95,40	93,20
Okt.	98,80	96,90
Dez.	102,00	100,50

Genußmittel

	18. 7.	15. 7.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	126,85	126,55
Sept.	127,11	126,79
Dez.	125,75	125,15
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2095	2014
Sept.	2160	2051
Dez.	2196	2124
Umsatz	2649	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	9,55	9,91
Sept.	9,83	10,15
Okt.	10,48	10,85
Jan.	10,93	11,22
März	11,24	11,51
Umsatz	21 550	13 159
Ice-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9,87	10,41
Kaffee	18. 7.	15. 7.
London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	1662–1664	1650–1652
Sept.	1633–1634	1632–1634
Nov.	1608–1610	1608–1610
Umsatz	1541	1054
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1501–1504	1480–1485
Sept.	1516–1517	1504
Dez.	1539–1540	1521–1522
Umsatz	3684	5331
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	137,5–157,7	170,5–171,5
Okt.	162,3–162,4	175,0–175,1
Dez.	167,5–168,5	179,5–180,5
März	177,5–177,7	188,7–189,0
Mai	180,0–181,0	191,0–192,0
Umsatz	7742	5107
Pfeffer	18. 7.	15. 7.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	360,00	365,00
weißer Muntok	365,00	370,00

	18. 7.	15. 7.
Orangensaft		
New York (c/lb)		
Juli	118,80	119,10
Sept.	117,20	116,80
Nov.	114,70	114,25
Jan.	109,00	108,80
März	108,35	107,90
Umsatz	150	210

Öle, Fette, Tierprodukte

	18. 7.	15. 7.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	30,00	30,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	20,00	20,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	20,90	20,62
Aug.	20,95	20,70
Sept.	21,14	20,90
Okt.	21,30	21,08
Dez.	21,64	21,47
Jan.	21,85	21,85
März	22,15	22,00
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	23,50	23,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	16,00	16,00
Choice white hog 4% fr. F.	13,50	13,50
Talg		
New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,50	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,50
Schweine		
Chicago (c/lb) Juli	46,40	46,50
Aug.	43,50	43,30
Okt.	38,50	38,55
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Juli	52,75	53,45
Aug.	48,50	49,50
Febr.	56,25	55,30

	18. 7.	15. 7.
Häute		
Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	51,00	51,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Juli	651,00	642,00
Aug.	652,00	642,00
Sept.	659,50	656,00
Nov.	678,00	674,50
Jan.	692,50	687,50
März	707,50	700,50
Mai	718,00	710,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Juli	187,30	185,50
Aug.	187,40	186,20
Sept.	189,00	188,50
Okt.	191,50	191,00
Dez.	196,80	196,00
Jan.	199,00	198,00
März	203,00	202,70
Leinsaat	18. 7.	15. 7.
Winnip. (can. $/t) Juli	292,00	291,00
Okt.	301,00	300,00
Dez.	307,30	306,40
Kokosöl	18. 7.	15. 7.
New York (c/lb) Westküste fob Werk	35,00	34,50
Erdnußöl	19. 7.	18. 7.
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	625,00	625,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	450,00	450,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	405,00	397,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	133,50	132,50
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	820,00	790,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	250,00	248,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	18. 7.	15. 7.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	75,60	75,15
Okt.	76,90	76,40
Dez.	78,15	77,65
März	78,89	78,30
Mai	79,40	79,50
Juni	75,00	74,90
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,75	58,50
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 7.	15. 7.
Aug.	457–460	445–449
Okt.	445–447	447–448
Dez.	443–445	446–448
Umsatz	79	82
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 7.	15. 7.
Juli	geschl.	unerhältl.
Okt.	geschl.	unerhältl.
Dez.	geschl.	unerhältl.
März	geschl.	unerhältl.
Umsatz	–	–
Tendenz:		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 7.	15. 7.
Juli	542,0–544,0	543,0–549,0
Okt.	561,5–563,0	568,0–565,0
Dez.	577,0–578,0	579,0–580,0
Umsatz	90	12
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 7.	15. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 7.	15. 7.
Juli	13 890	13 865
Aug.	13 829	13 809
Kautschuk London (p/kg)	18. 7.	15. 7.
Nr. 1 RSS loco	80,50–82,50	81,00–83,00
Aug.	79,50–80,50	80,60–80,70
Sept.	79,00–81,00	80,00–81,00
Okt./Dez.	80,80–80,90	81,20–81,30
Tendenz: ruhig, stetig		

	1–. 7.	1–. 7.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco:	263,50–264,50	264,00–265,00
Aug.	267,00–267,50	267,50–268,50
Sept.	270,00–271,00	270,50–271,50
Nr. 2 RSS Aug.	263,00–264,00	263,50–264,50
Nr. 3 RSS Aug.	259,50–260,50	260,00–261,00
Nr. 4 RSS Aug.	253,50–254,50	253,00–254,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	18. 7.	15. 7.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	19. 7.	18. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	102,24–102,34	102,26–102,46
drittfolg. Monat	105,99–106,09	106,29–106,42
Zink: Basis London laufend. Monat	189,64–189,84	187,22–187,91
drittfolg. Monat	195,18–195,38	193,45–193,65
Produz.-Preis	202,68	202,53
Reinzinn 99,9%	3675–3712	3707–3744

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 7.	18. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	442,57–444,94	445,45–447,82
Blei in Kabeln	110,00–111,00	111,00–112,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorzeichdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	19. 7.	18. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	361–376	363–376
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	409–441	406–411
MS 63	413–416	417–418

Zinn-Preis Penang

	18. 7.	15. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,22	30,47

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 7.	18. 7.
Leg. 225	361–362	361–362
Leg. 226	364	364
Leg. 231	382–401	382–401
Leg. 233	407–412	404–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	19. 7.	18. 7.
Platin (DM je g)	38,30	37,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 700	35 700
Rücknahmepr.	34 900	34 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 840	35 650
Rücknahmepr.	34 760	34 650
verarbeitet	37 610	37 410
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 520	35 340
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1026,80	1012,50
Rücknahmepr.	992,80	977,10
Verarbeitet	1074,40	1061,30

Internationale Edelmetalle

	19. 7.	18. 7.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	424,25	423,25
15.00	423,75	422,40
Zürich mittags	424,10–424,60	422,30–422,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 450	106 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	796,90	784,10
3 Monate	815,90	802,80
6 Monate	836,60	822,50
12 Monate	879,30	864,30
Platin (£-Feinunze)	18. 7.	15. 7.
London fr. Markt	282,75	281,55
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	94,10	94,30

New Yorker Preise	18. 7.	15. 7.
Gold H & H Ankauf	422,40	422,25
Silber H & H Ankauf	1195,00	1206,00
Platin fr. Händlerpr.	427,00–434,00	427,00–434,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	142,00–144,00	142,00–144,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	1217,00	1190,00
Aug.	1222,00	1190,00
Sept.	1231,00	1198,00
Dez.	1263,00	1230,00
Jan.	1276,30	1244,00
März	1300,00	1266,00
Mai	1320,00	1288,00
Umsatz	24 000	30 000

New Yorker Metallbörse

	18. 7.	15. 7.
Kupfer (c/lb)		
Juli	75,15	74,80
Aug.	75,15	75,00
Sept.	76,20	75,65
Dez.	78,30	77,75
Jan.	79,00	78,35
März	80,25	79,60
Mai	81,50	80,80
Umsatz	7 000	17 000

Londoner Metallbörse

	19. 7.	18. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	1003,5–1004,0	999,0–1000,0
3 Monate	1031,0–1032,0	1026,5–1027,0
Blei (£/t) Kasse	258,50–258,70	260,00–260,50
3 Monate	268,00–282,30	270,00–270,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1106,5–1107,0	1113,5–1114,0
3 Monate	1119,0–1119,5	1124,0–1124,5
abends Kasse	–	1109,0–1110,0
3 Monate	–	1123,0–1123,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1062,0–1063,0	1068,0–1070,0
3 Monate	1085,0–1086,0	1098,0–1090,0
Zink (£/t) Kasse	479,50–480,00	475,00–475,50
3 Monate	493,50–494,00	489,00–489,50
Zinn (£/t) Kasse	8405–8415	8630–8635
3 Monate	8498–8500	8470–8475
Quecksilber ($/Fl.)	–	280–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	79–82

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

Wie „verkauft" das ARD-Magazin „Titel, Thesen, Temperamente" Kultur?

Kein Platz für Moderatoren-Eitelkeit

Den großen Bruder gibt es nicht. Kein allwissender, allgegenwärtiger Kopf, dem das Interpretieren, Kommentieren, Glätten und Verbinden leicht über die Lippen geht, schiebt sich nach vorne. Anders als vergleichbare Magazin-Sendungen – „Titel, Thesen, Temperamente", das kurz und flott „ttt" benannte, vom Hessischen Rundfunk präsentierte ARD-Kultur-Magazin, kennt keinen Moderator. Dabei ist „ttt"-Chef Kurt Zimmermann keineswegs ein Moderationsmuffel. Im 3. HR-Programm, beim „Bücher-Report" – da hängt er sich schon mal moderierend in den TV-Kasten.

Doch beim grünblauroten „ttt" – da ist es eben anders. Da ist Bescheidenheit eine Zier, mit der man weiterkommen kann. Da zählt das personelle Understatement. Jeder Bericht soll aus sich selbst heraus wirken. Kein Magier darf ihn wie das Kaninchen aus dem Zylinder hervorzaubern. Meist tönt die Stimme des Berufssprechers aus dem Hintergrund. Und wenn mal ein hohes Tier interviewt wird, dann läßt man zwar den Interviewer nicht hinter der Tapete verschwinden. Doch seiner Eitelkeit sind Grenzen gesetzt.

So soll es auch heute abend sein. Kein TV-Mensch darf Hans Küng die Show stehlen, wenn sich der Star-Theologe – 350 Jahre, nachdem Galileo Galilei vor dem Inquisitionsgericht in Rom dem heliozentrischen Weltsystem abschwören mußte – zur Beziehung von Kirche zur Wissenschaft äußert. Und ebensowenig darf es „ttt"-Interviewer Klaus Podak wagen, etwa einen Karl Dietrich Bracher an die Wand zu spielen, wenn dieser von den Medien verhätschelte Bonner Politik-Professor beim Stichtag 20. Juli ein Mini-TV-Kolleg über Literatur zum deutschen Widerstand hält.

Daneben laufen noch Ausschnitte aus dem „Carmen"-Film des Spaniers Carlos Saura über die Mattscheibe. Dieser Film gilt als Musterbeispiel für eine avantgardistische Gestaltung traditioneller Opernstoffe – genauso wie etwa die Frankfurter „Aida"-Inszenierung eines Hans Neuenfels, die ebenfalls bei „ttt" im Bilde war. Neuenfels wurde zugleich als „ttt"-Saisonarbeiter angeheuert. Und so konnte er den französischen Schriftsteller Jean Genet – der als ständiger Hotel-Bewohner wegen seiner mangelnden stabilitas loci schwer aufzuspüren ist – für die Juni-„ttt"-Sendung erstmals vor eine deutsche TV-Kamera bringen. In der Analyse der Genet-Renaissance war – so scheint es – „ttt" allen anderen mit einer Nasenlänge voraus. Jedenfalls hinkte die ZDF-Kulturkonkurrenz, obgleich als wöchentliche Sendung im Platzvorteil, um genau zwei Tage hinterher.

Titel, Thesen, Temperamente – ARD, 21.40 Uhr

Der televisionäre Fischfang von kamerascheuen Literaten hat bei „ttt" übrigens seine gute Tradition. Hansjürgen Rosenbauer, heute WDR-Auslandschef, brachte ja vor einiger Zeit die TV-Erstdarstellung des inzwischen verstorbenen US-Dramatikers Tennessee Williams zustande.

„Titel, Thesen, Temperamente" ist ein Geschöpf aus der seit 1961 bestehenden Ehe von Kurt Zimmermann – Lübecker des Jahrgangs 1928 – mit dem Hessischen Rundfunk. Am 4. Dezember 1967 erblickte „ttt" das Licht der Welt. Zimmermann, heute Hauptabteilungsleiter Kultur und Musik beim Hessischen Rundfunk, besitzt keine eigene Redaktion für sein Kultur-Magazin. Vielmehr wird jedesmal eine journalistische Landsknechtstruppe aus verschiedenen HR-Redaktionen und freien Mitarbeitern zusammengetrommelt.

Die Publikums-Resonanz von „ttt" in den fünfzehneinhalb Jahren ihrer Existenz glich ein wenig den Kursen an der Frankfurter Börse. Mal schnellte die Einschaltquote auf 17 Prozent, und „ttt" konnte vom vierwöchigen zum 14tägigen Rhythmus übergehen. Dann drückte der zweite Kanal mit populären Serien die „ttt"-Quote wieder auf zehn Prozent. Der Vier-Wochen-Turnus mußte zwangsläufig wiederkommen. Doch noch ist nicht aller Tage Abend. Wenn der „Denver Clan" das Zeitliche gesegnet hat – dann können vielleicht auch wieder Einschaltquoten und Sendezeiten von „Titel, Thesen, Temperamente" ansteigen.

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Worüber redete man eigentlich?

Keineswegs stand die Sachfrage „Sind wir alle Zyniker?" im Vordergrund. Vielmehr war die Diskussion über dieses Thema Teil einer Werbekampagne, die der Hessische Rundfunk seit einiger Zeit – zunächst im 1. Programm und nun anderthalb Stunden im gesamten 3. Programm – für das zweibändige Werk „Kritik der zynischen Vernunft" des Populärphilosophen Peter Sloterdijk betreibt.

Manchmal schien es zwar, als ginge es vornehmlich um die Sache: Als der Publizist François Bondy behauptete, Talleyrand sei der letzte Zyniker gewesen, oder als SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz die provokative These aufstellte, nicht Zynismus, sondern Dummheit sei in der Politik das Hauptproblem. Aber schließlich kam man doch immer wieder zum eigentlichen Gegenstand des Gespräches zurück – zum Buch des anwesenden Autors.

Den Nagel auf den Kopf traf wohl Schriftsteller Carl Améry, als er bemerkte, nur ein Zehntel der Zuschauer würde begreifen, worüber man denn eigentlich rede, aber die Schuld liege dabei ganz ausschließlich am Medium. Amérys Forderung nach Klärung des „semantischen Problems" kam bedauerlicherweise niemand nach. Ungeklärt blieb der philosophische Begriff „Kritik", der ja bei Sloterdijks Vorbildern – von Kant bis Sartre – als Umschreibung, Umgrenzung, Aufgabenzuweisung eines positiven Prinzips verstanden wird, während er von Sloterdijk hingegen nur als Schelte einer unsittlichen Haltung begriffen wird.

Kein Moderator verwies auf den Sinnveränderungs-Prozeß des Begriffes „Zynismus" – angefangen bei den (vom Autor gepriesenen) „Kynikern", welche die Tugend der Selbstgenügsamkeit lehrten, bis hin zum heutigen „aufgeklärten falschen Bewußtsein" und „Handeln wider besseren Wissens". Und als dann noch über den Zyniker Eichmann und über das nachgelassene Kipphardt-Stück „Bruder Eichmann" gesprochen wurde, da erinnerte niemand daran, daß der provokante Titel eine Anleihe bei Thomas Mann ist, der bereits 1939 einen Aufsatz „Bruder Hitler" verfaßt hatte.

FRIDA LANG

STUDIO

Der bisherige Generaldirektor des staatlichen Rundfunksenders „Radio France Internationale", Herve Bourges, wurde zum **neuen Generaldirektor des ersten französischen Fernsehens „TF-1"** ernannt. Der 50jährige Journalist und Afrika-Experte tritt die Nachfolge des jüngst zurückgetretenen Michel May an, während dessen nur zehnmonatiger Amtszeit „TF-1" erstmals in der Publikumsgunst hinter das zweite Programm zurückgefallen war. (AFP)

*

Der **internationale Programm- und Nachrichtenaustausch innerhalb der Eurovision** nimmt weiterhin zu. Dies gilt vor allem für den Sport und aktuelles Zeitgeschehen wie etwa Reisen des Papstes oder Space-Shuttle-Starts, berichtete die ARD-Programmdirektion in München. Boten die am Eurovisions-Austausch beteiligten Rundfunkanstalten 1981 noch 926 Programme an, so waren es 1982 schon 963 in einer Gesamtlänge von fast 2000 Stunden. Beim Austausch von Fernsehnachrichten zeigt sich ähnliches: Wurden 1981 noch 6820 Nachrichtenbeiträge über Leitung angeboten, stieg der Austausch 1982 um 12 Prozent auf 7636.

An diesem Wachstum war auch die ARD beteiligt: Im allgemeinen Programmbereich bot sie, abgesehen von gemeinsamen Sendungen mit dem ZDF, 1982 insgesamt 69 Programme mit 156 Stunden an. Das Deutsche Fernsehen steht damit auf Platz vier der Anbieterliste. Im gleichen Zeitraum übernahm die ARD 231 Programme oder 410 Stunden. Im Nachrichtenaustausch liegt sie ebenfalls mit an der Spitze: unter europäischen Anbietern auf Rang sechs mit 207 Beiträgen. Aus dem Eurovisions-Nachrichtenpool bezog sie 1982 genau 6538 Beiträge. (dpa)







ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Die Montagsmaler
10.50 Unser Kosmos
11.35 Mosaik
Zum Beispiel: Bad Kissingen
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Unsere kleine Farm
Fred, der Ziegenbock
15.50 Tagesschau
15.55 Der vergessene Widerstand
Die Linke im Dritten Reich
Dokumentation von Thomas Morawski
16.40 Klamottenkiste
Larry in Kungfuristan
16.55 Da schau her!
Eine Sendung für Neugierige
Erfinder Bruno Gruber entwickelte ein Verfahren, mit dem man das Wachstum einer jeden Pflanze bremsen kann. So werden z. B. seine Kartoffeln nicht größer als Streichholzköpfe! Außerdem ein Bericht vom „Treffen der Spielmobile" in München und ein Film über die Sprengung des ältesten Senderturms des Bayerischen Rundfunks.
17.30 König Rollo
17.30 Tour de France
18. Etappe: L'Alpe d'Huez – Morzine
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau

20.15 Zuckerhut

21.40 Titel, Thesen, Temperamente
Kulturmagazin
22.30 Tagesthemen
23.00 Der vergessene Krieg
Freiheitskämpfer in Afghanistan
Reportage von Heiner Giesberg
Kamera: Diethelm Trapp
23.45 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Captain Future
15.45 Das Spukhaus
16.25 Ferienkalender
Mit Anke und Benny
16.50 Mork vom Ork
17.15 Enorm in Form
17.50 heute/Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.25 Bilder, die die Welt bewegten
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben (5)
Eler Möller kehrt aus London zurück
20.15 Bilanz
Die Kunden stehlen noch am wenigsten – Ladendiebstahl des Personals / Franz Beckenbauers Geschäfte / Ignaz Kiechles Milliarden-Probleme – Der Landwirtschaftsminister und die Agrardefizite / Die Wirtschaftsprobleme der Franzosen / Die Devisenprobleme der Franzosen
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 Mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Die letzte Zeugin
22.10 Eine Tür ist ein Loch in der Wand
Psychisch Kranke und ihre Begleiter
22.40 Ich wurde von Deutschen versteckt
Bericht von Guido Knopp
23.00 Das Schicksal der Irene Forsyte
0.45 heute



Auf einer Party lernt die Zeichnerin Marie (Despina Pajanou) den Chemiker Sebastian (Christoph Moosbrugger) kennen – „Zuckerhut", ARD, 20.15 Uhr FOTO: DIE WELT

III.

WEST

18.00 Uferschwalben
Beobachtungen von Dieter B...rens
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Esau wie Meikel
Superlative
18.30 Wilde Tiere
Warum der Brüllaffe brüllt
19.00 Rockpalast
Simple Minds

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs im III.
90 Minuten ... aus Berlin, Europa Center
21.45 Auslandsreporter
Elfriede Gerstl: Mein Wien
22.15 Blonde Venus
Amerikan. Spielfilm (1932)
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Aerobic-Dance (3)
20.00 Wohin mit der Angst?
Ulrich Hammes im Gespräch mit Hannelore Brauchart
20.15 Schauplatz der Geschichte Al...
Ein Film über Algeriens Hau...stadt von Peter Brugger
21.00 Metaluna IV antwortet nicht
Amerikan. Spielfilm (1955)

BAYERN

18.15 Follow me – Comedy Time
„The Monster"
Filmkomödie in einfachem E...lisch
18.45 Rundschau
19.00 „Ich war plötzlich wer ..."
Aus der Reihe „Situation: Wir ... die Kinder"
19.45 Poldark (14)
Engl. Fernsehfilm in 16 Teilen
Von Jack Russell
Nach dem Roman von Win... Graham
Mit Robin Ellis, Angharad R... Judy Geeson, u. a.
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Das historische Stichwort
Vor 50 Jahren – Konkordat ...schen Deutschem Reich und V...kan
21.05 Zeitspiegel
Politik am Mittwoch
21.50 Adieu, Mascotte
Deutscher Spielfilm (1929)
23.15 Rundschau



Hören auf Ottilie

mar. – „Die größten Vorteile im Leben überhaupt, wie in der Gesellschaft, hat ein gebildeter Soldat", läßt Goethe in den „Wahlverwandtschaften" Ottilie in ihr Tagebuch schreiben. Die „DDR", die sich gern als das Land Goethes versteht, hat sich diesen Satz zu Herzen genommen. Und damit auch jeder auf den ersten Blick sieht, wie gebildet die Offiziere der „Nationalen Volksarmee" sind, wurden jetzt Abzeichen eingeführt, aus denen die akademische Ausbildung der Offiziere zu ersehen ist.

Es handelt sich dabei um ein auf der Spitze stehendes Emailledreieck (3 cm breit, 4,1 cm lang), das rechts an der Uniformjacke getragen wird. Sieht man auf dieser Plakette einen Friedrich-Engels-Kopf, wurde an der Militärakademie „Friedrich Engels" in Dresden studiert, ist es Wilhelm Pieck, wurde die Militärpolitische Akademie „Wilhelm Pieck" in Ost-Berlin absolviert.

Die Militärmediziner zeigen Ernst Moritz Arndt, die Logistiker Friedrich List, weil ihre Akademien diese Namen tragen. Wer allerdings nur auf einer zivilen Hochschule war, muß kopflos sein Wissen demonstrieren. Da schmückt die Plakette dann nur das „Staatswappen der DDR".

Parallelen zu den Ostfriesen, bei denen angeblich einen Streifen am Ärmel trägt, wer lesen, zwei, wer schreiben kann, und drei, wer einen kennt, der lesen und schreiben kann, sind in diesem Zusammenhang selbstverständlich völlig unangebracht. Schließlich, um den zweiten Weimaraner nicht zu vernachlässigen, wußte schon Schiller: „Sagt mir, was hat er an Gut und Wert, wenn der Soldat sich nicht selber ehrt?"

Literatur-Streit

Für Polen ist die „DDR" ein trübes Land

Von Pflichtübungen abgesehen, sind die literarischen Kontakte zwischen der „DDR" und Polen gleich Null. Die meisten Bücher mitteldeutscher Literaten fristen in Polen ein Ladenhüterdasein. Viele polnische Bücher sind im westdeutschen Buchhandel vorhanden, in der „DDR" jedoch bremste sie der Zensor. Für Polens Autoren beginnt Deutschland meistens erst jenseits der Elbe. Und: Obwohl Polens Schriftstellerverband suspendiert ist, gibt es keine Ausbürgerung für aufmüpfige Literaten. Man läßt – im Gegensatz zur „DDR" – die Türen offen.

Wie kompliziert das Verhältnis zwischen den „DDR"-Literaten und den polnischen Kollegen weiterhin ist, geht aus einem Gespräch zwischen der Warschauer „Polityka" und dem Mann hervor, der in Ost-Berlin für diese Beziehungen zuständig ist: Heinrich Olschowsky, Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Wobei zu bemerken ist daß Olschowsky im Schatten des polnischen „Tauwetters" als Zögling des polnischen Lehrerseminars Oppeln literarisch gedieh, bevor er in die „DDR" ausreiste.

Olschowsky forderte eine Korrektur des „DDR"-Bildes auf seiten seiner polnischen Kollegen. Selbst dem Literaturzar der Warschauer Militärregierung, Kazimierz Kozniewski, hielt er vor, daß „die DDR als Gegenstand in der polnischen Literatur nicht existiert... Die Darstellung des stereotypen Deutschen als Negativperson" sei bei den Polen eine „weit fortgeschrittene Einseitigkeit" – womit natürlich der „DDR"-Bürger schlechthin gemeint ist.

Viele polnische Schriftsteller – so Olschowsky weiter – seien „schon im Unterbewußtsein vorprogrammiert, daß man über die Deutschen negativ oder überhaupt nicht schreiben soll". Bei der Behandlung des Themas „DDR"-Polen gebe es sogar „effektvolle kleine Bösartigkeiten". Olschowsky verlangte ferner, polnische Schriftsteller sollten endlich davon abgehen sollten, daß die „DDR ein trübes und uninteressantes Land sei, in welchem ein ausländischer Schriftsteller für sich nichts Interessantes finden kann". Er bedauerte ferner, daß es für Polen schwierig sei, mit „DDR"-Schriftstellerkollegen berufliche und persönliche Kontakte anzuknüpfen.

Auf den Vorhalt der „Polityka", daß er allzuviel „über unsere Schriftsteller gejammert" habe, räumte Olschowsky ein, daß die „DDR"-Schriftsteller ebenso voreingenommen seien. „In letzter Zeit" habe es da „bösartige" Äußerungen über die „polnische Wirtschaft" gegeben. Und in der „DDR"-Literatur gebe es auch zuviel „Provinzionalismus", verbunden mit Minderwertigkeitskomplexen gegenüber dem Nachbarland Polen. Abschließend räumte der „DDR"-Literaturkritiker ein, daß auch die Vertreibung der Ostdeutschen noch immer Einfluß auf das beiderseitige Verhältnis hat, wobei er vom „Schmerz und Unglück" der deutschen Vertriebenen sprach.

JOACHIM G. GÖRLICH

Kammermusik als Lustobjekt – Gidon Kremers III. Festival in Lockenhaus

Im Sturm ums nackte Überleben

Das Startprogramm hieß: „1983". Der Titel war attraktiver als das, was dabei herauskam. Ging die Kunde vom Ableben Richard Wagners den Kollegen Liszt, Rimsky-Korssakow, Dvořák und Strauss so sehr ans Gemüt, daß sie in jenem Jahr so viele Denkpausen mitkomponierten? Dann geschah es: Der erste Abend auf Burg Lokkenhaus endete mit einem Nachlaß-Streichquartettsatz des 1883 geborenen Anton Webern. Plötzlich rückten die Klangcharaktere des fast noch rein tonalen Jugendwerkes in gigantische Distanzen. Ihr Ausdruck durchdrang Generalpausen, daß einem der Atem stillstand. Da waren denn schon die Hauptfaktoren dessen beisammen, was das III. Lockenhauser Kammermusikfest wieder aufgriff – dank Gidon Kremer (verkürzter Haarschnitt nun und bartlos), Cho-Liang-Lin (ein Neuer aus New York), Kim Kashkashian (Juilliard-School-Georgierin) und Ko Iwasaki, der gleich vielen anderen schon 1981 und 1982 dabei war.

Es gäbe aus diesem – trotz notwendiger Einwände immer noch einzigartigen – Musikerferien-Festival in der Ländlichkeit des Burgenlandes kaum Neues zu berichten. Nur daß Kremers Grundmodell immerfort verwandelte Aspekte zeitigt. Wo zum Beispiel passiert es sonst, daß sich dreißig Musiker unter anderem auf ein Dutzend unbegleiteter Soli und Duos vorbereiten? Daß sie auf fünfzehn Konzertterminen ihre Pultnachbarn unentwegt abtauschen? Und daß auch ein geübteres Ohr bald kaum Qualitätsdifferenzen zwischen prominenten „Altgardisten" und der Nahebei-Prominenz der nachgerückten Lockenhauser „Rekruten" heraushört? Gidons Ausstrahlung auch auf die Kollegen, sein Spürsinn für Valeurs bis unter die Bewußtseinsschwelle, sein didaktisches Geschick und immer wieder seine reservevolle Loyalität gegen mitmusizierende Junioren bewirken das.

Es faszinierten also unbekannte Duos für gleiche Instrumente: Bratschen (Leclair: mit Thomas Riebl, Tabea Zimmermann), Violoncelli (Boccherini: Walter Despalj, Ksenija Jankovic), oder Violinen (Bartók) – und dann kam eins für Viola und Geige: Mozart B-Dur KV 424. Was die Kashkashian und Kremer hier vollführten, dafür erfanden die alten Griechen das schwer übersetzbare Wort „Hieros Gamos". Über eine so vollendet bewegte Einheit zweier Wesen hat einst Altvater Sokrates seine Seminaristen in Athen (siehe Platon) ausgefragt. Über die Parallelbegriffe aus der Götterwelt Ostasiens, Yang und Yin, setzte Meisterklarinettist Eduard Brunner sein Publikum durch ein langes Solo des Koreaners Isang Yun („Piri") trefflich ins Bild.

Größere Besetzungen erbrachten nicht minder Überraschendes. In der Violinphantasie von Schönberg, der „Arpeggione" von Schubert und im Horntrio von Brahms paßte alles haarscharf ausgerechnet aufs Klavier auf (Aloys Kontarsky spielte es im Lockenhausmodell, d. h. äußerst stilgerecht und äußerlich aufwandlos). Der einzige massiv falsch geblasene Ton in der Perlenkette der Flötentöne Karlheinz Zoellers (Beethoven) gewann den Glanz eines Kronjuwels, woraufhin das Publikum, in Harmonien entschlummert, aufwachte. In Quartetten, Quintetten, Sextetten führte manchmal eine Stimme perfekt, die übrigen holzten ein wenig. Andere ad hoc zusammengetretene Ensembles wiederum hätten prompt auf internationale Großtourneen entsandt werden können. Das ließ sich aber nie vorausschätzen. Denn es wurde alles vor Ort mit gleichbleibend immensem Fleiß geprobt.

Rittersaal und Pfarrkirche waren regelmäßig ausverkauft. Und es tat bitter weh, zu sehen, wie nach 22, 23, 24 Uhr Sitzplätze leer wurden. Ihre Inhaber waren Gidons liebste Gäste; nicht solche, die unendlich viel Brahms (berechtigt) mit dröhnendem Dauer-Applaus quittierten und sich dann zuraunten: Gottlob, heute keine unbekannte und keine moderne Musik. (Es gab diesmal zu wenig zeitgenössische Musik, und nicht immer vom Besten. Die einzige Uraufführung wurde aufs nächste Jahr verschoben. Warum?)

Die Überlängen drohten die Aufmerksamkeit zu töten. „Karajan macht die Programme in Salzburg immer kürzer und die Gastwirte immer reicher. Bei uns ist es umgekehrt", klagte ein Meister der rustikalen Haute Cuisine in der Nachbarschaft. Kremer und sein Förderer und Freund, Gemeindepfarrer Herowitsch, begegnen wohl den Marathonofferten, die auf sie zukommen, viel zu gütig.

Einiges aus dem Angebots-Überschuß wurde wieder einmal für eine „unterhaltsame" Sonderveranstaltung abgezweigt. Die bekam dann in der Moderation einen Touch von Senioren-Kaffeefahrt-Frohsinn. Witz, Humor und Komik, wenn Musiker sich dadurch aus ihrer Spannung lösen, wollen nämlich auch gekonnt sein. Lehrbeispiel: Meister Hoertnagel (Kontrabaß) und Gisela Saur-Kontarsky mit ihrer gemeinsamen Ulknummer. Oder Nigel Kennedy, der auf der Geige hinreißend jazzte und zuvor mit der Bartók-Solosonate Furore gemacht hatte.

Hingegen enthielt das Faltblatt „Kremer-Spiegel" wieder auf DIN A 1 nur Albernheit statt Information zur Sache. Wer war James Tocco wirklich? Kein Indianer, aber ein exzellenter Nachfolger Maisenbergs als Klavierbegleiter wie mit großen Alleingängen. Wer ist Heidrun Holtmann? Ein jugendliches Pendant zu Kontarsky. Wer Misha Maisky? Im Cello-Appassionato seit 1981 mit der Fleißigste. Das Hagen-Quartett aus Salzburg? Daß die Geschwister Lukas, Veronika, Clemens und ihr Dauergast Annette nach wie vor Junioren sind und trotzdem bei Schnittke (von 1981), Mozart, Schubert, Haydn und einem Blues von Mister Warren besser spielen als manche Professorenvereinigung, wußten schon die meisten. Nicht dagegen, wie der *gleichfalls* schon *namhafte* Salzburger Junggeiger Thomas Zehetmair ums nackte Überleben ringen kann. Stargast Nikolaus Harnoncourt dirigierte ihm Vivaldis Concerto „La Tempesta di Mare" vor und machte aus dem Meeressturm einen Festlandshurrikan, daß alle Streichorchesterhölzer krachten. Als Kammerorchesterleiter anderer Gruppen verfuhren Lev Markiz und Vladimir Ashkenazy einfühlsamer.

Genug der Krittelei. Deutschlands Sender seien vordringlich gebeten, Bachs sechstes Brandenburgisches, Regers Streichtrio (Bratsche: Gérard Caussé), Alfred Schnittkes Septett 1981/83 und Schostakowitschs glorreich eingespieltes Quintett Op. 57 (am Klavier: Ashkenazy) in den Mitschnitten anzufordern und auszustrahlen. Max Bruchs Opus 83 (Brunner/Kashkashian/Kontarsky) möchten unsere Rundfunkhörer auf alle Fälle mitgenießen; möglichst in einer Fernsehproduktion, die noch nachzuholen ist. Fremdlinge von weither, die einander nie gesehen hatten, verabredeten sich drunten fest für 1984, erste Hälfte Juli.

HEINRICH von LÜTTWITZ



Terrakotta-Frau im Glaskasten: „Haltestelle" von Susanne Frick (1982), auf der Fellbacher Triennale FOTO: KATALOG

Die 2. Triennale der Kleinplastik in Fellbach

Bitte um netten Umgang

Zum zweitenmal veranstaltet die Stadt Fellbach ihre Triennale der Kleinplastik. Die breite Resonanz dieses Experiments bei den Künstlern wie beim Publikum hat inzwischen bestätigt, daß damit eine Markt- und Informationslücke gefüllt wurde. Die Kunst, wir wissen es, geht allgemein nach Brot; aber am schwersten hat es dabei die Plastik. Die Architektur hat kaum noch Aufgaben für sie; an Denkmälern ist die Zeit wenig interessiert. Außer engagierten Kunstfreunden und Sammlern stellt kein Bürger mehr ein modernes kleinformatiges Werk der Plastik in die Wohnung.

Die Kleinplastik wäre zuerst imstande, der Skulptur wieder Freunde zu gewinnen. In mehrfacher Hinsicht erfüllt sie auf ihrem Felde die Funktion der Grafik für die Malerei. Sie hält den Betrachter *nicht auf Distanz wie die Großplastik*; im Gegenteil, sie lockt ihn an und verlangt nach persönlichem Umgang. Sie will in die Hand genommen und unbefangen – sagen wir's ruhig – geliebt werden.

Allerdings sind da noch mancherlei Vorurteile abzubauen. Sie stammen aus Zeiten, in denen man unter Kleinplastik verkleinerte Großplastik verstand und sie mit Nippes verwechselte. Hier will die Fellbacher Triennale für Aufklärung sorgen. Denn prinzipiell spielt das Format in der Kunst keine Rolle; eine ottonische Miniatur kann so bedeutend sein wie ein Wandgemälde, eine antike Tanagra-Figur so monumental wie ein Standbild. „Eine Skulptur", sagt Henry Moore, „kann das Vielfache der Lebensgröße haben und dennoch als kleinlich empfunden werden – eine kleine Skulptur, hinter der eine große Vorstellung steht, vermag das Gefühl des Ungeheuren und Monumentalen hervorzurufen."

Wieweit tragen die ausgestellten Arbeiten in Fellbach diesen Erfordernissen Rechnung? Bei über dreihundert Objekten – die nicht alle als Plastiken oder Skulpturen anzusehen sind – können Qualitätsunterschiede selbstverständlich nicht ausbleiben. Die Ausstellung zeigt nur Arbeiten aus den letzten drei Jahren. Erstmals wurden ausländische Bildhauer eingeladen, aus den Niederlanden und aus Polen. Nach diesem Schema sollen auch künftig Künstler jeweils aus einem west- und osteuropäischen Land in Fellbach ausstellen.

Sechzehn Künstler aus Polen zeigen 74 Arbeiten, die Holländer sind mit 50 Werken von 14 Künstlern vertreten; daneben nimmt sich das deutsche Aufgebot von 98 Künstlern mit 204 Beiträgen verhältnismäßig großzügig aus. Großzügig verfuhr man auch bei der Auslegung des Begriffes „Kleinplastik"; nicht wenige Objekte haben Ausmaße von mehr als einem Meter; das verzerrt natürlich die Kategorien und Kriterien.

Stilistisch und thematisch zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den deutschen und ausländischen Werken; auch die Kleinplastik ist international in ihren Erscheinungsformen wie in der „Machart", die sich vor allem durch ihre *vielfältigen Materialien* und deren Mischung von der überlieferten Kleinplastik unterscheidet. Da finden wir Bronze und Zement, Asbest, Gummi, Glas, Holz, Messing, Marmor, Stahl und Eisen, Keramik, Leder und die verschiedensten Kunststoffe kombiniert zu mannigfachen Gebilden und Konstruktionen.

Susanne Frick zum Beispiel setzt eine naturalistische Terrakotta-Frau in einen kleinen Glaskasten und nennt das „Haltestelle"; Edward Lazikowski bastelt phantasievolle Konstruktionen aus Holz, Leinwand und Schnur; Uli Lamp fertigt Kleider aus Holz; und die elektronischen Drahtplastiken von Peter Vogel fangen an zu musizieren, wenn man in ihre Nähe kommt. Allgemein zeigt sich, daß figürliche und gegenständliche Plastiken (Richard Heß, Lothar Fischer, Rudolf Daudert, Adam Myjak, Barbara Falender, Jacek Waltos zum Beispiel) mehr „innere Monumentalität" verraten als abstrakte Objekte, die dagegen eher die genauso wichtige Schmuckfunktion der Kleinplastik erfüllen (beispielsweise Erich Hauser, Uli Pohl, Renate Hoffleit, K. H. Franke, Hans Geipel). Allerdings haben wir es da wie dort vielfach nur mit verkleinerten Wiederholungen größerer Objekte zu tun. Darin liegt nicht unbedingt der Sinn der Kleinplastik (bis 21. 8. 83; Katalog 17 Mark).

EO PLUNIEN

Musik der Reformationszeit – Neue Schallplatten zum Martin-Luther-Jahr

„Eine schöne, herrliche Gabe Gottes"

Es war wohl unvermeidlich, daß im Lutherjahr nicht nur alle erdenkbaren Verlage ihre Bücher zum Thema, sondern auch Schallplattenhersteller ihre entsprechenden Produkte auf den Markt bringen würden. Ist doch der Reformator der Schöpfer des evangelischen Gesangbuchs (vor dem Wittenberger Gemeindegesangbuch 1529 gab es nichts dergleichen). Luther hat seine Lieder, soweit er nicht Weisen aus der Tradition übernahm oder bearbeitete, oft selbst mit Melodien versehen, was in einzelnen Fällen belegt ist.

Gemeinsam ist den vorliegenden fünf verschiedenen Aufnahmen, daß sie alle „Ein' feste Burg ist unser Gott" enthalten – für Protestanten das Luther-Lied schlechthin. Die Kassette „Musik der Reformation" (Capriccio CD 751007, 3 LPs) ist nicht nur die umfangreichste, sondern auch diejenige, welche das umfassendste Bild geistlicher Musik jener Zeit bietet. Mit dem Tenor Peter Schreier, dem Dresdner Kreuzchor und der Leipziger Capella Fidiciana mit ihren vielen Vokalsolisten unter Hans Grüss werden viele Lieder Luthers („Komm, heiliger Geist, Herre Gott", „Allelula. O Heiliger Geist", „Nun bitten wir den Heiligen Geist", „Wir gläuben all an einen Gott", „Komm zu uns Schöpfer, heil'ger Geist") in der Vertonung von Luthers Freund Johann Walter vom Dresdner Kreuzchor gesungen.

Unter den Aufnahmen ist auch „Vom Himmel hoch, da komm ich her", das bei katholischen Christen immer wieder Verblüffung erzeugt, erfahren sie, daß der vertraute Text vom Wittenberger Reformator stammt.

Thomas Müntzer ist in dieser Sammlung mit einigen Liedern aus seinem „Deutsch Kirchen-Amt" vertreten.

Ähnliches bietet die Langspielplatte „Choräle der Lutherzeit" (Capriccio CA 181009) mit dem Dresdner Kreuzchor, Hans Otto an der Silbermann-Orgel zu Rheinhardtsgrimma und der Dresdner Philharmonie unter Rudolf Mauersberger. Hier kommen auch Dietrich Buxtehude und – in Bearbeitungen von „Ein feste Burg ist unser Gott" (wahrscheinlich nach Aufhebung der Belagerung Wiens durch die Türken 1529 geschrieben) – Johannes Eccard und Johann Sebastian Bach zu Gehör.

Das Luther-Zitat „Die Musik – eine schöne, herrliche Gabe Gottes" ist das Motto von „Martin Luther und die Musik" (Christophorus SCGLX 73964). Der Wiener Motettenchor und das Ensemble Musica Antiqua Wien unter der Leitung von Bernhard Knebel stellen Choräle der Zeit vor, darunter auch hier das heute fast vergessene Kampflied „Wach auf, wach auf, du deutsches Land", das Johann Walter Luther gewidmet hat.

Geistliches und Weltliches verbindet „Musik der Lutherzeit" (EMI 1 C 069–46680) des Renaissance-Ensembles Köln. Nur auf Stimmen, Blockflöte, Laute und Gambe, Posaune, Zinke, Krummhorn und Dulzian gestellt, kommt etwa mit „So trinken wir alle", „Mir ist ein rot Goldfingerlein" und „Ich stund an einem Morgen" auch die Musik außerhalb der Kirche zu ihrem Recht.

Ebenfalls eine Mischung geistlicher und weltlicher Musik bietet die Gruppe Bären Gässlin mit „Das thut dem alten Drachen Zorn" (EMI 1 C 069 99 964). Frisch und mit einem fast modern wirkenden Klang werden neben dem Lied über die Münsteraner Wiedertäufer „Wie was die ghene die loverkens brac", Luthers vermutlich erstem Lied „Ein neues Lied wir heben an" (das er unter dem Eindruck der Verbrennung zweier evangelisch gesonnener Mönche 1523 schrieb) und anderen geistlichen Liedern der Zeit auch fröhliche Weisen der Zeit gesungen.

Das große Angebot hat für jeden Geschmack etwas, sowohl mit dem, was dargeboten wird, als auch, wie es dargeboten wird. Eine Frage allerdings bleibt angesichts der großen Fülle unbeantwortet: Waren unsere Vorfahren so viel musikalischer, als wir es heute sind, oder konnten die damaligen Sätze der Choräle Luthers nur von geschulten Chören gesungen werden? Neben dem kunstlos-schlichten Gesang heutiger Gemeinden nimmt sich fast alles, was auf den Platten an geistlicher Musik aufgenommen ist, wie Opernarien im Vergleich zu Volksliedern aus.

HENK OHNESORGE

Geburtstagsgruß an Ben Chorin zum Siebzigsten

Der Mann namens Friede

Heute vor siebzig Jahren wurde in München Fritz Rosenthal geboren, der unter seinem vor fünfzig Jahren angenommenen Namen Schalom Ben Chorin bekannt wurde; dieser Name bedeutet „Sohn der Freiheit". Er begann als Lyriker und Dramatiker, erwarb jedoch Ansehen und Ruhm als Religionstheologe, der zu neutestamentarischen Gestalten „Bruder Jesus", Maria und Paulus, Bücher veröffentlichte und als Brückenschläger zwischen Christen und Juden, zwischen Israel und der Bundesrepublik wirkt. Die drei Bücher erschienen soeben neu als Sammelband.

In Jerusalem und an den Universitäten von Tübingen und München hatte der Jubilar Gastprofessuren inne. Die Vorlesungen erschienen in den Bänden „Jüdischer Glaube" (1975), „Die Tafel des Bundes" (1979) und „Betendes Judentum" (1980).

Die Denker und Schriftsteller Max Brod und Martin Buber haben Ben Chorin entscheidend beeinflußt: Gleich beiden suchte er einen Weg fern der jüdischen Orthodoxie und erwarb dadurch mehr Freunde hier unter Christen und Deutschen als unter den Glaubensgenossen in der Heiligen Stadt. Ihr widmete er das Buch „Ich lebe in Jerusalem" (1972), auf das die Memoiren „Jugend an der Isar" (1974) folgten. Neue Auflagen von beiden erschienen jüngst im Verlag Bleicher in Gerlingen. Juden und Christen haben ihn hierzulande vielfach geehrt: Als erster zeichnete ihn der Zentralrat der Juden in Deutschland 1959 mit dem Leo-Baeck-Preis aus.

Von Jugend an war Ben Chorin glühender Zionist, und so ergab sich seine Einwanderung ins Heilige Land für ihn als Selbstverständlichkeit aus religiösen wie nationalen Beweggründen. Seine vor Jahren verstorbene erste Gattin Gabrielle war die Enkelin des berühmten Münchner Antiquars Jacques Rosenthal. Ben Chorins Sohn Torja ist einer der wenigen liberalen Rabbiner in Israel und setzt somit das Werk des Vaters fort.

Am Vorabend des heutigen Geburtstagsfestes ehrte die Katholische Akademie in Bayern den Jubilar und mich, der ich mich seinen Jugendfreund nennen darf und vor wenigen Wochen meinen 70. Geburtstag feiern konnte, in einer gemeinsamen Veranstaltung für uns. Dabei wird der Verleger Heinz M.



Brücken zwischen Christen und Juden: Schriftsteller Schalom Ben Chorin FOTO: STAPLER

Bleicher Ben Chorin auch eine von 32 Autoren gesammelte Festschrift, „Der Mann, der Friede heißt", überreichen. Am heutigen Tag überreicht Oberbürgermeister Erich Kiesl dem Forscher und Literaten Ben Chorin die Goldene Medaille („München leuchtet" – den Freunden Münchens) – ein schöner Abschluß seiner Vortragsreise, die ihn die letzten Wochen durch Deutschland geführt hat.

HANS LAMM

Bochum: Ausstellungsinszenierung über Kafka

Aus Prager Caféhäusern

Mit einer besonderen Ausstellung, einer sog. Ausstellungsinszenierung, ehrt das Museum Bochum den Prager Dichter Franz Kafka, dessen 100. Geburtstages man in diesem Jahr gedenkt. Im Wasserschloß Kemnade an der Ruhr sind neben Fotografien, Dokumenten und Autovisionen auch Szenen aus Kafkas Roman „Der Prozeß" zu sehen, dargestellt von zwei Schauspielern, die die Besucher behutsam durch die Ausstellung führen und Stichworte und Erläuterungen geben.

Eröffnet wird die Schau, die etwas länger als eine Stunde dauert, mit großformatigen Dias. Gezeigt werden Motive aus Prag von vor hundert Jahren. Dazu liest ein Schauspieler Texte von Kafka.

In einem anderen Raum ist ein Café aus Prags k. u. k. Zeit kurz nach der Jahrhundertwende eingerichtet. An den Wänden hängen Kopien von Prager Zeitungen in deutscher und tschechischer Sprache. Aus Lautsprechern ertönt dezente Kaffeehausmusik. Ein Schauspieler verliest Daten aus den Lebensjahren Kafkas. Fotografien und Aufzeichnungen mit Illustrationen aus Kafkas Tagebuch beherrschen den dritten Raum der Ausstellung, in dem auch Kopien der kargen Zimmereinrichtung des Dichters zu sehen sind.

In einem von hölzernen Gittern durchzogenen großen Zimmer schließlich spielen zwei Schauspieler eine Szene aus Kafkas „Prozeß": beklemmend düstere Visionen über die Ausweglosigkeit von Häftlingen, die der gnadenlosen Bürokratie von totalitären Staaten ausgeliefert sind. Die Schau endet schließlich mit großformatigen Dias, die nebeneinander auf die Leinwand geworfen werden. Dazu werden Briefe des Dichters an seine Eltern und seine Verlobte vorgelesen.

Die Ausstellung besticht vor allem durch ihre höchst eigenwillige Dramaturgie. Es ist sozusagen ein Kafka zum Anfassen, der dem Besucher präsentiert wird. Die Idee stammt von dem kürzlich verstorbenen Prager Regisseur Pavel Blumenfeld. Nach seinem Tode übernahm der ebenfalls aus Prag stammende Michael Baumbruck die Regie. Das Museum Bochum arbeitet eng mit dem Art Centrum Prag, das zu der Ausstellung zahlreiche Fotografien und Dokumente beigesteuert hat, zusammen. (Die Schau ist täglich, außer montags, bis 31. 7., danach von Mitte Okt. bis Mitte Nov. zu besichtigen).

KLAUS BODEN

JOURNAL

Dirigent Giulini hört in Los Angeles auf

AFP, Los Angeles

Der italienische Dirigent Carlo Maria Giulini, der seit fünf Jahren an der Spitze der Philharmoniker von Los Angeles steht, will mit Abschluß der Saison 1983/84 die Leitung des Orchesters abgeben. (vergl. WELT vom 20. 5.). Der 69jährige, der eine geplante Europatournee aus Gesundheitsgründen absagen mußte, erklärte, es sei eine „überaus schmerzliche, aber unvermeidliche Entscheidung" gewesen. In der laufenden Saison werde er seinen Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen und auch nach seinem Rückzug von der Orchesterleitung mindestens zwei Wochen pro Jahr mit dem Ensemble arbeiten.

Dreharbeiten zu Schlöndorff-Film beendet

dpa, München

Nach knapp neun Wochen – zwei Tage früher als geplant – hat Regisseur Volker Schlöndorff die Dreharbeiten für seinen neuen Film „Eine Liebe von Swann" beendet. Seine Film-Adaption von Marcel Prousts Werk mit Jeremy Irons als Swann und Ornella Muti als Odette de Crecy in den Hauptrollen entstand in Paris und Umgebung. Für Außenaufnahmen vor der Pariser Oper, in den Tuilerien und an anderen historischen Plätzen der französischen Metropole erhielt der Münchner Regisseur eine Sondergenehmigung; sonst sind diese Orte für Filmaufnahmen grundsätzlich gesperrt. Sven Nykvist, der Kameramann von 22 Ingmar-Bergman-Filmen, fotografierte, Hans Werner Henze schrieb die Musik für diese deutsch-französische Koproduktion. „Eine Liebe von Swann" soll im Februar 1984 in die Kinos kommen.

Deutsche Künstler stellen in Moskau aus

dpa, Düsseldorf

Die bisher umfangreichste Ausstellung westdeutscher Maler, Bildhauer und Grafiker in der Sowjetunion wird im kommenden Monat in Moskau ihre Türen öffnen. Insgesamt werden vom 5. August an rund 140 Arbeiten von 41 Künstlern aus Nordrhein-Westfalen einen Monat lang zu sehen sein. Dies teilte der aus Düsseldorfer Künstlern zusammengesetzte „Verein zur Veranstaltung von Kunstausstellungen" mit, der die Moskauer Schau zusammen mit dem Künstlerverband der UdSSR organisiert hat. Diese ist als Austausch zu einer Präsentation von vierzig sowjetischen Künstlern im vergangenen Winter in Düsseldorf zu verstehen.

Schloß Solitude wieder in neuem Glanz

dpa, Stuttgart

Schloß Solitude vor den Toren Stuttgarts, ein Juwel der spätbarocken Baukunst, ist nach rund zehnjähriger Renovierungsarbeit der Öffentlichkeit übergeben worden. Rund 15 Millionen Mark hat die Landesregierung in die Sanierungsarbeiten gesteckt. Nach Abschluß der Arbeiten am Deckenbild des Hofmalers Guibal sollen im Schloß Solitude demnächst wieder Schloßkonzerte, Staatsempfänge und andere Veranstaltungen stattfinden. Das Lustschloß war 1763 von Herzog Carl Eugen in Auftrag gegeben worden – Baumeister waren Johann Friedrich Weyhing und Philippe de la Guepiere.

Choreographischer Wettbewerb in Köln

DW. Köln

Jan Linkens aus Amsterdam gewann den ersten Preis des „14. Choreographischen Wettbewerbs" bei der „Internationalen Sommerakademie des Tanzes" in Köln für sein Stück „For a Close Friend" zur Musik Igor Strawinskys. Den zweiten Preis teilten sich Siki Kol aus Israel und die „Jazz Girls" aus Finnland; einen Anerkennungspreis erhielt Margarita Gradetschliewa (Bulgarien).

Weniger Geld für das Pariser Tanzfestival

AFP, Paris

Mit lautem Protest hat die Pariser Stadtverwaltung auf die Reduzierung der staatlichen Subventionen für das Internationale Tanzfestival reagiert, das im Herbst in der französischen Hauptstadt stattfindet. Das Kulturministerium zog seinen vorgesehenen Zuschuß von 350 000 Franc (rund 115 000 DM) mit der Begründung zurück, daß der Ballettwettbewerb, der üblicherweise im Rahmen des Festivals veranstaltet wird, in diesem Jahr ausfällt. Das Außenministerium strich seinerseits seine Förderung der Kulturveranstaltung von den ursprünglich zugesagten 300 000 Franc auf 80 000 Franc zusammen. Der Pariser Bürgermeister Chirac will die drastische Subventionskürzung „auf keinen Fall hinnehmen".

Römerschiff vor Kalabrien entdeckt

dpa, Reggio Calabria

Ein mit wertvollen bearbeiteten Marmorteilen beladenes Schiff, das nach Ansicht von Experten aus der Römerzeit stammt, ist vor der Küste der süditalienischen Region Kalabrien von einem Sporttaucher entdeckt worden. Bis zur Bergung der Fracht, darunter Kapitelle, Säulenteile und Wannen, ist das betreffende Seegebiet – etwa 300 Meter vor der Küste – für alle Sporttaucher gesperrt worden, um einen illegalen Abtransport zu verhindern.

Magersucht – Beispiel fürs Unenträtselte im Menschen

Weltkongreß für psychosomatische Medizin in Hamburg

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

„Psychosomatische Krankheiten gibt es eigentlich gar nicht. In jeder Erkrankung spielen nämlich soziologische, kulturelle, psychische oder persönliche Faktoren eine Rolle." Das erklärte jetzt Professor Herbert Weiner von der Kalifornischen Universität in Los Angeles (UCLA) auf dem Weltkongreß für Psychosomatische Medizin in Hamburg.

Nicht die Frage, was ein Patient hat, sondern weshalb er gerade jetzt krank wurde, wie es der Heidelberger Neurologe Viktor von Weizsäcker (1886–1957) formulierte, sei entscheidend.

Beispielhaft für die vielschichtigen und oft rätselhaften Ursachen von Krankheiten ist die Magersucht (anorexia nervosa). Professor Weiner, 1921 in Wien geboren, hat sich seit 15 Jahren damit beschäftigt. „In den vergangenen 25 bis 30 Jahren haben sich die Fälle in Ländern wie den Vereinigten Staaten, Großbritannien oder Deutschland verdoppelt, bei den weißen jungen Frauen in Südafrika sogar verdreifacht. Betroffen sind nur ganz junge Mädchen und Frauen, meistens zwischen 15 und 25 Jahren, und zumeist stammen sie aus sozial höheren Schichten, oft sind es Studentinnen. Warum es gerade diese Frauen trifft, läßt sich, so Weiner, nicht beantworten. Schwedische Wissenschaftler haben in Befragungen herausgefunden, daß von 1500 Studentinnen 40 Prozent gerne abnehmen würden. Fünf Prozent von diesen wiederum erkranken an Magersucht.

Es sei aber ganz allgemein ein Fehler, der Frage des Abnehmens zuviel Gewicht beizumessen. Weiner: „Es wird zuviel übers Essen und das Gewicht geredet." Der Wissenschaftler hat herausgefunden, daß offenbar eine wesentliche Voraussetzung für die Erkrankung im labilen, durch äußerliche Einflüsse leicht beeinflußbaren Zyklus der Frau liege: Bei 50 Prozent der Mädchen und Frauen, die unter Magersucht leiden, sei vor der Erkrankung die Monatsregel ausgefallen.

Weiner geht sogar noch einen Schritt weiter und bestreitet, daß es überhaupt so etwas wie als „typisch apostrophierte psychosomatische Erkrankungen" gibt. Nicht nur Asthma, Zwölffingerdarmgeschwüre oder Kreislauf- und Blutdruckerkrankungen hätten mit dem Seelenzustand und anderen Einflüssen zu tun. „Viele körperliche Leiden resultieren auch aus einem schlechten sozialen Umfeld, aus einer zerbrochenen Familie, aus bedrückenden Wohn- und Arbeitsbedingungen."

Selbst für Schnupfen und Beinbrüche gebe es psychotypische oder andere Faktoren. „Aber das lernt man nicht in der Schule. Ich muß doch auch fragen", sagt Weiner, „warum bricht ein Mensch, der viele Jahre Ski gelaufen ist, gerade heute das Bein, warum hat er heute einen Unfall."

Selbst bei chronischen Krankheiten, die auf eine erbliche Belastung zurückgehen, ließen sich solche Ursachen nachweisen. „Aufgrund von langfristigen Untersuchungen ergab sich, daß Männer mit einer Veranlagung für Gicht immer dann unter Anfällen litten, wenn sie in Drucksituationen gerieten – dann nämlich tranken sie zuviel Bier, aßen zu viel."

Der Arzt müsse herausfinden, wo die Hintergründe für die Krankheiten liegen. Er müsse den Patienten helfen, solche Situationen zu vermeiden.

Die Erkenntnisse, daß äußere und innere, seelische Ursachen Krankheiten mitbedingen, führe nämlich auch zu dem Umkehrschluß, daß sich Krankheiten durch eine gezielte Lebensführung, durch Strukturen, die man allein oder mit Hilfe eines Arztes erarbeitet, vermeiden oder bessern lassen, wenn möglich ohne Medikamente. In den USA, so Weiner, hat inzwischen jede zweite Krankheit mit Drogen oder Medikamenten zu tun.

In der ganzheitlichen Betrachtungsweise des Patienten, seiner Herkunft, Umwelt und Lebensweise sieht Weiner das Erfolgsrezept für die wirkungsvolle Behandlung. „Es ist, zugegeben, eine andere Form der Medizin; es ist wirkliche Biologie."

Hubschrauber-Katastrophe: Schuld der beiden Piloten?

In London hält sich das Gerücht menschlichen Versagens

PETER MICHALSKI, London

„Es wird eine äußerst knifflige Operation." So lautete gestern die Voraussage des Verkehrsministeriums in London über die Hebung des am Samstag eineinhalb Seemeilen vor den Scilly-Inseln abgestürzten Hubschraubers der British Airways.

Ein Marinetaucher hatte das Wrack in der Nacht zuvor in 60 Metern Tiefe geortet – mit Hilfe eines Signalgeräts, das durch Salzwasser aktiviert wird, aber nur eine Reichweite von 15 Metern hat. Nur sechs Menschen überlebten die Katastrophe. 20 fanden den Tod. „Ob sich die Opfer noch im Innern des Rumpfes befinden, läßt sich zur Stunde nicht sagen", erklärte der Ministeriumssprecher.

„Das Wrack liegt seitlich auf einem steilen Hang am Meeresboden, was die Bergung nicht gerade vereinfacht", fügte er hinzu. „Die Experten werden entscheiden müssen, ob als erstes die Leichen herausgeholt werden sollen, und wie das Wrack mit der geringstmöglichen Beschädigung an die Oberfläche gebracht werden kann."

Der Fluggastraum wurde beim Aufprall auf die See aufgerissen und ist wahrscheinlich voll Wasser, was dem Wrack zusätzliches Gewicht verleiht. Das Bergungsteam will auf jeden Fall zu verhindern versuchen, daß das Wrack beim Hieven auseinanderbricht.

Im Gegensatz zu Flugzeugunglücken können Hubschrauberunfälle nicht mit Hilfe einer „black box" rekonstruiert werden. British Airways-Helikopter haben keinen Flugschreiber an Bord, weil die starken Hubschraubervibrationen die Aufzeichnungen nach Expertenmeinung wertlos machen. Dennoch scheint die Ursache der Tragödie von Samstag schon weitgehend geklärt, wenngleich es niemand amtlich zugibt. Wahrscheinlichste Vermutung: menschliches Versagen.

Flugkapitän Dominic Lawlor (37), der Pilot, und sein Kopilot Neil Charlton (30), der normalerweise Hubschrauber eines anderen Typs fliegt, gehören zu den Überlebenden. Ihre Vernehmung ist noch nicht abgeschlossen. Aber so viel ist durchgesickert: Sieben Seemeilen vor dem Ziel gerieten sie in eine dichte Nebelwand – die Scilly-Inseln sind dafür berüchtigt – und schalteten auf Instrumentenflug.

Für Instrumentenflug ist eine Mindesthöhe von 75 Metern vorgeschrieben, doch der Sikorsky S-61 flog nur 30 Meter über dem Wasser. Als es beim Anflug auf den Inselflughafen auf Sichtflug zurückschaltete, blieb dem Cockpit-Team nicht mehr genug Zeit, die Maschine hochzureißen. „Sie stürzte wie ein Stein", berichtete Howard Goddard (12), der zu den sechs Überlebenden gehörte, aber seine Eltern verlor.

Für „menschliches Versagen" spricht auch der Verzicht von Transportminister Tom King auf die von einem Oppositionssprecher geforderte Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses. Sikorsky-Hubschrauber, sagte er, gehörten zu den „Hauptarbeitspferden" in der Nordsee und hätten ihre Sicherheit wieder und wieder bewiesen. „Dies ist der erste tödliche Unfall eines British Airways-Helikopters", unterstrich King, der aber bestätigte, daß er sich den Unfallbericht der Sachverständigen persönlich vorlegen lassen werde. (SAD)

WETTER: Im Süden Schauer

Wetterlage: Eine über Westdeutschland angelangte Kaltfront verlagert sich südostwärts. Hinter ihr wird vor allem in den Norden und in die Mitte Deutschlands kühlere Nordseeluft geführt.

Deutscher Wetterdienst 19. Juli 1983, morgens.

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamte Bundesrepublik: Im Südosten anfangs noch stark bewölkt mit einzelnen, zum Teil gewittrigen Schauern. Später auch hier, wie bereits in den übrigen Gebieten, heiter bis wolkig und meist niederschlagsfrei. Höchste Temperaturen im Norden um 20 Grad, sonst 23 bis 27 Grad. In den Alpen in 2000 m Temperaturen um 15 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zwischen 9 und 14 Grad. Im Norden mäßiger bis frischer, sonst meist schwacher Wind aus nordwestlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Heiter bis wolkig und trocken.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	29°
Bonn	20°	Kopenh.	17°
Dresden	23°	Las Palmas	23°
Essen	21°	London	21°
Frankfurt	22°	Madrid	27°
Hamburg	17°	Mailand	29°
List/Sylt	15°	Mallorca	35°
München	26°	Moskau	22°
Stuttgart	28°	Nizza	27°
Algier	29°	Oslo	16°
Amsterdam	30°	Paris	21°
Athen	32°	Prag	26°
Barcelona	30°	Rom	27°
Brüssel	21°	Stockholm	17°
Budapest	30°	Tel Aviv	28°
Bukarest	30°	Tunis	29°
Helsinki	20°	Wien	30°
Istanbul	30°	Zürich	29°

* Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.29 Uhr, Untergang: 21.26 Uhr; Mondaufgang: 19.02 Uhr, Untergang: 2.21 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.



Die Baustelle der Superlative auf dem Jungfraujoch (Kreis): neben dem höchstgelegenen Bahnhof Europas und unweit der 4158 Meter hohen Jungfrau (rechts der Bildmitte) wird Europas modernstes Berghaus und der Welt höchstgelegene Munitionskammer gebaut. FOTO: DIE WELT

12 Arbeiter trotzen der Natur in 3454 Meter Höhe

WALTER H. RUEB, Interlaken

Selbst im Hochsommer steigt die Temperatur selten über die Null-Grad-Grenze. Der Wind stellt noch mehr Probleme: Säuselt er, schafft er 60 Stundenkilometer und ist damit so schnell wie ein Rennpferd, stürmt er, so hätte ein normaler Pkw gegen ihn keine Chance. Mehr als 200 Stundenkilometer legt er dann zurück. Und von einer Stunde zur anderen wechselt Sonnenschein zu Sturm und Regen, Nebel hüllt oft tagelang alles ein, doch Schnee und Kälte sind am gefürchtetsten. Auf 3454 Meter müssen sich Bauarbeiter mit Problemen herumschlagen, mit denen sich in den Niederungen nur Wissenschaftler beschäftigen.

Seit einigen Wochen erleben auf dem fast 3500 Meter hohen Jungfraujoch im Berner Oberland ein Dutzend Männer die Problematik der Arbeit in der hochalpinen Welt am eigenen Leibe. Müdigkeit und Erschöpfung stellen sich hier oben schneller ein, und die Symptome der gefürchteten Höhenkrankheit wie Kopfweh, Atemlosigkeit, starkes Herzklopfen, Schwindel, Appetitlosigkeit und Erbrechen haben alle schon kennengelernt. Die Gründe der Höhenkrankheit sind bekannt: Auf 3500 Meter steht dem Menschen nur mehr ein Drittel der gewohnten und für sein Wohlbefinden erforderlichen Sauerstoffmenge zur Verfügung.

Auf dem Jungfraujoch sind seit ein paar Wochen vorbereitende Arbeiten für den Bau eines neuen Berghauses im Gange. Etwa 12 Männer aus Italien, Jugoslawien, Spanien und Portugal steigen täglich früh morgens mit der Jungfraubahn von ihren Unterkünften drunten am Eigergletscher in 2320 Meter Höhe zur Baustelle hinauf, arbeiten fast rund um die Uhr und steigen abends wieder ab.

Höhenzuschlag erwünscht ...

Die Überwindung des Höhenunterschiedes an sechs Tagen pro Woche und die Aufenthaltsdauer in hochalpiner Region unter erheblichen Belastungen von Kreislauf und Organismus verlangen von den Männern eiserne Gesundheit und robuste Konstitution. Polier Daniel Märki sagte: „Vielleicht gibt es Höhenzuschlag ..."

Fest steht bisher nur das Gegenteil: die Gewährung von Untertagezuschlag – angesichts der Höhenlage der Baustelle zunächst eine Überraschung, bei näherem Hinsehen jedoch selbstverständlich. Ehe die eigentlichen Bauarbeiten im Freien überhaupt beginnen können, muß die unterirdische Bahnhofshalle erweitert werden, um von dort Stollen nach draußen zu treiben.

Der Stollenvortrieb geht vom Publikum fast unbemerkt vor sich. Lediglich dröhnendes Bohren verrät dem aufmerksamen Gast auf dem Jungfraujoch, daß Bauarbeiten im Gange sind. 20 Löcher müssen für eine einzige Sprengung in den Granit gebohrt werden. Jedes ist rund 200 Zentimeter tief und wird schließlich mit Sprengkapseln gefüllt. Mit den Sprengungen wird jedoch gewartet, bis sämtliche Touristen das Jungfraujoch mit dem letzten Zug verlassen haben. „Aus Sicherheitsgründen", sagt Polier Märki. „Doch auch wegen des feinen, gesundheitsschädlichen Steinstaubes ..."

Am Bau beteiligt sind drei Firmen aus dem Kanton Bern, eine aus dem benachbarten Wallis. Die Berücksichtigung einer Walliser Firma hat geographische Gründe: Das Jungfraujoch liegt genau auf der Grenze beider Kantone, das Restaurant gar völlig auf Walliser Boden.

Die Beteiligung von Wallisern, die in der Schweiz im Ruf stehen, gerne ein wenig außerhalb der Legalität zu wandeln, hat jedoch nichts zu tun mit einer anderen – geheimnisvollen – Sache auf dem Jungfraujoch. Polier und Bauarbeiter wollten das Geheimnis nicht verraten – und flüchteten in Ausreden. Aus gutem Grund: Neben dem höchstgelegenen Bahnhof Europas wird zur Zeit nicht nur das modernste Berghaus des Alten Kontinents gebaut, sondern auch die höchstgelegene Munitionskammer der Welt angelegt.

„Keine Angst", beschwichtigt man. „Der Munitionsstollen wird lediglich für die sichere Lagerung von Sprengstoff eingerichtet. Schließlich muß der während der jahrelangen Bauzeit gut untergebracht sein ..."

Damit bei einer Explosion nicht das ganze Labyrinth unterirdischer Gänge, Hallen und Keller sowie Bahnhof, Eispalast, Observatorium, Forschungsstation und Touristenhaus im Innern des Berges in die Luft fliegen, wird das Munitionslager in einem zickzackförmigen, engen Stollen angelegt. Das Vordringen der Mineure an ihren Einsatzort ist in dem engen Stollen deshalb nicht ganz problemlos.

... Ehrenplakette nicht

Die Arbeit in hochalpiner Region ist belastend und anstrengend, dafür jedoch gut bezahlt. Ein Mineur bringt es im Monat neben freier Kost und Verpflegung auf rund 3600 Mark netto. Bei der Einweihung des künftigen Berghauses haben Mineure indessen keinen Anspruch auf Verewigung ihres Namens auf einer Ehrenplakette – es sei denn, sie fänden während der Arbeit in ewigem Eis und Schnee den Tod. Dafür zu sorgen, daß dereinst auch nicht ein Name auf der Ehrenplakette stehen muß, ist vor allem die Aufgabe des Poliers. Daniel Märki dazu: „Man muß dauernd überall sein ..."

Todkrankes Ehepaar sucht Adoptiveltern für seine Kinder

pol/dpa, Feldkirch

Eine Welle der Hilfsbereitschaft hat in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich der verzweifelte Hilferuf des todkranken Elternpaars in Batschuns bei Feldkirch (Vorarlberg) ausgelöst, das in seiner Todeserwartung ein neues Zuhause für die beiden sechs- und siebenjährigen Kinder sucht. Nachdem eine Zeitungsannonce des 53jährigen berufsunfähigen Kaufmanns Herbert Bröll und seiner 40jährigen mit einem Krebsleiden im Sterben liegenden Frau Gudrun seit Mai nur fünf ungeeignete Adoptionsangebote gebracht hatte, werden die Eltern nach neuen Pressemeldungen über den Fall mit Anfragen regelrecht überhäuft. Der Vater richtete deshalb gestern die dringende Bitte an adoptionswillige Elternpaare, ihm zu schreiben und nicht zu telefonieren. Der Apparat in seiner Wohnung stehe nicht mehr still. Er könne solche Anfragen aber nicht in Ruhe diskutieren, da er seine todkranke Frau daheim pflegen muß. Die Ärzte haben sie nach mehreren Operationen aufgegeben. Ihr Mann muß ihr jetzt unter anderem alle zwei Stunden Morphium spritzen. Herbert Bröll selbst gilt nach drei Herzinfarkten und nachdem er bereits einmal klinisch tot war, selbst als Todeskandidat. Die Kinder Aida (7) und Ramses (6) müssen ebenfalls von ihrem Vater daheim versorgt werden. Sie sollen in diesem Herbst eingeschult werden.

An Geldern kamen bisher an die 20 000 Mark zusammen. Eine anonyme Spenderin aus Wien schickte 2000 Mark als „Dank an die Menschheit", die auch ihr geholfen habe, daß sie zur rechten Zeit ihre Krebskrankheit bekämpfen lassen konnte. Nur die sozialen Institutionen seines Heimatlandes haben, wie Bröll der WELT gegenüber erklärte, ihn und seine Familie im Stich gelassen. Herbert Bröll wollte seiner todkranken Frau eine letzte Chance geben und sie vom Krebsarzt Issels behandeln lassen. 40 000 Mark hätte die Behandlung und der Aufenthalt für die ganze Familie am Tegernsee gekostet. Doch die Krankenkasse lehnte ab. „Für einen hoffnungslosen Fall können wir das nicht bezahlen."

Die Anschrift des Ehepaars lautet: Gudrun und Herbert Bröll, A-6832 Batschuns 80, Österreich.

„Familienmittel" Aspirin muß auf Risiken hinweisen

Kritik an neuer Verordnung des Bundesgesundheitsamtes

JOCHEN AUMILLER, München

Der Berg hat gekreißt und einen Floh geboren: Im Pelz einiger Pharmafirmen sorgt er derzeit für erhebliches Mißbehagen, dürfte aber auch den passionierten Pillenschluckern vermutlich Unannehmlichkeiten bereiten. Das Bundesgesundheitsamt (BGA) saß über eine Medikamentengruppe zu Gericht, die schon seit Jahrzehnten im Ruf eines Volksnahrungsmittel steht. Es geht um die Azetylsalizylsäure (ASS)-haltigen Arzneimittel, besser bekannt unter den Markennamen Aspirin oder Alka-Selzer. Nach langer Prüfung hat das BGA Ergänzungen in der Packungsbeilage verordnet, die in ihrer Mehrzahl keine Probleme aufwerfen, mit einer einzigen Ausnahme: Wer sich künftig solche Mittel besorgt, wird mit der Information konfrontiert, daß z. B. Kinder mit Virusinfekten, die ASS eingenommen haben, mit einer schweren Komplikation zu rechnen haben: dem sogenannten Reye-Syndrom. Dabei kommt es, wie das BGA in die Beipackzettel schreiben läßt, zunächst zu starkem Erbrechen, „dann können Unruhe, Benommenheit und Bewußtlosigkeit auftreten". Weiter wird empfohlen, sich „sofort an einen Arzt zu wenden." Die Erkrankung kann tödlich verlaufen, wenn damit auch nur „sehr selten" zu rechnen sei.

Industrie kontert

In der Fachwelt ist das Reye-Syndrom noch ein Diskussionsthema. Es wurde zwar immer wieder mit der Einnahme von ASS in Zusammenhang gebracht, eine schlüssige Beweisführung steht allerdings bis heute aus. Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA hat es aufgrund der bisher vorliegenden Befunde abgelehnt, einen entsprechenden Warnhinweis in die Packungsbeilagen aufzunehmen. Das BGA dagegen glaubt, päpstlicher sein zu müssen als die bislang als Papst in Arzneimittelfragen angesehene amerikanische Schwesterbehörde. Und dies, obwohl in einer Expertenanhörung vor wenigen Monaten mehrere Fachleute einen Zusammenhang zwischen Reye-Syndrom und ASS stark angezweifelt haben. Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie konterte prompt. Der geforderte Warnhinweis entspreche nicht tatsächlichen medizinischen Notwendigkeiten. „Keiner der angehörten Sachverständigen konnte einen Kausalzusammenhang bejahen", heißt es in einer Pressemeldung. In keinem Land seien denn bislang auch solche Auflagen gefordert worden, wie sie jetzt das BGA verlangt.

Viel Unruhe gestiftet

In der Bundesrepublik – der Pro-Kopf-Verbrauch an ASS beträgt jährlich etwa acht Gramm – sind in den vergangenen zehn Jahren nur drei Reye-Erkrankungen bekanntgeworden, die mit der Einnahme von ASS in Verbindung gebracht werden, ohne daß eine Kausalität nachgewiesen werden konnte. Bei zwei weiteren Fällen war nicht einmal sicher nachzuweisen, daß überhaupt ASS eingenommen wurde. Die Arzneimittelkommission verfügt über insgesamt 19 Meldungen eines Reye-Syndroms, bei denen nachweislich ASS keine Rolle gespielt haben kann.

Vieles spricht dafür, daß das BGA über das Ziel hinausgeschossen ist. Als Anwalt der Verbraucher hat es zwar die Pflicht, auf Risiken des Arzneimittelverbrauchs hinzuweisen. Seine Aufgabe ist es aber auch, durch eine abgewogene Nutzen-Risiko-Abwägung nicht ohne Not Unruhe zu stiften. Genau dies aber werde durch eine solche extensive Aufklärung erreicht, kritisieren Ärzte und Vertreter der Pharma-Industrie. Wer sich in einem der gebräuchlichsten Nachschlagewerke, dem „Pschyrembel", sachkundig machen will, erfährt neben der offiziellen Erläuterung noch folgendes: „Eine sofortige und intensive Therapie ... verbessert die schlechte Prognose (mit einer Sterblichkeit von 50 bis 80 Prozent) etwas (Senkung der Letalität auf ca. 20 Prozent)." Im Klartext: Unter optimaler Behandlung stirbt noch jeder fünfte an dieser Krankheit.

Ärzte, die mit dieser Maßnahme des BGA nicht einverstanden sind, fordern schon lange, aus Beipackzetteln keine Horrorlisten werden zu lassen.

LEUTE HEUTE

Prozeßsieger Giscard

Der frühere französische Staatspräsident **Valery Giscard d'Estaing** und seine Frau **Anne-Aymone** gewannen in London eine Verleumdungsklage gegen eine englische Sonntagszeitung. Die „Mail on Sunday" hatte im Februar berichtet, das Paar habe die Scheidung eingeleitet. Die Meldung wurde vor Gericht als „gänzlich unwahr" bezeichnet. Die Zeitung muß ein „beträchtliches" Schmerzensgeld zahlen, dessen Höhe nicht bekannt wurde.

Pasolini-Mörder frei

dpa, Rom

Fast acht Jahre nach dem Mord an dem italienischen Schriftsteller und Regisseur Pier Paolo Pasolini ist der zu neuneinhalb Jahren verurteilte Täter, der frühere Strichjunge **Giuseppe Pelosi**, unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt worden. Pelosi hatte Pasolini am 2. November 1975 am Strand von Ostia bei Rom erschlagen. Er gab an, der Regisseur habe ihn zu homosexuellen Handlungen zwingen wollen.

Chirac an Krücken

Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris, wird nach einer Operation etwa drei Wochen lang an Krücken gehen müssen. Chirac mußte sich gestern vormittag einer Operation am linken Bein unterziehen, das er sich vor fünf Jahren bei einem Autounfall gebrochen hatte. Die Zwangspause im Krankenhaus wird eine knappe Woche dauern.

Sieg über das Schicksal

Der von Geburt an blinde Sohn eines farbigen Kleinbauern aus Zimbabwe hat das Völkerrechtsstudium an der Elite-Universität Cambridge als bester Student des Jahres abgeschlossen. **Pearson Nherere** (22) ließ sich seine Lehrbücher auf Tonband vorlesen und schnitt auch die Vorlesungen mit. Beim Abspielen der Bänder machte er sich Notizen in Blindenschrift auf einer Braille-Schreibmaschine.

Panik auf Una-Una nach Erdbeben und Vulkanausbruch

AFP, Jakart[a]

Lava-Ausbrüche des Colo-Vul kans auf der kleinen indonesische Insel Una-Una vor Sulawesi (ehe mals Celebes) und eine Reihe vo Erdstößen haben gestern unter de Inselbevölkerung eine panikartig Flucht zu den Stränden ausgelös Gestern wurden 2000 Menschen pe Schiff evakuiert, 4000 bis 5000 wa ten noch darauf. Insgesamt müsse acht Dörfer geräumt werden. De 1000 Meter hohe Colo-Vulkan wa am Sonntag ausgebrochen, wäh rend gleichzeitig drei Erdstöße vo Stärkegrad vier auf der nach obe offenen Richterskala die Insel e schütterten. Am Montag folgte ei weiterer Erdstoß. Das Epizentrun des Bebens liegt nach Angaben de geophysikalischen Instituts in Ja karta direkt unter der Insel Una Una. In der vergangenen Woche wa die kleine Insel von katastrophale Überschwemmungen heimgesuch worden, die vier Todesopfer forde ten und 1650 Personen obdachlo machten. 1961 wurde die Insel be reits von einem Erdbeben erschü tert. Ein Vulkanausbruch blieb da mals aus. Der letzte in den Annale bekannte Ausbruch geht auf da Jahr 1898 zurück. Damals kam de Berg erst nach zwei Jahren z Ruhe.

Lebenslänglich für Sterzer

dpa, Münche

Im sogenannten Hochzeitsreise mord-Prozeß hat das Schwurg richt München am Montagnachm tag den 43jährigen Rudolf Sterzer z lebenslänglicher Haft verurteil Sterzer hat nach Ansicht des G richts am 27. August 1981 seine Fra Irma (40) auf der Hochzeitsreise b Opatja in Jugoslawien ermorde um sich in den Vorteil einer Leben versicherung von 100 000 Mark z bringen.

114 Millionen Mark gespende

dpa, Köl

114,32 Millionen Mark haben di Katholiken des Erzbistums Köln i vergangenen Jahr für Hilfen in all Welt aufgebracht. 65,68 Millione davon gaben sie direkt durch Ko lekten, Spenden und Patenschaft gelder, 48,63 Millionen stammte aus Kirchensteuergeldern, teil das Kölner Generalvikariat geste mit. 1981 betrug das Spendenau kommen 103,52 Millionen Mark.

Hitze macht Pause

dpa, Hambur

Verschnaufpause für die vo Sommer-Sonnen-Streß geplagte Deutschen: Nur noch in Bayern u Baden-Württemberg wurden Te peraturen von 28 Grad gemesse Im übrigen Teil der Bundesrep blik Deutschland zeigten die The mometer nur noch 20 Grad. Vera wortlich dafür war kühlere Meere luft aus England. Der Hochsomm macht aber nur eine Verschnau pause. Schon zum Wochenende s es wieder wärmer werden.

Fünf Tote bei Autounfall

rtr, Oldenbur

Bei einem schweren Unfall au der Autobahn A 1 bei Delmenhors sind am Montag fünf Menschen um Leben gekommen. Mindestens fün weitere Personen sind schwer ve letzt in die Krankenhäuser der Um gebung gebracht worden. Veru sacht wurde der Unfall durch eine neben der Autobahn vermutlic fahrlässig ausgelösten Flächen brand mit starker Rauchentwick lung. Im Rauch, der wie Nebel übe der Autobahn gelegen habe, fuhre zwei Lastwagen und 15 Personen wagen auf.

Täter geisteskrank?

dpa, Paderbon

Ein neunjähriger Junge, desse Leiche am 4. Juli bei Paderbo gefunden worden war, ist vermu lich von einem geistesgestörten 2 Jahre alten Mann erdrosselt wo den. Wie die Staatsanwaltschaft i Paderborn am Dienstag auf Anfrag mitteilte, ist der unter dringenden Tatverdacht stehende Mann, de offenbar nicht zurechnungsfähi sei, zur Beobachtung in die ge schlossene Abteilung des westfä schen Landeskrankenhauses Ei kelborn (Kreis Soest) eingeliefe worden.

Unwetter über Frankreich

AFP, Par

Sieben Menschen kamen be schweren Unwettern ums Leben die seit Sonntag weite Teile Fran reichs heimsuchten. Die meiste Schäden richteten die ungewöhn lich starken Gewitter und oft sin flutartigen Regenfälle an der süd westfranzösischen Antlantikküst an, wo auf Campingplätzen und i Bungalowdörfern über 30 meis ausländische Urlauber verletzt wu den.

ZU GUTER LETZT

Der härteste deutsche Ministe kommt nach Ankara. Istanbul Massenblatt „Günes" zum Besuc Bundesinnenminister Zimme manns in der Türkei.